

FINANZMINISTERIUM DES LANDES
NORDRHEIN-WESTFALEN

FINANZBERICHT 2009

REDAKTIONSSCHLUSS: 20. Juli 2008

Finanzbericht Nordrhein-Westfalen 2009

1.	<u>Zum Haushaltsplanentwurf 2009</u>	A 1
1.1	Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2009	A 1
1.2	Organisatorische Änderungen	A 2
1.3	Tabellen zum Haushalt	A 6
1.3.1	Einnahmen und Ausgaben nach Hauptgruppen	A 6
1.3.2	Einnahmen	A 7
	(1) Gesamtüberblick	A 7
	(2) Steuereinnahmen	A 7
	(3) Nichtsteuerliche Einnahmen (ohne Schuldenaufnahmen)	A 8
	(4) Schuldenaufnahmen	A 9
1.3.3	Ausgaben	A 10
	(1) Gesamtüberblick	A 10
	(2) Personalausgaben	A 10
	(3) Sächliche Verwaltungsausgaben ab 100 Mio. EUR	A 11
	(4) Schuldendienst	A 12
	(5) Ausgaben für Sachinvestitionen	A 12
	(6) Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen (Investitionshaushalt)	A 13
	(7) Besondere Finanzierungsausgaben und haushaltstechnische Verrechnungen	A 14
2.	<u>Das nordrhein-westfälische Steueraufkommen und seine Verteilung</u>	A 15
3.	<u>Steuerschätzung für Haushalt und Finanzplanung</u>	A 15
3.1	Ziele und Aufgaben der Steuerschätzung	A 15
3.2	Methoden der Steuerschätzung	A 16
3.2.1	Direkte und indirekte Schätzung	A 16
3.2.2	Aufkommenselastizitäten	A 17
3.3	Arbeitskreis "Steuerschätzungen" und dessen "Länderausschuss"	A 21
3.4	Schätzung der Steuereinnahmen auf Landesebene	A 24
3.5	Zuverlässigkeit der Schätzergebnisse in Nordrhein-Westfalen	A 26

4.	<u>Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden</u>	A 28
4.1	Koordinierung der Haushalte und Finanzplanungen der Gebietskörperschaften im Finanzplanungsrat	A 28
4.2	Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen	A 30
4.2.1	Beteiligungsverhältnis an der Umsatzsteuer	A 30
4.2.2	Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes im Haushaltsplanentwurf 2009	A 33
4.3	Finanzausgleich unter den Ländern ab 2005	A 35
4.4	Bundesergänzungszuweisungen ab 2005	A 37
4.5	Fonds "Deutsche Einheit" ab 2005	A 38
5.	<u>Vermögen und Schulden des Landes</u>	A 38
5.1	Grundbesitz	A 38
5.2	Landesbetriebe	A 40
5.3	Kapitalvermögen	A 46
5.4	Beteiligungen	A 48
5.5	Schulden	A 65
5.6	Gewährleistungen	A 66
6.	<u>Finanzstatistische Übersichten:</u>	A 67
6.1	Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden 1970 - 2007	A 68
6.2	Personalausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden 1970 - 2007	A 69
6.3	Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften 1980, 1990, 1997 - 2007	A 70
6.4	Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und des Landes Nordrhein-Westfalen - nach der Steuerverteilung - 1970 - 2007	A 71

6.5	Gesamtverschuldung der Gebietskörperschaften 1970, 1980, 1986 - 2007	A 72
6.6	Bereinigte Gesamtausgaben des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 73
6.7	Veränderungsraten der bereinigten Gesamtausgaben des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 74
6.8	Personalausgaben des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 75
6.9	Personalausgabenquoten des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 76
6.10	Personalsteuerquoten des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 77
6.11	Investitionsausgaben des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 78
6.12	Investitionsquoten des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 79
6.13	Zinsausgaben des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 80
6.14	Zinslastquoten des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 81
6.15	Zinssteuerquoten des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 82
6.16	Steuereinnahmen des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 83
6.17	Steuerfinanzierungsquoten des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 84
6.18	Nettokreditaufnahme des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 85
6.19	Nettokreditaufnahme des Bundes und der Länder 1996 - 2007 in EUR je Einwohner	A 86
6.20	Kreditfinanzierungsquoten des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 87
6.21	Schuldenstand (am Kreditmarkt) des Bundes und der Länder 1996 - 2007	A 88
6.22	Schuldenstand (am Kreditmarkt) des Bundes und der Länder 1996 - 2007 in EUR je Einwohner	A 89

6.23	Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2009 des Landes Nordrhein-Westfalen mit Vorjahresvergleich	A 90
6.24	Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen 2009 nach Aufgabenbereichen - Grafik -	A 91
6.25	Eckdaten des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen 1970, 1980, 1990, 2000, 2002 - 2009	A 92
6.26 a)	Einnahmen der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 2001 - 2006	A 94
6.26 b)	Ausgaben der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 2001 - 2006	A 95

1. Zum Haushaltsplanentwurf 2009

1.1 Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2009

Der Haushaltsplanentwurf des Landes für 2009 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit je 52.704,2 Mio. EUR ab. Im Vergleich zu 2008 (verabschiedeter Haushaltsplan einschließlich 2. Nachtragsentwurf) ist ein Anstieg des Haushaltsvolumens um 1.446,6 Mio. EUR oder 2,8 v. H. vorgesehen.

Einnahmen

Auf der Grundlage der Steuerschätzung vom Mai 2008 wurde für das Jahr 2009 ein Steueransatz i. H. v. 43.320 Mio. EUR eingeplant. Gegenüber dem Ansatz des Vorjahres bedeutet dies eine Steigerung von 1.690 Mio. EUR bzw. 4,1 v. H. Die Steuerfinanzierungsquote wird damit 82,4 v. H. betragen. Weitere 7.537,7 Mio. EUR oder 14,3 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben werden aus steuerähnlichen Abgaben, Verwaltungseinnahmen, Zinseinnahmen, Einnahmen aus Zuweisungen (hauptsächlich vom Bund) und Zuschüssen sowie sonstigen Einnahmen gedeckt.

Die für 2009 vorgesehene Netto-Neuverschuldung **am Kreditmarkt** beläuft sich auf 1.846,5 Mio. EUR und liegt damit um rd. 108 Mio. EUR unter dem für 2008 geplanten Soll. Die Kreditfinanzierungsquote sinkt gegenüber dem Jahr 2008 um 0,3 Prozentpunkte auf 3,5 v. H.

Die Netto-Neuverschuldung **insgesamt** (Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt zzgl. der Schuldenaufnahmen/-tilgungen bei Gebietskörperschaften und Sondervermögen) soll 2009 1.668,6 Mio. EUR betragen. Dies sind knapp 2,1 Mrd. EUR weniger als die Summe der im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Investitionsausgaben (Hauptgruppen 7 und 8) abzüglich der Einnahmen für Investitionen (Obergruppen 33 und 34). Die in Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen festgelegte Verschuldungsgrenze wird damit deutlich unterschritten.

Ausgaben

Der weitaus größte Teil des Haushaltsvolumens entfällt auf Ausgabenblöcke, die nicht oder zumindest kurz- bis mittelfristig kaum beeinflussbar sind. So werden 20.454,7 Mio. EUR, dies entspricht 38,9 v. H. der bereinigten Ge-

samtausgaben, auf Personalausgaben entfallen. Den Kommunen des Landes werden rd. 14.131,7 Mio. EUR (= rd. 26,9 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben) zufließen. Auf Zinszahlungen (Kreditmarkt) werden 2009 4.935,0 Mio. EUR entfallen; dies entspricht einer Zinslastquote von 9,4 v. H. Allein durch diese Positionen sind bereits gut 75 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben gebunden.

Ein großer Teil der verbleibenden Mittel, nämlich rd. 4.905,5 Mio. EUR, soll für Investitionen aufgewendet werden. Die Investitionsquote wird im Jahr 2009 9,3 v. H. betragen und damit um 0,2 Prozentpunkte unter dem Niveau des Vorjahres liegen.

Weitere Eckdaten können der Tabelle im finanzstatistischen Teil des Finanzberichts (s. Ziff. 6.23) entnommen werden.

1.2 **Organisatorische Änderungen**¹

Gegenüber dem letztjährigen Berichtsband sind folgende nennenswerte organisatorische Veränderungen eingetreten:

Einzelplan 03 - Innenministerium (IM):

- **Kommunalisierung von Aufgaben im Bereich der Umweltverwaltung**
Mit dem Gesetz zur Kommunalisierung des Umweltrechts wurden ab dem 01.01.2008 Aufgaben auf die Kommunen übertragen. Die Kommunen erhalten hierfür einen Belastungsausgleich gem. Konnexitätsausführungsgesetz, der sich aus dem Personalaufwand für die übergeleiteten Beamtinnen/Beamten und einem pauschalen Zuschlag i. H. v. 10 v. H. auf den Personalaufwand für die Beamtinnen/Beamten und die Tarifbeschäftigten sowie die als Nachersatz eingestellten Beschäftigten zusammensetzt. Darüber hinaus erhalten die Kommunen in 2008 einen einmaligen Implementierungszuschlag i. H. v. 10 v. H. der Personalkosten. Die auf den betroffenen Stellenbestand entfallende Personaleinsparverpflichtung i. H. v. von insgesamt 20 kw-Vermerken wird - im Wege einer Reduktion des Belastungsausgleichs in den Jahren 2008 bis 2011 - anteilig an die Kreise und kreisfreien Städte weitergegeben. Die haushaltstechnische

¹ Soweit es sich bei den organisatorischen Änderungen um ressortübergreifende Umsetzungen handelt, sind die Veränderungen beim aufnehmenden Ressort dargestellt.

Umsetzung der Stellen, Einnahmen und Ausgaben wurde in den Kapiteln 03 020, 03 310 und 10 011 nachvollzogen.

- **Integration der Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge (Unna-Massen) in die Bezirksregierung Arnsberg**

Die Landesstelle Unna-Massen wurde aufgrund gesunkener Zuwandererzahlen als Dezernat "Kompetenzzentrum für Integration" zum 01.01.2008 in die Bezirksregierung Arnsberg eingegliedert. Die haushaltstechnische Umsetzung der Stellen, Einnahmen und Ausgaben wurde in den Kapiteln 15 510 und 03 310 Titelgruppe 81 nachvollzogen.

- **Auflösung und Integration des Landesvermessungsamtes Nordrhein-Westfalen (Landesbetrieb) in die Bezirksregierung Köln**

Der Landesbetrieb Landesvermessungsamt wurde zum 01.01.2008 aufgelöst und mit seinen Aufgaben und dem Personal in die Bezirksregierung Köln eingegliedert. Die Planstellen/Stellen sowie die Haushaltsmittel wurden von Kapitel 03 640 nach Kapitel 03 310 Titelgruppe 80 umgesetzt.

- **Verlagerung der hoheitlichen Aufgaben der Landesanstalt für Arbeitsschutz (inkl. Landessammelstelle) in die Bezirksregierungen sowie Zusammenlegung des Landesinstituts für den öffentlichen Gesundheitsschutz mit der Landesanstalt für Arbeitsschutz**

Die Landesregierung hat im April 2007 die Gründung einer gemeinsamen Einrichtung gem. § 14 LOG aus dem damaligen Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsschutz (LÖGD) und der Landesanstalt für Arbeitsschutz (LAfA) beschlossen. Die hoheitlichen Aufgaben wurden in den Bereich der Bezirksregierungen übertragen. Die haushaltstechnische Umsetzung der Stellen, Einnahmen und Ausgaben wurde in den Kapiteln 11 020, 11 120, 03 310 Titelgruppen 74 und 75 sowie 11 250 und 11 260 nachvollzogen.

Einzelplan 04 - Justizministerium (JM):

- **Auflösung des Landesjustizvollzugsamt**

Als Folge der Einführung des zweistufigen Behördenaufbaus im Bereich des Justizvollzuges wurde das Landesjustizvollzugsamt (LJVA) mit Sitz in Wuppertal zum 01.01.2008 aufgelöst. Die bis dahin von diesem wahrgenommenen Aufgaben wurden teilweise dem Justizministerium und teilweise Justizvollzugsanstalten übertragen. Die seinerzeit 80 Bediensteten des LJVA wurden entweder in das Justizministerium oder die ent-

sprechenden Vollzugsanstalten übernommen. 22 Stellen wurden im Haushalt 2008 aus diesem Anlass kw gestellt.

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV):

- **Kommunalisierung von Aufgaben im Bereich der Umweltverwaltung**
Siehe Epl. 03.
- **Verlagerung des Aufgabenbereiches "Fischerei und Gewässerökologie" zum Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz**
Der Aufgabenbereich "Fischerei und Gewässerökologie" wurde mit Wirkung vom 01.04.2008 von der Bezirksregierung Arnsberg zum Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) verlagert. Die Haushaltsmittel und Stellen für diese Aufgabe werden künftig im Epl. 10 Kapitel 10 400 Titelgruppe 73 veranschlagt. Die Titel und Ansätze abzüglich der von der Bezirksregierung vereinnahmten bzw. geleisteten Zahlungen wurden in das Kapitel des LANUV umgesetzt.

Einzelplan 11 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS):

- **Auflösung der 11 Versorgungämter**
Die Aufgaben im Bereich des Schwerbehindertenrechts und des Elterngeldgesetzes wurden auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen; die Aufgaben des Sozialen Entschädigungsrechts (einschließlich Kriegsopferversorgung) wurden an die Landschaftsverbände verlagert, die Aufgaben im Bereich der arbeitspolitischen und sozialpolitischen Förderprogramme sind auf die Bezirksregierungen übertragen worden, und für das Erziehungsgeld ist in Zukunft die Bezirksregierung Münster landesweit zuständig.
- **Auflösung des Landesversicherungsamtes**
Das Landesversicherungsamt wurde zum 01.01.2008 aufgelöst und in das MAGS eingegliedert.
- **Verlagerung der hoheitlichen Aufgaben der Landesanstalt für Arbeitsschutz (inkl. Landessammelstelle) in die Bezirksregierungen sowie Zusammenlegung des Landesinstituts für den öffentlichen Gesundheitsschutz mit der Landesanstalt für Arbeitsschutz**
Siehe Epl. 03.

- Zum 31.03.2008 wurde der Betrieb der **Versorgungskuranstalt Egge-land** in Bad Driburg eingestellt.
- Im Haushaltsplanentwurf 2009 sind in Kapitel 11 270 Ausgaben für ein geplantes **Kompetenzzentrum Gesundheit** veranschlagt.

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Verkehr (MBV):

- **Bündelung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für den ÖPNV bei der kommunalen Ebene**

Durch das Inkrafttreten des neuen ÖPNVG NRW zum 01.01.2008 wurde die Bündelung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für den ÖPNV bei der kommunalen Ebene vollzogen. Dadurch konnte eine Verwaltungsebene (bei den Bezirksregierungen) entfallen. Dieses hatte zur Folge, dass 9 Planstellen von den Bezirksregierungen zu den nunmehr für die Förderung verantwortlichen drei Zweckverbänden und 28 Stellen für Tarifbeschäftigte in das Kapitel 14 111 verlagert wurden. 14 weitere Stellen konnten bei den Bezirksregierungen eingespart werden.

- **Auflösung des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen NRW (ILS)**

Mit Erlass des MBV NRW vom 17.12.2007 ist das ILS zum 31.12.2007 aufgelöst und eine ILS GmbH zum 01.01.2008 gegründet worden. Das MBV hat die Abwicklung des ILS-Alt und des Kapitels 14 520 entsprechend den einschlägigen Vorschriften zum PEM (55 Stellen) vollzogen. Für die Zeit bis zur geplanten Überleitung (Aufnahmeverfahren) der ILS GmbH in die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. übernimmt das MBV die institutionelle Förderung der GmbH.

Einzelplan 15 - Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI):

- **Integration der Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge (Unna-Massen) in die Bezirksregierung Arnsberg**

Siehe Epl. 03.

1.3 Tabellen zum Haushalt ¹⁾

1.3.1 Einnahmen und Ausgaben nach Hauptgruppen

Einnahmen

	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			Mio. EUR	v. H.
0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	43.569,2	41.922,3	+ 1.646,9	+ 3,9
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.774,5	2.764,4	+ 10,1	+ 0,4
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.326,9	3.379,9	- 53,0	- 1,6
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	3.033,7	3.190,9	- 157,2	- 4,9
	52.704,2	51.257,6	+ 1.446,9	+ 2,8

Insgesamt

Ausgaben

	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			Mio. EUR	v. H.
4 Personalausgaben	20.454,7	19.311,5	+ 1.143,2	+ 5,9
5 Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für Schuldendienst	7.525,0	7.391,5 ²⁾	+ 133,5	+ 1,8
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	19.784,4	19.567,2	+ 217,2	+ 1,1
7 Baumaßnahmen	285,9	194,3 ²⁾	+ 91,6	+ 47,1
8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.619,6	4.648,6 ²⁾	- 29,0	- 0,6
9 Besondere Finanzierungsvorgänge	34,5	144,6	- 110,1	- 76,1
	52.704,2	51.257,6	+ 1.446,4	+ 2,8

Insgesamt

¹⁾ Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

²⁾ Die Zahlen 2008 beinhalten die Umsetzung von Haushaltsmitteln i. H. v. rd. 25,7 Mio. EUR gemäß § 11 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2008 aus dem Epl. 20 (Titel 20 020/799 75) in die Einzelpläne 06 (dort HGr. 8 i. H. v. rd. 22,5 Mio. EUR) und 03 (dort HGr. 5 i. H. v. 2,5 Mio. EUR und HGr. 7 i. H. v. 0,7 Mio. EUR).

1.3.2 Einnahmen

(1) Gesamtüberblick

	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			Mio. EUR	v. H.
Steuern	43.320,0	41.630,0	+ 1.690,0	+ 4,1
Steuerähnliche Abgaben	249,2	292,3	- 43,1	- 14,7
Verwaltungseinnahmen, Zinseinnahmen, Darlehensrückflüsse und dgl.	2.774,5	2.764,4	+ 10,1	+ 0,4
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.326,9	3.379,9	- 53,0	- 1,6
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	1.182,0	1.231,0	- 49,0	- 4,0
Schuldenaufnahmen	1.846,5	1.954,6	- 108,1	- 5,5
Sonstige Einnahmen	5,4	5,4	±	± 0,0
Gesamteinnahmen	52.704,2	51.257,6	+ 1.446,7	+ 2,8

(2) Steuereinnahmen

Anteil des Landes an	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			Mio. EUR	v. H.
Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	21.780,0	20.295,0	+ 1.485,0	+ 7,3
Steuern vom Umsatz	14.245,0	13.880,0	+ 365,0	+ 2,6
Gewerbesteuerumlage	415,0	390,0	+ 25,0	+ 6,4
Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage	765,0	760,0	+ 5,0	+ 0,7
Zinsabschlag	1.255,0	1.460,0	- 205,0	- 14,0
Erbschaftsteuer	1.190,0	1.105,0	+ 85,0	+ 7,7
Grunderwerbsteuer	1.215,0	1.300,0	- 85,0	- 6,5
Kraftfahrzeugsteuer	1.840,0	1.835,0	+ 5,0	+ 0,3
Totalisatorsteuer	3,0	4,0	- 1,0	- 25,0
Lotteriesteuer	342,0	331,0	+ 11,0	+ 3,3
Feuerschutzsteuer	70,0	70,0	±	± 0,0
Biersteuer	200,0	200,0	± 0,0	± 0,0
Insgesamt	43.320,0	41.630,0	+ 1.690,0	+ 4,1

(3) Nichtsteuerliche Einnahmen

(ohne Schuldenaufnahmen)

	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			Mio EUR	v. H.
Gebühren, sonstige Entgelte, Strafen	1.171,0	1.173,6	- 2,6	- 0,2
Sonstige Verwaltungseinnahmen (Gruppe 119)	226,2	236,1	- 9,9	- 4,2
Betriebseinnahmen, Mieten und Pachten	66,1	66,1	± 0,0	± 0,0
Darlehensrückflüsse	444,8	468,6	- 23,8	- 5,1
Zinseinnahmen	218,9	227,8	- 8,9	- 3,9
Einnahmen aus Lotterie, Lotto, Toto	4,2	4,6	- 0,4	- 8,7
Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	246,7	148,5	+ 98,2	+ 66,1
Entschädigung für die Erhebung der Kirchensteuer	78,0	71,0	+ 7,0	+ 9,9
Sonstige Zuschüsse der EU	151,1	276,8	- 125,7	- 45,4
Zuweisungen, Erstattungen, Schuldendiensthilfen und Vermögensübertragungen des Bundes	3.762,4	3.690,3	+ 72,1	+ 2,0
Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbände	198,0	204,0	- 6,0	- 2,9
Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	83,1	76,0	+ 7,1	+ 9,3
Sonstige Erstattungen aus dem Inland	53,4	51,4	+ 2,0	+ 3,9
Steuerähnliche Abgaben	249,2	292,3	- 43,1	- 14,7
Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	162,2	213,2	- 51,0	- 23,9
Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken				
Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	0,1	0,1	± 0,0	± 0,0
Globale Mehr- und Mindereinnahmen	0,4	0,7	- 0,3	- 42,9
Haushaltstechnische Verrechnungen	- 4,8	- 4,6	- + 0,2	- + 4,3
Sonstige Einnahmen	167,9	174,9	- 7,0	- 4,0
Insgesamt	7.288,5	7.380,6	- 92,0	- 1,2

(4) Schuldenaufnahmen

	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			Mio. EUR	v. H.
Schuldenaufnahmen				
- bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	-	-	-	-
- am Kreditmarkt (netto)	1.846,5	1.954,6	- 108,1	- 5,5
Zwischensumme	1.846,5	1.954,6	- 108,1	- 5,5
davon ab:				
- veranschlagte Tilgungsausgaben bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	177,9	178,4	- 0,5	- 0,3
Netto-Neuverschuldung	1.668,6	1.776,1	- 107,5	- 6,1

1.3.3 Ausgaben

(1) Gesamtüberblick

Ausgabeart	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			Mio. EUR	v. H.
Personalausgaben	20.454,7	19.311,5	+ 1.143,2	+ 5,9
Sächliche Verwaltungsausgaben	2.411,6	2.372,5	+ 39,1	+ 1,6
Schuldendienst	5.113,4	5.019,0	+ 94,4	+ 1,9
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	19.784,4	19.567,2	+ 217,2	+ 1,1
Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.905,5	4.842,9	+ 62,6	+ 1,3
Besondere Finanzierungsausgaben und haushaltstechnische Verrechnungen	34,5	144,6	- 110,1	- 76,1
Insgesamt	52.704,2	51.257,6	+ 1.446,7	+ 2,8

(2) Personalausgaben

	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			Mio. EUR	v. H.
Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	48,1	47,5	+ 0,6	+ 1,3
Bezüge des Ministerpräsidenten, der Minister, der Beamten und Richter	10.674,9	10.330,6	+ 344,3	+ 3,3
Vergütungen und Löhne der Arbeitnehmer/-innen, Ausbildungsvergütungen und sonstige nicht aufteilbare Personalausgaben	2.495,1	2.488,2	+ 6,9	+ 0,3
Beschäftigungsentgelte und personalbezogene Sachausgaben	151,3	160,4	- 9,1	- 5,7
Versorgungsbezüge	5.032,3	4.581,6	+ 450,7	+ 9,8
Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	1.525,2	1.490,9	+ 34,3	+ 2,3
Globale Mehr- und Minderausgaben bei den Personalausgaben	437,3	125,2	+ 312,1	+ 249,3
Zuführung an die Versorgungsrücklage für die Versorgungsaufwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen	90,6	87,1	+ 3,5	+ 4,0
Insgesamt	20.454,7	19.311,5	+ 1.143,2	+ 5,9

(3) Sächliche Verwaltungsausgaben ab 100 Mio. EUR

	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			Mio. EUR	v. H.
Insgesamt	2.411,7	2.372,5	+ 39,1	+ 1,7
darunter:				
Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und dgl.	209,9	219,3	- 9,4	- 4,3
Verbrauchsmittel und Haltung von Fahrzeugen und dgl.	113,9	118,8	- 4,9	- 4,1
Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	204,9	192,5	+ 12,4	+ 6,4
Mieten und Pachten	670,5	648,3	+ 22,2	+ 3,4
Auslagen in Rechtssachen (Gruppe 532 im Epl. 04)	476,7	466,7	+ 10,0	+ 2,1
Sonstige Verwaltungsausgaben (soweit nicht Gruppen 531 - 545)	233,7	239,1	- 5,4	- 2,3
Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben (Gruppe 547)	182,5	177,6	+ 4,9	+ 2,8

(4) Schuldendienst

	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			Mio. EUR	v. H.
Schuldendienst für Kredite				
- bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.				
- Zinsen	0,6	0,6	± 0,0	± 0,0
- Tilgungen	177,9	178,4	- 0,5	- 0,3
- am Kreditmarkt				
- Zinsen	4.935,0	4.840,0	+ 95,0	+ 2,0
- Tilgungen				
Insgesamt	5.113,4	5.019,0	+ 94,4	+ 1,9

(5) Ausgaben für Sachinvestitionen

	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			Mio. EUR	v. H.
Baumaßnahmen	285,9	194,3 ²⁾	+ 91,6	+ 47,1
Erwerb von unbeweglichen Sachen	42,0	52,5	- 10,5	- 20,0
Erwerb von Fahrzeugen	40,5	36,1	+ 4,4	+ 12,2
Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	290,7	251,9	+ 38,8	+ 15,4
Insgesamt	659,1	534,8	+ 124,3	+ 23,2

²⁾ Die Zahlen 2008 beinhalten die Umsetzung von Haushaltsmitteln i. H. v. rd. 25,7 Mio. EUR gemäß § 11 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2008 aus dem Epl. 20 (Titel 20 020/799 75) in die Einzelpläne 06 (dort HGr. 8 i. H. v. rd. 22,5 Mio. EUR) und 03 (dort HGr. 5 i. H. v. 2,5 Mio. EUR).

**(6) Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen
und Ausgaben für Investitionsfördermaßnahmen (Investitionshaushalt)**

	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			Mio. EUR	v. H.
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen	19.784,4	19.567,2	+ 217,2	+ 1,1
davon:				
an Bund	35,6	35,4	+ 0,2	+ 0,6
an Länder	140,5	135,7	+ 4,8	+ 3,5
an Gemeinden und Gemeindeverbände	10.602,1	10.453,2	+ 148,9	+ 1,4
an Sondervermögen	29,0	107,7	- 78,7	- 73,1
an Sozialversicherungsträger	52,3	50,5	+ 1,8	+ 3,6
an Zweckverbände	540,6	495,2	+ 45,4	+ 9,2
an öffentliche Unternehmen	1.229,0	1.208,5	+ 20,5	+ 1,7
an private Unternehmen	677,8	716,9	- 39,1	- 5,5
an Sonstige im Inland	975,5	1.114,7	- 139,2	- 12,5
an Sonstige im Ausland	0,8	0,8	±	± 0,0
an öffentliche Einrichtungen	3.087,9	2.970,9	+ 117,0	+ 3,9
an natürliche Personen	868,0	782,5	+ 85,5	+ 10,9
an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1.545,3	1.495,9	+ 49,4	+ 3,3
Ausgaben für Investitionsfördermaßnahmen (Investitionshaushalt)	4.246,3	4.308,1	- 61,8	- 1,4
davon:				
an Bund	30,5	24,6	+ 5,9	+ 24,0
an Länder	2,5	3,7	- 1,2	- 32,4
an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.768,2	1.714,0	+ 54,2	+ 3,2
an Sondervermögen	17,6	17,5	+ 0,1	+ 0,6
an Sozialversicherungsträger	13,6	15,0	- 1,4	- 9,3
an Zweckverbände	541,9	504,7	+ 37,2	+ 7,4
an öffentliche Unternehmen	829,6	929,5	- 99,9	- 10,7
an private Unternehmen	183,8	167,9	+ 15,9	+ 9,5
an Inland	628,1	724,5	- 96,4	- 13,3
an Ausland	0,2	0,2	±	± 0,0
an öffentliche Einrichtungen	169,0	144,0	+ 25,0	+ 17,4
Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	61,2	62,6	- 1,4	- 2,2
Insgesamt	24.030,7	23.875,3	+ 155,4	+ 0,7

(7) Besondere Finanzierungsausgaben und haushaltstechnische Verrechnungen

	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			Mio. EUR	v. H.
Zuführung an Rücklagen, Fonds und Stöcke	122,5	92,8	+ 29,7	+ 32,0
Globale Mehrausgaben	80,1	52,8	+ 27,3	+ 51,7
Globale Minderausgaben	- 172,9	- 5,7	- 167,2	x
Haushaltstechnische Verrechnungen	4,8	4,6	+ 0,2	+ 4,3
Insgesamt	34,5	144,6	- 110,1	- 76,1

2. Das nordrhein-westfälische Steueraufkommen und seine Verteilung

Die Bundesregierung ist im Laufe des Jahres 2001 dazu übergegangen, Zuständigkeiten der Bundeskassen zu ändern bzw. länderübergreifend zu bündeln.

Die von der Bundesverwaltung erhobenen Steuern, neben den reinen Bundessteuern und Zöllen auch die Einfuhrumsatzsteuer als Gemeinschaftsteuer, werden infolgedessen in der amtlichen Statistik nicht mehr nach dem regionalen Aufkommen in den einzelnen Ländern, sondern nur noch in einer Summe bundesweit nachgewiesen.

Die in früheren Finanzberichten an dieser Stelle enthaltenen Ausführungen und Tabellen zum Steueraufkommen in NRW und dessen Verteilung auf die Gebietskörperschaften mussten deshalb seit dem Finanzbericht 2004/2005 entfallen.

Daten zu den Steuereinnahmen des Landes NRW (nach der Steuerverteilung, aufgeschlüsselt nach Steuerarten) können seit Beginn des Jahres 2003 im Internet der Landesverwaltung unter www.fm.nrw.de abgerufen werden.

3. Steuerschätzung für Haushalt und Finanzplanung

3.1 Ziele und Aufgaben der Steuerschätzung

Die Steuereinnahmen sind die wichtigste Einnahmequelle des Landeshaushalts. Mit den im Haushaltsplanentwurf 2009 erwarteten Einnahmen von 43,3 Mrd. EUR können rd. 82,4 v. H. der Gesamtausgaben des Landes finanziert werden.

Da die Steuereinnahmen den weitaus überwiegenden Anteil der Gesamteinnahmen des Landes und damit die Basis für den finanzpolitischen Rahmen der nächsten Jahre darstellen, werden an die Verlässlichkeit und Genauigkeit der Steuerschätzung hohe Erwartungen gestellt. Untermauert wird diese Forderung nach größtmöglicher Genauigkeit der Prognosen durch den in § 11 der LHO verankerten Grundsatz der "Kassenwirksamkeit", der zum Inhalt hat, dass nur solche Einnahmen und Ausgaben in den Haushaltsplan eingestellt werden dürfen, die im Haushaltsjahr effektiv zu erwarten

bzw. zu leisten sind, also kassenwirksam werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Vorausschau bei den Steuereinnahmen noch schwieriger als bei den Ausgaben ist. Die Steuereinnahmeentwicklung ist in hohem Maße von exogenen Faktoren abhängig, die der Fiskus nicht unmittelbar beeinflussen kann und deren Ermittlung bereits mit erheblichen Unsicherheiten verbunden ist.

Zu diesen Faktoren gehören insbesondere: Die wirtschaftliche Entwicklung, die Verbrauchs- und Zahlungsgewohnheiten der Steuerzahler und nicht zuletzt die Reaktionen der Steuerpflichtigen auf Steuerrechtsänderungen. Letztlich befinden die Steuerzahler zu einem guten Teil selber darüber, inwieweit steuerpflichtige Tatbestände entstehen und zu kassenmäßigen Steuereinnahmen führen. Voraussetzung für die Schätzung der Steuereinnahmen sind deshalb konkrete Annahmen über die Entwicklung dieser exogenen Faktoren. Diese Annahmen fließen in die jeweiligen Schätzmethoden ein. Dabei hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass gehäufte Steuerrechtsänderungen oder auch die beschleunigte Globalisierung der Wirtschaft oftmals zu Strukturbrüchen in der Steueraufkommensentwicklung führen, die mit den vorhandenen Informationsquellen nicht hinreichend erfasst werden können.

3.2 Methoden der Steuerschätzung

3.2.1 Direkte und indirekte Schätzung

Für die Aufstellung der Haushalte der Gebietskörperschaften ist eine gesonderte Schätzung des Aufkommens jeder einzelnen Steuerart erforderlich. Dies kann mittels direkter oder indirekter Schätzverfahren geschehen.

Direkte Schätzverfahren stützen sich ausschließlich auf Vergangenheitswerte der zu schätzenden Steuereinnahmen. Aus der Zeitreihe der bisherigen Einnahmen wird ein Trend berechnet und in die Zukunft extrapoliert. Änderungen der erwähnten exogenen Faktoren, also des Verhaltens der Steuerpflichtigen, der wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch des Steuerrechts selbst, können bei diesen Methoden nicht berücksichtigt werden. Sie eignen sich daher hauptsächlich für kurzfristige Schätzungen.

Eine dynamische Betrachtung ist nur mit Hilfe von indirekten Schätzmethoden möglich. Sie simulieren auf der Ebene der Gesamtwirtschaft die Veranlagung von Durchschnittssteuerpflichtigen. Ausgehend von einer zunächst selbst zu schätzenden Steuerbemessungsgrundlage oder einer geeigneten Hilfsgröße ermitteln sie über den Steuertarif die Steuerschuld. In einem zweiten Schritt wird das durch Veranlagungs- und Zahlungsmodalitäten entstehende kassenmäßige Aufkommen abgeleitet.

Die indirekten Verfahren werden insbesondere bei den großen Gemeinschaftsteuern wie Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer angewendet. Sie sind wesentlich komplexer als die direkten Methoden und erfordern eine breitere Datenbasis.

Die Schätzung der Steuerbemessungsgrundlage basiert auf den Daten der amtlichen Steuerstatistik, die leider erst nach erheblicher zeitlicher Verzögerung zur Verfügung stehen. Diese Vergangenheitswerte werden mit Hilfe von Teilaggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung fortgeschrieben. So wird z. B. die Bruttolohn- und -gehaltssumme als Hilfsindikator für die steuerpflichtigen Arbeitseinkommen zur Prognose des Lohnsteueraufkommens verwendet.

Ausgangspunkt jeder Steuerschätzung ist somit die Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung. Auf der Grundlage von Konjunkturprognosen und Wachstumsprojektionen werden Basisdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt. Die wichtigste Größe ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP), definiert als der Marktwert aller Güter, die in einer Volkswirtschaft innerhalb einer bestimmten Periode konsumiert oder investiert werden, zzgl. des Saldo aus Exporten und Importen. Von der Entstehungsseite des BIP her müssen die Bruttolöhne und -gehälter sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen prognostiziert werden. Damit unterstellen die Schätzergebnisse immer eine Entwicklung, die dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt entspricht.

3.2.2 Aufkommenselastizitäten

Überschlägige Berechnungen im Rahmen der Steuerschätzung werden häufig mit Hilfe von Aufkommenselastizitäten durchgeführt. Elastizitätskoeffizienten messen, wie sich das Aufkommen einer Steuer, einer Gruppe von Steuern oder des gesamten Steuersystems im Verhältnis zum Wachstum

des BIP verändert. Aufkommenselastizitäten vergleichen die relativen Wachstumsraten des Steueraufkommens mit denen des BIP (in jeweiligen Preisen). Eine Elastizität von 1,2 bedeutet z. B., dass das Steueraufkommen 1,2-mal so stark wie das BIP wächst.

Die einzelnen Steuerarten zeigen beachtliche Unterschiede in ihren Elastizitäten. Elastizitätskoeffizienten mit einem Wert, der größer als eins ist, sind meist bei den einkommensabhängigen Steuern, insbesondere der Lohnsteuer, zu beobachten. Hauptursache hierfür ist der progressive Einkommensteuertarif. Während sich die Umsatzsteuer aufgrund des proportionalen Steuersatzes und der wertgebundenen Bemessungsgrundlage in etwa gleichgerichtet mit dem BIP entwickelt, bleibt das Wachstum des Aufkommens der direkten Verbrauchsteuern oft infolge der Konsumgewohnheiten der Verbraucher (Sättigungseffekte) hinter dem des Inlandprodukts zurück.

Aufgrund dieser steuerartspezifischen Unterschiede wird die Aufkommenselastizität des gesamten Steuersystems maßgeblich vom Gewicht der einzelnen Steuerarten am gesamten Steueraufkommen und von Verschiebungen innerhalb der Steuerstruktur bestimmt.

Sowohl die Elastizität des gesamten Steueraufkommens als auch einzelner Steuerarten schwanken im Zeitablauf sehr. Gründe hierfür liegen u. a. in Veränderungen des Steuerrechts, der Einkommenspyramide, des Verhaltens der Steuerzahler oder im Veranlagungs- und Erhebungsrhythmus der Steuerverwaltung.

In der nachstehenden **Übersicht 1** sind die Aufkommenselastizitäten des deutschen Steuersystems insgesamt und einiger Steuerarten in der längerfristigen Entwicklung zusammengestellt. Im Durchschnitt der Jahre 1970 - 1990² lag die Aufkommenselastizität für das gesamte Steuersystem fast genau bei 1. Dies bedeutet, dass die Zuwachsrate des Steueraufkommens im langen Durchschnitt in etwa der Zuwachsrate des nominalen BIP entsprach.

² Die Jahre ab 1991 wurden aus den Durchschnittsberechnungen ausgeklammert, da eine Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben ist. Die Bundessteuern werden nur noch für das gesamte Erhebungsgebiet, d. h. alte und neue Bundesländer zusammen, ausgewiesen.

Wie erwartet, lag die Aufkommenselastizität bei der Lohnsteuer deutlich über 1 (1,27), bei einer Verbrauchsteuer (Energiesteuer) unter 1 (0,85) und bei den Steuern vom Umsatz bei ungefähr 1 (1,05).

In den einzelnen Jahren hatten insbesondere Steuerrechtsänderungen starke Ausschläge der Elastizitätsbeziehung zur Folge. In den 80er Jahren sind einerseits die Steuersenkungen durch die Steuerreformstufen 1986, 1988 und 1990 deutlich zu erkennen. Diese Änderungen lassen sich insbesondere an dem Elastizitätskoeffizienten der Lohnsteuer ablesen. Andererseits spiegelt das starke Ansteigen der Gesamtaufkommenselastizität in 1989 (1,52) die Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Verbrauchsteuern sowie die zeitweilige Erhebung der Quellensteuer wider. Die Erhöhung der Energiesteuer im Jahr 1989 ist deutlich an deren hohen Elastizitätskoeffizienten (3,45) abzulesen.

Die Zahlen ab 1991 beziehen sich auf das gesamte Bundesgebiet, also einschließlich der neuen Länder. Durch die hohen Transferleistungen von West nach Ost stiegen in den neuen Ländern die gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate wesentlich stärker als die vom BIP abgebildete gesamtwirtschaftliche Produktion. Dies bewirkte insbesondere bei den an Nachfragegrößen anknüpfenden Steuerarten einen erheblichen Elastizitätssprung.

Aufkommenselastizität des deutschen Steuersystems und kassenmäßige Steuerquote 1970 bis 2007

(bis einschl. 1990: früheres Bundesgebiet; ab 1991: einschl. Beitrittsgebiet)

Übersicht 1

Jahr	Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	Veränderung zum Vorjahr	Steueraufkommen insgesamt ²⁾	Veränderung zum Vorjahr	Elastizität (Spalte 4 zu Spalte 2)	Lohnsteueraufkommen ²⁾	Veränderung zum Vorjahr	Elastizität (Spalte 7 zu Spalte 2)	Aufkommen an Steuern vom Umsatz ²⁾	Veränderung zum Vorjahr	Elastizität (Spalte 10 zu Spalte 2)	Energiesteueraufkommen ²⁾	Veränderung zum Vorjahr	Elastizität (Spalte 13 zu Spalte 2)	kassenm. Steuerquote (Spalte 3 zu Spalte 1)
	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.		Mrd. EUR	v. H.		Mrd. EUR	v. H.		Mrd. EUR	v. H.		v. H.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1970	352,0	.	78,8	.	.	17,9	.	.	19,5	.	.	5,9	.	.	22,38
1971	390,1	+ 10,8	88,1	+ 11,9	1,10	21,9	+ 22,0	2,03	21,9	+ 12,5	1,16	6,3	+ 7,9	0,73	22,60
1972	427,5	+ 9,6	100,7	+ 14,3	1,49	25,4	+ 16,3	1,70	24,0	+ 9,5	0,99	7,3	+ 14,6	1,52	23,56
1973	476,7	+ 11,5	114,9	+ 14,1	1,23	31,3	+ 23,1	2,00	25,3	+ 5,3	0,46	8,5	+ 16,6	1,44	24,11
1974	513,6	+ 7,7	122,9	+ 6,9	0,90	36,8	+ 17,5	2,26	26,2	+ 3,4	0,44	8,2	- 3,2	- 0,46	23,93
1975	536,0	+ 4,4	123,8	+ 0,7	0,16	36,4	- 1,1	- 0,25	27,7	+ 5,7	1,31	8,8	+ 6,7	1,53	23,09
1976	583,9	+ 8,9	137,0	+ 10,7	1,19	41,2	+ 13,2	1,48	29,9	+ 8,1	0,91	9,3	+ 5,8	0,65	23,46
1977	623,7	+ 6,8	153,2	+ 11,8	1,74	46,4	+ 12,6	1,85	32,1	+ 7,2	1,06	9,8	+ 5,9	0,86	24,56
1978	669,3	+ 7,3	163,2	+ 6,5	0,89	47,0	+ 1,4	0,19	37,5	+ 16,9	2,31	10,5	+ 6,7	0,91	24,38
1979	722,5	+ 7,9	175,4	+ 7,5	0,94	49,6	+ 5,5	0,69	43,1	+ 14,9	1,88	10,8	+ 3,3	0,42	24,27
1980	766,6	+ 6,1	186,1	+ 6,1	1,00	57,0	+ 14,9	2,45	47,8	+ 11,0	1,80	10,9	+ 1,0	0,16	24,28
1981	800,2	+ 4,4	189,3	+ 1,7	0,39	59,6	+ 4,5	1,02	50,0	+ 4,6	1,06	11,3	+ 3,9	0,89	23,66
1982	831,8	+ 3,9	193,6	+ 2,2	0,57	63,1	+ 5,9	1,49	50,0	- 0,1	- 0,02	11,7	+ 3,0	0,75	23,27
1983	872,2	+ 4,9	202,7	+ 4,7	0,97	65,9	+ 4,4	0,91	54,1	+ 8,3	1,72	11,9	+ 2,2	0,45	23,24
1984	915,0	+ 4,9	212,0	+ 4,6	0,93	69,7	+ 5,8	1,18	56,5	+ 4,4	0,89	12,3	+ 3,0	0,61	23,17
1985	955,3	+ 4,4	223,5	+ 5,4	1,23	75,5	+ 8,3	1,88	56,2	- 0,6	- 0,15	12,5	+ 2,0	0,46	23,39
1986	1.010,2	+ 5,7	231,4	+ 3,5	0,61	77,8	+ 3,1	0,54	56,8	+ 1,2	0,21	13,1	+ 4,6	0,80	22,90
1987	1.043,3	+ 3,3	239,5	+ 3,5	1,08	83,9	+ 7,8	2,39	60,7	+ 6,9	2,10	13,4	+ 1,9	0,59	22,96
1988	1.098,5	+ 5,3	249,6	+ 4,2	0,79	85,6	+ 2,0	0,38	63,0	+ 3,8	0,71	13,8	+ 3,4	0,65	22,72
1989	1.168,3	+ 6,4	273,7	+ 9,7	1,52	93,0	+ 8,6	1,35	67,2	+ 6,6	1,05	16,9	+ 21,9	3,45	23,43
1990 ³⁾	1.274,9	+ 9,1	281,1	+ 2,7	0,29	90,8	- 2,3	- 0,29	75,5	+ 12,2	1,34	17,7	+ 5,0	0,55	22,05
Durchschnitt 1971 - 1990	.	+ 6,6	.	+ 6,6	0,99	.	+ 8,4	1,27	.	+ 7,0	1,05	.	+ 5,7	0,85	23,40
⁴⁾ 1991	1.534,6	+ 20,4	338,4	+ 20,4	1,00	109,5	+ 20,6	1,01	91,9	+ 21,8	1,07	24,2	+ 36,6	1,80	22,05
1992	1.646,6	+ 7,3	374,1	+ 10,5	1,44	126,4	+ 15,5	2,12	101,1	+ 10,0	1,38	28,2	+ 16,7	2,29	22,72
1993	1.694,4	+ 2,9	383,0	+ 2,4	0,82	131,9	+ 4,3	1,49	110,6	+ 9,4	3,24	28,8	+ 2,0	0,69	22,60
1994	1.780,8	+ 5,1	402,0	+ 4,9	0,97	136,3	+ 3,3	0,65	120,5	+ 9,0	1,76	32,6	+ 13,4	2,63	22,57
1995	1.848,5	+ 3,8	416,3	+ 3,6	0,94	144,5	+ 6,1	1,60	120,0	- 0,5	- 0,12	33,2	+ 1,6	0,43	22,52
1996	1.876,2	+ 1,5	409,0	- 1,8	- 1,17	128,5	- 11,1	- 7,42	121,3	+ 1,1	0,73	34,9	+ 5,2	3,46	21,80
1997	1.915,6	+ 2,1	407,6	- 0,4	- 0,17	127,1	- 1,0	- 0,49	123,2	+ 1,6	0,74	33,7	- 3,3	- 1,57	21,28
1998	1.965,4	+ 2,6	425,9	+ 4,5	1,73	132,1	+ 3,9	1,49	127,9	+ 3,9	1,49	34,1	- 1,0	- 0,39	21,67
1999	2.012,0	+ 2,4	453,1	+ 6,4	2,69	133,8	+ 1,3	0,56	137,2	+ 7,2	3,04	36,4	+ 6,9	2,91	22,52
2000	2.062,5	+ 2,5	467,3	+ 3,1	1,25	135,7	+ 1,4	0,57	140,9	+ 2,7	1,08	37,8	+ 3,8	1,51	22,65
2001	2.113,2	+ 2,5	446,2	- 4,5	- 1,83	132,6	- 2,3	- 0,93	138,9	+ 1,4	0,56	40,7	+ 7,6	3,08	21,12
2002	2.143,2	+ 1,4	441,7	- 1,0	- 0,72	132,2	- 0,3	- 0,23	138,2	- 0,5	- 0,37	42,2	+ 3,7	2,60	20,61
2003	2.163,8	+ 1,0	442,1	+ 0,1	0,09	133,1	+ 0,7	0,71	137,0	- 0,9	- 0,90	43,2	+ 2,4	2,45	20,43
2004	2.211,2	+ 2,2	442,8	+ 0,2	0,08	123,9	- 6,9	- 3,15	137,4	- 0,3	- 0,12	41,8	- 3,3	- 1,49	20,03
2005	2.244,6	+ 1,5	452,0	+ 2,1	1,38	118,9	- 4,0	- 2,66	139,7	+ 1,7	1,13	40,1	- 4,0	- 2,66	20,14
2006	2.322,2	+ 3,5	488,4	+ 8,0	2,32	122,6	+ 3,1	0,90	146,7	+ 5,0	1,44	39,9	- 0,5	- 0,13	21,03
2007	2.423,8	+ 4,4	538,2	+ 10,2	2,33	131,8	+ 7,5	1,71	169,6	+ 15,6	3,58	39,0	- 2,4	- 0,55	22,21
Durchschnitt 1992 - 2007	.	+ 2,9	.	+ 2,9	1,02	.	+ 1,2	0,40	.	+ 3,9	1,35	.	+ 3,0	1,04	21,61

¹⁾ In jeweiligen Preisen, Stat. Bundesamt, AK VGR; nach Revision 2005; Stand: März 2008.

²⁾ Stat. Bundesamt, Finanzen und Steuern, Fachserie 14 Reihe 4.

³⁾ Bezogen auf das frühere Bundesgebiet; die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen ist wegen der Interdependenzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern etwas eingeschränkt.

⁴⁾ Die Daten ab 1991 betreffen das gesamte Bundesgebiet. Die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ist daher eingeschränkt.

Auch die Aufkommenselastizitäten der einkommensabhängigen Steuern lagen in den neuen Ländern zunächst weit über dem Westniveau. Ursache dafür war u. a. die Angleichung des Lohnniveaus und das damit verbundene Hineinwachsen von immer mehr Einkommensbeziehern in die Steuerpflicht sowie in höhere Grenzsteuersätze.

Die hohen Ausschläge in den Elastizitäten spiegeln darüber hinaus die Vielzahl der seit Beginn der 90er Jahre in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen wider. Zu nennen sind z. B. die Erhöhung des Grundfreibetrages zur Freistellung des Existenzminimums und die Verrechnung des Kindergeldes mit dem Lohnsteueraufkommen bei gleichzeitiger Erhöhung des Kindergeldes durch das Jahressteuergesetz 1996 oder die Tarifsenkungen durch das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (2001).

Anhebungen des Umsatzsteuernormalsatzes ließen die Elastizität der Steuern vom Umsatz in den Jahren 1993, 1998/99 und 2007 in die Höhe schießen. Bei der Energiesteuer sind erhöhungsbedingte Ausschläge in den Jahren 1992, 1994 und 1999 - 2003 sichtbar. Die negativen Elastizitäten der Jahre 2004 - 2007 sind das Ergebnis von Absatzrückgängen, die z. T. auf Ausweichreaktionen zurückzuführen sein dürften. Insbesondere im grenznahen Bereich führten die hohen Benzinpreise zu vermehrtem "Tanktourismus".

3.3 Arbeitskreis "Steuerschätzungen" und dessen "Länderausschuss"

Eine wichtige Informationsquelle und Basis für die Steuerschätzung des Landes sind die Ergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen", der sich im Jahr 1955 konstituiert hat. Er ist ein politisch unabhängiger Kreis von Sachverständigen, der in der Regel zweimal jährlich tagt und für jede in der Bundesrepublik erhobene Steuerart (mit Ausnahme der Kirchensteuer) eine Schätzung vornimmt. Im Mai erfolgt eine mittelfristige Schätzung für den Zeitraum der anstehenden Mittelfristigen Finanzplanung. Im Herbst - vor der abschließenden Lesung des Bundeshaushalts - werden die Steuereinnahmen für das jeweils laufende und für das kommende Haushaltsjahr noch einmal überprüft.

Dem Arbeitskreis gehören der Vertreter des Bundesministers der Finanzen (Vorsitzender), Vertreter des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Vertreter der Finanzminister/-innen bzw. -senatoren der Länder, der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände, des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank, des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute an.

Wichtigstes Ziel bei der Gründung des Arbeitskreises im Jahr 1955 war, die Vorausschätzung der Steuereinnahmen auf möglichst einheitliche Annahmen und Methoden zu stützen und die Schätzung der zu erwartenden Steuereinnahmen aus der politischen Diskussion zu nehmen.

Gemeinsame Basis für alle im Arbeitskreis vorgelegten Schätzvorschläge sind die vom Arbeitskreis "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung" beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erarbeiteten Grundannahmen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Bundesgebiet. Diese Vorgaben der Bundesregierung sind die Basis für alle im Arbeitskreis vorgelegten Schätzvorschläge und haben damit erheblichen Einfluss auf das Ergebnis der Schätzung. Dabei haben die kurzfristigen Konjunkturprognosen der Bundesregierung immer im direkten Vergleich zu den Frühjahrs- bzw. Herbstgutachten großer Wirtschaftsforschungsinstitute gestanden, die ja ebenfalls Vertreter in den Arbeitskreis entsenden.

Im Frühjahr 2008 gaben die Wirtschaftsforschungsinstitute im Rahmen ihrer Gemeinschaftsdiagnose erstmals auch eine mittelfristige Prognose ab. Besondere Probleme entstehen bei der zeitlichen Vorhersage von konjunkturellen Umbrüchen. Mittelfristig können deshalb lediglich modellhafte Szenarien abgeleitet werden. Bei den mittelfristigen Vorgaben der Bundesregierung handelt es sich daher um Projektionen. Sie zeichnen die angestrebte und für erreichbar gehaltene Entwicklung auf. Die Bestrebungen der Finanzpolitiker nach möglichst realitätsnahen Steuerschätzungen konkurrieren somit mit der von den Wirtschaftspolitikern gewünschten Signalwirkung positiver Projektionen.

Gerade bei der mittelfristigen Steuerschätzung können sich hohe Fehlerquoten ergeben. Im beginnenden wirtschaftlichen Abschwung besteht die Tendenz, die Steuereingänge zu überschätzen. Umgekehrt, in Jahren mit aufwärts gerichtetem Wirtschaftswachstum, unterschätzen die Modelle zu meist die tatsächliche Entwicklung.

Um das Risiko der Überschätzung der mittelfristigen Einnahmen zu begrenzen, hat die Bundesregierung die Annahmen über den realen Potentialpfad der deutschen Wirtschaft, an dem sich die mittelfristigen Wachstumserwartungen orientieren, in den vergangenen beiden Jahren um etwa einen halben Prozentpunkt auf rd. 1 ½ v. H. zurückgenommen.

Auch die in die Schätzung eingehenden Wirkungen der jeweils aktuellen Steuerrechtsänderungen legt die Bundesregierung vor. Solange die Wirkungen der Rechtsänderungen noch nicht in die statistische Datenbasis für die Steuerschätzung eingegangen sind, werden i. d. R. die Schätzungen der entsprechenden Mehr- oder Mindereinnahmen des Bundesfinanzministeriums übernommen. Ausnahmen gab es bisher nur in den Fällen, in denen aus der tatsächlichen Entwicklung der Steuereinnahmen Fehlschätzungen offen zu Tage traten. Dies geschieht äußerst selten, da Fehler bei der Kalkulation der Wirkungen von Steuerrechtsänderungen im Allgemeinen in der Gesamtheit der Steuereingänge untergehen.

Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" liefert Prognosen für jede Steuerart. Soweit es die Datenbasis erlaubt, legt er getrennte Schätzungen für das alte und das neue Bundesgebiet vor. Außerdem ordnet der Arbeitskreis seine Steuereinnahmeerwartungen den drei Ebenen der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) zu. Der Bund übernimmt die Ergebnisse des Arbeitskreises - ergänzt um Korrekturposten für von der Bundesregierung geplante, aber noch nicht parlamentarisch verabschiedete Steuerrechtsänderungen - in seinen jeweiligen Haushaltsplan bzw. in die Mittelfristige Finanzplanung.

Zur Ermittlung der zukünftigen Steuereinnahmen eines Landes muss die Summe der Steuereinnahmen der Länder regionalisiert, d. h. auf die einzelnen Länder aufgeteilt werden. Ein erster Schritt zu dieser Aufteilung ist die sog. Schematische Regionalisierung durch den Länderausschuss "Regionalisierung". Alle vom Grundsatz her nach dem örtlichen Aufkommen verteilten Steuereinnahmen werden anhand der Ist-Eingänge des letzten aktuell verfügbaren 12-Monats-Zeitraums auf die Länder verteilt.

Diese Ergebnisse sind die Basis für eine schematische Verteilung des Umsatzsteueranteils der Länder, die Vorabkalkulation der Zahlungsströme im Länderfinanzausgleich sowie eines Teils der Bundesergänzungszuweisungen.

3.4 Schätzung der Steuereinnahmen auf Landesebene

Die Schematische Regionalisierung wird einheitlich von allen Ländern als eine interne Arbeitsunterlage angesehen. Sie ist eine Basis für die Ableitung der jeweiligen Haushaltsansätze. Sicher ist, dass kein Land die Ergebnisse der Schematischen Regionalisierung ungeprüft übernehmen kann. Im Rahmen der Finanzautonomie der Länder ist es selbstverständlich, dass eigene Überlegungen über die zukünftigen Entwicklungen in die Steuerschätzung einfließen.

Notwendigkeiten zu Korrekturen ergeben sich zum einen aus dem System der Schematischen Regionalisierung selbst und zum anderen aus den der Steuerschätzung zugrunde liegenden Verfahren.

Zunächst ist zu beachten, dass die Schematische Regionalisierung die einem Land für ein Haushaltsjahr zustehenden Umsatzsteuereinnahmen berechnet. Aufgrund der nachträglichen Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung zwischen den Ländern unterscheiden sich diese Beträge teilweise deutlich von den im entsprechenden Haushaltsjahr kassenmäßig zu buchenden Zahlungsströmen.

Der sog. vorläufige Vollzug der Umsatzsteuer richtet sich nach der 1. Durchführungsverordnung zu § 13 Finanzausgleichsgesetz. Sie legt den v. H.-Satz fest, den die Zahlerländer täglich aus ihren Umsatzsteueraufkommen für Zwecke des Umsatzsteuerausgleichs (und den Länderfinanzausgleich) an den Bund als Clearingstelle abführen müssen. Der Abführungssatz richtet sich nach den Ist-Ergebnissen der letzten vier abgerechneten Quartale. Den Werten für 2009 liegen damit die Steuereingänge im vierten Quartal 2007 und den ersten drei Quartalen 2008 zugrunde.

Vierteljährlich, jeweils im März, Juni, September und Dezember, wird nach den dann vorliegenden Quartalszahlen abgerechnet. D. h., die Umsatzsteuereinnahmen eines Jahres setzen sich aus dem Abrechnungsbetrag des Vorjahres, den Einnahmen der ersten drei abgerechneten Quartale sowie den Einnahmen nach dem vorläufigen Vollzug für das letzte Quartal zusammen.

Gerade durch die niedrige Steuerkraft der neuen Länder ist das Transfer-
volumen der Umsatzsteuerverteilung erheblich angestiegen. Die Abweichun-
gen zwischen den kassenmäßigen Einnahmen und den dem Land für das
entsprechende Haushaltsjahr zustehenden Einnahmen können deshalb
durchaus im dreistelligen Millionenbereich liegen.

Auch durch die Zerlegungs- bzw. Clearingverfahren, mit denen eine nicht
sachgerechte, d. h. dem Sinn des Prinzips des örtlichen Aufkommens wider-
sprechende Verteilung von Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, Zinsabschlag
und Feuerschutzsteuer korrigiert wird, können bei einzelnen Ländern erheb-
liche Einnahmeschwankungen auftreten. Durch den nachgelagerten Ein-
nahmeausgleich zwischen den Ländern ist es in den vergangenen Jahren
vermehrt zu teils erheblichen Verwerfungen bei den kassenmäßigen Zu-
flüssen gekommen. Verstärkt wurde dieser Effekt durch den zunehmenden
Einfluss von Großunternehmen auf das Steueraufkommen.

Weitere Gründe, die Ergebnisse der Schematischen Regionalisierung für
Zwecke der eigenen Steuerschätzung zu überarbeiten, sind:

- Die Steuerschätzung wird i. d. R. nach geltendem Rechtsstand durchge-
führt. Anstehende, aber noch nicht endgültig beschlossene Steuerrechts-
änderungen können folglich auch von der Schematischen Regionalisie-
rung nicht berücksichtigt werden.
- Zeitlich befristete Sonderentwicklungen in einzelnen Ländern können zu
erheblichen strukturellen Verzerrungen im Einnahmegefüge aller Länder
führen. Da jedoch erhebliche Schwierigkeiten bestehen, Sondereffekte
einheitlich zu definieren, insbesondere für alle Länder verbindliche
Größenvorgaben festzulegen, werden die Regionalisierungsgrundlagen
i. d. R. nicht um derartige Effekte bereinigt.
- Wie erläutert, basieren die Schätzverfahren des Arbeitskreises auf ge-
samtwirtschaftlichen Modellen. Isolierte Prognosen der wirtschaftlichen
Entwicklung der einzelnen Länder werden nicht erstellt. Auch eine realis-
tische Prognose der bundesweiten wirtschaftlichen Entwicklung muss
nicht für jedes einzelne Land in gleichem Maße zutreffen. Hier müssen
unterschiedliche wirtschaftliche Tendenzen berücksichtigt werden. Auch
Sonderentwicklungen einzelner Länder können von den auf einer histo-
rischen Datenbasis aufbauenden Modellen keinen Niederschlag finden.

3.5 Zuverlässigkeit der Schätzergebnisse in Nordrhein-Westfalen

Eine Gegenüberstellung der im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen ausgewiesenen Schätzergebnisse und der tatsächlichen Ist-Einnahmen der Jahre 1961 - 2007 (Übersicht 2) zeigt, dass es neben Überschätzungen auch weit hinter der Ist-Entwicklung zurückgebliebene Veranschlagungen gegeben hat. Die Fehlerquote reicht von + 10,1 v. H. (1969) bis - 8,1 v. H. (2001).

Da das Haushaltssoll nicht in allen Jahren während des Haushaltsvollzugs durch Nachträge an die Ist-Entwicklung angepasst worden ist, sind die Soll-Ist-Abweichungen nur eingeschränkt vergleichbar. Dennoch macht ein Vergleich der Fehlerquoten der Steuerschätzung mit der Konjunkturentwicklung deutlich, dass nicht nur die tatsächliche Steuereinnahmeentwicklung, sondern auch ihre Schätzung vom Konjunkturverlauf geprägt wird. Dies gilt besonders für die 60er und 70er Jahre, in denen die Konjunkturzyklen klar abgrenzbar waren, für das Ende der 80er Jahre und den Anfang der 90er Jahre, aber auch für die Jahre 2006 und 2007. Im beginnenden wirtschaftlichen Abschwung wurden die Steuereingänge häufig überschätzt, während die Einnahmen in Jahren mit aufwärts gerichteter Wirtschaftsentwicklung oft zu niedrig veranschlagt wurden.

Übersicht 2

**Vergleich der im Landeshaushaltsplan ausgewiesenen Schätzergebnisse
(Haushaltsansätze) mit der tatsächlichen Steuereinnahmentwicklung
der Jahre 1961 bis 2007**

Jahr	Haushaltssoll		Haushaltsist			
	- Mio. EUR -	Veränd. z. Vorj. - v. H. -	- Mio. EUR -	Veränd. z. Vorj. - v. H. -	Differenz zum Soll	
					- Mio. EUR -	- v. H. -
1	2	3	4	5	6	7
1961	3.775,7	x	4.074,3	x	+ 298,5	+ 7,9
1962	4.810,1	+ 27,4	4.539,7	+ 11,4	- 270,5	- 5,6
1963	4.855,2	+ 0,9	4.530,9	- 0,2	- 324,3	- 6,7
1964	4.837,2	- 0,4	4.912,6	+ 8,4	+ 75,4	+ 1,6
1965	5.154,7	+ 6,6	5.149,2	+ 4,8	- 5,5	- 0,1
1966	5.704,4	+ 10,7	5.379,0	+ 4,5	- 325,4	- 5,7
1967	5.859,6	+ 2,7	5.547,9	+ 3,1	- 311,6	- 5,3
1968	5.668,8	- 3,3	5.974,0	+ 7,7	+ 305,2	+ 5,4
1969	6.349,4	+ 12,0	6.989,2	+ 17,0	+ 639,8	+ 10,1
1961/1969	47.015,2	+ 6,7	47.096,9	+ 7,0	+ 81,7	+ 0,2
1970	7.482,8	+ 17,9	7.485,5	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0
1971	8.254,8	+ 10,3	8.343,8	+ 11,5	+ 89,0	+ 1,1
1972	9.476,8	+ 14,8	9.772,5	+ 17,1	+ 295,7	+ 3,1
1973	10.875,2	+ 14,8	11.163,0	+ 14,2	+ 287,9	+ 2,6
1974	12.772,1	+ 17,4	12.291,6	+ 10,1	- 480,5	- 3,8
1975	11.759,7	- 7,9	11.941,0	- 2,9	+ 181,3	+ 1,5
1976	12.782,3	+ 8,7	13.394,5	+ 12,2	+ 612,2	+ 4,8
1977	14.674,1	+ 14,8	14.972,4	+ 11,8	+ 298,3	+ 2,0
1978	15.788,7	+ 7,6	15.961,7	+ 6,6	+ 173,0	+ 1,1
1979	16.596,5	+ 5,1	17.268,9	+ 8,2	+ 672,4	+ 4,1
1970/1979	120.462,9	+ 10,1	122.595,0	+ 9,5	+ 2.132,0	+ 1,8
1980	18.202,0	+ 9,7	18.102,8	+ 4,8	- 99,2	- 0,5
1981	18.554,8	+ 1,9	17.935,9	- 0,9	- 618,9	- 3,3
1982	18.906,6	+ 1,9	18.466,7	+ 3,0	- 439,8	- 2,3
1983	19.086,5	+ 1,0	19.263,2	+ 4,3	+ 176,7	+ 0,9
1984	20.142,5	+ 5,5	20.081,8	+ 4,2	- 60,7	- 0,3
1985	21.218,6	+ 5,3	20.970,5	+ 4,4	- 248,1	- 1,2
1986	22.113,4	+ 4,2	22.271,5	+ 6,2	+ 158,1	+ 0,7
1987	23.499,0	+ 6,3	23.136,5	+ 3,9	- 362,5	- 1,5
1988	23.723,9	+ 1,0	24.190,1	+ 4,6	+ 466,2	+ 2,0
1989	25.053,3	+ 5,6	26.831,9	+ 10,9	+ 1.778,6	+ 7,1
1980/1989	210.500,6	+ 4,2	211.251,0	+ 4,5	+ 750,5	+ 0,4
1990	26.331,5	+ 5,1	27.108,5	+ 1,0	+ 777,0	+ 3,0
1991	27.866,4	+ 5,8	28.703,0	+ 5,9	+ 836,6	+ 3,0
1992	30.677,5	+ 10,1	31.319,0	+ 9,1	+ 641,5	+ 2,1
1993	32.037,5	+ 4,4	32.005,4	+ 2,2	- 32,1	- 0,1
1994	32.671,6	+ 2,0	32.280,8	+ 0,9	- 390,7	- 1,2
1995	33.888,4	+ 3,7	33.914,7	+ 5,1	+ 26,3	+ 0,1
1996	34.933,7	+ 3,1	33.931,1	+ 0,0	- 1.002,6	- 2,9
1997	34.545,4	- 1,1	33.373,4	- 1,6	- 1.172,0	- 3,4
1998	34.842,0	+ 0,9	35.075,4	+ 5,1	+ 233,4	+ 0,7
1999	36.425,5	+ 4,5	36.830,5	+ 5,0	+ 405,0	+ 1,1
1990/1999	324.219,5	+ 3,8	324.541,8	+ 3,2	+ 322,3	+ 0,1
2000	37.707,8	+ 3,5	37.796,9	+ 2,6	+ 89,1	+ 0,2
2001	36.609,0	- 2,9	33.639,1	- 11,0	- 2.969,9	- 8,1
2002	36.783,0	+ 0,5	35.923,8	+ 6,8	- 859,2	- 2,3
2003	34.695,0	- 5,7	33.398,5	- 7,0	- 1.296,5	- 3,7
2004	33.900,0	- 2,3	33.912,0	+ 1,5	+ 12,0	+ 0,0
2005	34.340,0	+ 1,3	34.700,7	+ 2,3	+ 360,7	+ 1,1
2006	36.445,0	+ 6,1	37.043,8	+ 6,8	+ 598,8	+ 1,6
2007	40.250,0	+ 10,4	40.522,9	+ 9,4	+ 272,9	+ 0,7
1961/2007	992.928,0	+ 5,3	992.422,3	+ 5,1	- 505,7	- 0,1

1993 bis 1995: Bruttoveranschlagung der Beiträge des Landes zum Fonds "Deutsche Einheit".

Seit Anfang der 90er Jahre erschweren außerdem häufige Änderungen des Steuerrechts, deren Folgewirkungen und steuertechnische Behandlung zunehmend die Prognosen. Dies gilt besonders für Rechtsänderungen, die zu Verhaltensänderungen der Steuerpflichtigen führen. Ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Einnahmen sind im Voraus kaum zuverlässig zu prognostizieren, da die Reaktionen der Steuerzahler in der Regel nicht konkret zu erfassen sind. Steuerschätzungen müssen deshalb mit Verhaltenshypothesen arbeiten.

Der Vergleich zwischen den Ansätzen im Landeshaushalt und der tatsächlichen Einnahmeentwicklung macht den Vorbehalt deutlich, unter dem Steuervorausschätzungen stehen, und zeigt, mit welchen Einschränkungen sie der haushaltsrechtlich gestellten Forderung nach Genauigkeit nachkommen.

Die Schwierigkeiten der Steuerschätzung nehmen mit zeitlichem Abstand zur Schätzperiode zu. Für den mittelfristigen Zeitraum muss die Prognose deshalb eher als eine Tendenzaussage angesehen werden, die lediglich unter ganz bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen gilt und deren absolute Höhe sich z. B. schon dann ändert, wenn das Aufkommen im Basisjahr zu hoch oder zu niedrig prognostiziert wurde.

4. Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

4.1 Koordinierung der Haushalte und Finanzplanungen der Gebietskörperschaften im Finanzplanungsrat

Der Finanzplanungsrat hat nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) die Hauptaufgabe, Empfehlungen für eine Koordinierung der Finanzplanungen des Bundes, der Länder und der Kommunen zu geben. Auf diese Weise sollen die Aufstellung und der Vollzug der Haushalte aller staatlichen Ebenen eine an gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen orientierte Ausrichtung erfahren. Die Koordinierungsfunktion des Finanzplanungsrates ist jedoch durch die verfassungsrechtlich garantierte Selbstständigkeit der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern begrenzt.

Der Finanzplanungsrat tritt jährlich i. d. R. jeweils im Frühsommer und im Spätherbst zu Beratungen zusammen. Den Vorsitz des Gremiums führt der Bundesminister der Finanzen. Weitere Mitglieder sind der für den Bereich

Wirtschaft zuständige Bundesminister, die Finanzminister/-innen bzw. zuständigen -senatoren aller 16 Länder sowie Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände. An den Beratungen nimmt darüber hinaus ein Vertreter der Deutschen Bundesbank regelmäßig als Gast teil.

Eine besondere Aktualität hat die Koordinierungsfunktion in Zusammenhang mit den EU-rechtlichen Vorgaben zur Gewährleistung solider mitgliedstaatlicher Finanzen erhalten. Durch die Mitte 2002 in Kraft getretene Neuregelung des § 51 a HGrG ist dem Finanzplanungsrat eine zentrale Rolle in dem innerstaatlichen Verfahren zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zugewiesen worden. So kann der Finanzplanungsrat z. B. Empfehlungen zu einer gemeinsam anerkannten Ausgabenlinie geben, etwa zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch Begrenzung des Ausgabenwachstums. Soweit die Haushaltsdisziplin von Bund und Ländern einschließlich ihrer Gemeinden und Gemeindeverbände nicht den EU-rechtlichen Vorgaben entspricht, kann er zudem konkrete Empfehlungen zu deren Wiederherstellung aussprechen, die dann die Richtschnur für die Haushalts- und Finanzplanungen der betroffenen Gebietskörperschaften bilden. Insoweit ist das im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zwischen den Mitgliedstaaten vereinbarte Verfahren im Falle eines Auftretens übermäßiger Defizite auf den innerstaatlichen Kontext übertragen worden.

Die jüngste Sitzung des Finanzplanungsrates fand am 02.07.2008 statt. Erörtert wurden die gesamtwirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen bei der Gestaltung der Haushaltspläne 2009 und der Mittelfristigen Finanzplanungen bis 2012 sowie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion einschließlich der dazu notwendigen gemeinsamen Konsolidierungsbemühungen aller staatlichen Ebenen. Darüber hinaus fand ein Meinungsaustausch über aktuelle finanz- und steuerpolitische Themen statt.

Im Jahr 2007 war der öffentliche Gesamthaushalt erstmals seit der deutschen Wiedervereinigung ausgeglichen. Auch in den Jahren 2008 und 2009 dürfte das Defizitkriterium des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes trotz wieder gestiegener Belastungen der öffentlichen Haushalte eingehalten werden.

Dennoch sehen die Mitglieder des Finanzplanungsrates angesichts der demografischen Entwicklung und vor dem Hintergrund der Risiken hinsichtlich der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung keine Alternative zur Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte. Sie stellten fest, dass auf dem Weg zu einem strukturellen Haushaltsausgleich die Zuwachsrate der Ausgaben mittelfristig deutlich unterhalb der Zuwachsrate der Gesamteinnahmen liegen muss.

4.2 Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen

4.2.1 Beteiligungsverhältnis an der Umsatzsteuer

Die Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen ergeben sich aus § 1 Abs. 1 Finanzausgleichsgesetz. Ab 2007 erhält der Bund zunächst einen Vorabanteil zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Dieser beträgt in 2007 3,89 v. H., in 2008 4,42 v. H. und ab 2009 4,45 v. H. des Umsatzsteueraufkommens. Vom verbleibenden Aufkommen erhält der Bund dann den Anteil (2007 5,15 v. H. und ab 2008 5,05 v. H.) für den Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung. Vom danach verbleibenden Aufkommen erhalten die Gemeinden einen Anteil von 2,2 v. H.

Vom restlichen Aufkommen stehen dem Bund 2007 49,68 v. H., ab 2008 49,7 v. H., jeweils zzgl. eines Betrages von 2,263 Mrd. EUR zu. Ab 2011 verringert sich der Festbetrag auf 1,263 Mrd. EUR. Die Länder erhalten in 2007 50,32 v. H., ab 2008 50,3 v. H., jeweils abzüglich 2,263 Mrd. EUR bzw. ab 2011 abzüglich 1,263 Mrd. EUR.³

Mit einem Umsatzsteuerfestbetrag i. H. v. jährlich 1,323 Mrd. EUR erbringen die Länder einen finanziellen Ausgleich zugunsten des Bundes für dessen Finanzierungsverpflichtungen für den Schuldendienst für den Fonds "Deutsche Einheit". I. H. v. 1 Mrd. EUR dient der Festbetrag der Länder an den Bund zur Finanzierung von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige (Hartz IV). Der gesamte Umsatzsteuerfestbetrag wird ab 2007 um jährlich

³ In der Sitzung des Vermittlungsausschusses am 18.06.2008 wurde vereinbart, die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen an die neuen Länder zum Ausgleich von Sonderlasten durch deren höhere strukturelle Arbeitslosigkeit und den damit zusammenhängenden Umsatzsteuerfestbetrag i. H. v. 1 Mrd. EUR, die bis 2010 befristet sind, zu entfristen. Es wird beabsichtigt, diese Regelung im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2009 gesetzlich umzusetzen.

60 Mio. EUR gemindert, als Kompensation für Einnahmeausfälle der Länder bei der Spielbankabgabe, die sich aus der Umsatzbesteuerung gewerblicher Glücksspiele ergeben.

Im Umsatzsteueranteil der Länder ist für 2007 ein Anteil von 6,32 Prozentpunkten und ab dem Jahr 2008 von 6,3 Prozentpunkten enthalten, der zum Ausgleich ihrer besonderen Belastungen infolge der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs bestimmt ist und einen besonderen Regelkreis neben den allgemeinen Verteilungsgrundsätzen darstellt.

Die Entwicklung der jeweiligen Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden ab 1995 - 2007 ergibt sich aus der folgenden Tabelle:

**Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden am Aufkommen der Umsatzsteuer in den Jahren 1995 - 2007
gemäß § 1 Finanzausgleichsgesetz**

Jahr	USt-Aufkommen (brutto)	Vorabanteil Arbeitslosen- versicherung		Vorabanteil Renten- versicherung		Gemeinde- anteil		Festbetrag Bund	Bundesanteil		Länderanteil				Bund	Länder	Gemeinden	Summe
		Mio. EUR	v. H.	Mio. EUR	v. H.	Mio. EUR	v. H.		Mio. EUR	Mio. EUR	v. H.	Mio. EUR	v. H.	Mio. EUR				
1995	119.960								56,00	67.178	44,00	52.783			56,00000000	44,00000000	0,00000000	100,00
1996	121.283								50,50	61.248	49,50	60.035	5,50	6.671	50,50000000	49,50000000	0,00000000	100,00
1997	123.170								50,50	62.201	49,50	60.969	5,50	6.774	50,50000000	49,50000000	0,00000000	100,00
1998	127.932			3,64	4.657	2,2	2.712		50,50	60.885	49,50	59.679	5,50	6.631	51,23124040	46,64883960	2,11992000	100,00
1999	137.156			5,63	7.722	2,2	2.848		50,50	63.926	49,50	62.660	5,50	6.962	52,23839930	45,68546070	2,07614000	100,00
2000	140.871			5,63	7.931	2,2	2.925		50,25	65.333	49,75	64.683	5,75	7.476	52,00766465	45,91619535	2,07614000	100,00
2001	138.935			5,63	7.822	2,2	2.884		50,25	64.435	49,75	63.794	5,75	7.373	52,00766465	45,91619535	2,07614000	100,00
2002	138.195			5,63	7.780	2,2	2.869		49,60	63.263	50,40	64.283	6,40	8.163	51,40775456	46,51610544	2,07614000	100,00
2003	136.996			5,63	7.713	2,2	2.844		49,60	62.714	50,40	63.725	6,40	8.092	51,40775456	46,51610544	2,07614000	100,00
2004	137.366			5,63	7.734	2,2	2.852	- 2.650	49,60	60.233	50,40	66.547	6,40	8.114	49,47860098	48,44525902	2,07614000	100,00
2005	139.712			5,63	7.866	2,2	2.901	2.323	49,60	66.280	50,40	62.666	6,40	8.253	53,07024862	44,85361138	2,07614000	100,00
2006	146.688			5,63	8.259	2,2	3.045	2.323	49,60	69.473	50,40	65.911	6,40	8.665	52,99118779	44,93267221	2,07614000	100,00
2007	169.636	3,89	6.599	5,15	8.396	2,2	3.402	2.263	49,68	77.398	50,32	73.841	6,32	9.558	54,46563752	43,52883511	2,00552737	100,00

Datenbasis:

1995 - 2006: Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern

2007: Vorläufige Abrechnung des Ausgleichsjahres 2007

4.2.2 Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes im Haushaltsplanentwurf 2009

In den Einnahmetiteln des Haushaltsplanentwurfs 2009 (Hauptgruppen 2 und 3) sind rd. 3,8 Mrd. EUR aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen vorgesehen. Die wichtigsten Leistungen des Bundes einschließlich ihrer voraussichtlichen mittelfristigen Entwicklung sind in der nachstehenden Übersicht aufgelistet. Für 2009 sind darin rd. 95 v. H. aller vom Land erwarteten Bundesmittel erfasst.

Leistungen des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen nach bedeutenden Einnahmepositionen 2008 bis 2012

Art der Leistung	Kapitel - Titel	Haushaltsplan einschl. Entw. 2. Nachtrag	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		2008	2009	2010	2011	2012
		- Mio. EUR -				
1. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91 a und b GG:						
11 Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	08 300 - 231 61, 331 61	26,9	26,9	26,9	26,9	26,9
12 Verbesserung der Agrarstruktur (einschl. Sonderrahmenplan)	10 080 - alle Titel 231 und 331	40,4	41,2	41,2	41,2	41,2
13 Gemeinsame Forschungsförderung gemäß Artikel 91 b GG (Blaue-Liste-Einrichtungen)	06 030 - 231 11, 331 11	25,6	26,9	28,8	29,6	30,7
2. Aufgrund von Geldleistungsgesetzen nach Artikel 104 a Absatz 3 GG:						
21 Aufstiegsfortbildung	05 030 - 231 10	16,4	16,4	16,4	16,4	16,4
22 Ausbildungsförderung im Schulbereich	05 030 - 231 61, 331 61	94,6	114,2	111,0	111,0	111,0
23 Ausbildungsförderung im Hochschulbereich	06 027 - 231 62, 331 62	208,7	246,8	246,8	246,8	246,8
24 Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	11 020 - 231 10	1.047,0	960,0	960,0	960,0	960,0
25 Beteiligung des Bundes an den Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit	11 020 - 231 20	109,9	109,9	109,9	109,9	109,9
26 Wohngeld	14 050 - 231 10	90,0	137,5	137,5	137,5	137,5
27 Unterhaltsvorschussgesetz	15 055 - 231 10	71,4	71,4	71,4	71,4	71,4
3. Als Finanzhilfen nach Artikel 104 a Absatz 4 GG:						
31 Zuweisungen für den Wohnungsbau (einschl. Aussiedlerwohnungsbau)	14 050 - 331 70	97,1	97,1	97,1	97,1	97,1
32 Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen/Stadtumbau West	14 500 - 331 10	41,7	36,9	36,9	36,9	36,9
33 Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt	14 500 - 331 12	20,6	19,9	19,9	19,9	19,9
34 Innenentwicklung der Städte und Gemeinden	14 500 - 331 14	--	2,7	2,7	2,7	2,7
35 Energetische Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	14 500 - 331 15	1,7	11,2	15,1	8,6	6,5
36 Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (ÖPNV) nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und nach dem Entflechtungsgesetz	14 110 - 331 10 331 12	208,1	212,8	212,8	212,8	212,8
37 Anschluss des Flughafens Köln-Bonn an die Eisenbahn-Neubaustrecke Köln-Rhein-Main	14 110 - 331 11	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0
38 Finanzhilfen des Bundes nach dem GVFG (kommunaler Straßenbau)	14 140 - 331 10	129,8	129,8	129,8	129,8	129,8
4. Sonstige:						
41 Regionalisierungsgesetz	14 110 - 231 10	1.041,7	1.067,8	1.083,8	1.100,0	1.116,5
42 Erstattung von Entschädigungslasten der Wiedergutmachung	03 810 - 231 00	31,3	29,6	28,0	26,5	24,9
43 Zweckgebundene Zuweisungen des Bundes <u>gemäß Artikel 143 c GG</u> für den Bildungsbereich	05 300 - 231 00	0,8	4,9	4,9	4,9	4,9
44 Investitionen aus dem Bundesprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" <u>gemäß § 104 b GG</u>	15 040 - 231 00	84,4	82,7	81,0	79,4	77,8
45 Zweckgebundene Zuweisungen des Bundes <u>gemäß Artikel 143 c GG</u> für den Bildungsbereich *	06 100 - 331 30 und 331 40	158,0	132,0	152,0	152,0	152,0
* in Abhängigkeit von der endgültigen, derzeit noch ausstehenden Entscheidung über die Föderalismusreform						
Nachgewiesene Leistungen des Bundes insgesamt:		3.547,7	3.578,7	3.613,9	3.621,3	3.633,6

4.3 Finanzausgleich unter den Ländern ab 2005

Die Regelungen zum neuen Finanzausgleich und zum Solidarpakt II werden zur Überwindung der Folgen der Teilung und zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland innerhalb einer Generation beitragen. Sie sind daher bis zum 31.12.2019 befristet.

















Folgende wichtige strukturelle Änderungen des Länderfinanzausgleichs wurden vorgenommen:

- Das System insgesamt ist anreizgerechter: Hat ein Land einen überdurchschnittlichen Steuerzuwachs, verbleiben ihm 12 v. H. der überdurchschnittlichen Einnahmen; sie werden nicht in den Finanzausgleich eingerechnet.
- Hafencosten werden nicht mehr im Länderfinanzausgleich berücksichtigt, sondern außerhalb des Systems geregelt.
- Die kommunale Finanzkraft wird zu 64 v. H. einbezogen. Dies ist ein Kompromiss zwischen der bisher hälftigen Einbeziehung und der Forderung nach 100%iger Einbeziehung.

Nordrhein-Westfalen finanzierte im Zeitraum 1995 bis einschließlich 2007 mit insgesamt rd. 11,8 Mrd. EUR rd. 13 v. H. des gesamten Ausgleichsvolumens. Einen Überblick über die Abrechnungsergebnisse der Länder gibt die nachfolgende Tabelle:

Länderfinanzausgleich

Der Finanzausgleich unter den Ländern für den Zeitraum 1995 - 2007

	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Volumen LFA
																	
Ausgleichszuweisungen/ Ausgleichsbeiträge (-) in Mio. EUR																	
1995 -endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.763	- 1.294	- 1.433	231	- 1.101	906	117	574	- 72	521	442	394	92	2.159	- 60	288	+/- 5.724
1996 -endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.598	- 1.463	- 1.289	283	- 1.656	1.005	118	634	8	576	529	438	120	2.217	- 246	325	+/- 6.253
1997 -endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.564	- 1.586	- 1.232	344	- 1.610	981	151	601	- 3	574	504	431	104	2.266	- 140	179	+/- 6.134
1998 -endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.583	- 1.487	- 1.778	403	- 1.758	1.019	219	617	- 0	595	534	448	116	2.501	- 314	466	+/- 6.920
1999 -endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.318	- 1.635	- 1.760	532	- 2.433	1.122	195	672	89	612	587	464	153	2.725	- 345	340	+/- 7.490
2000 -endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.141	- 1.884	- 1.957	568	- 2.734	1.182	392	711	185	670	644	500	167	2.812	- 556	442	+/- 8.273
2001 -endg. Abrechnung / 2. DVO	- 278	- 2.277	- 2.115	952	- 2.629	1.031	229	591	60	573	498	434	146	2.653	- 268	402	+/- 7.568
2002 -endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.628	- 2.047	- 1.663	487	- 1.910	1.047	419	607	112	571	541	439	139	2.677	- 197	407	+/- 7.445
2003 -endg. Abrechnung / 2. DVO	- 50	- 1.859	- 2.169	392	- 1.876	936	259	520	16	500	502	393	107	2.639	- 656	346	+/- 6.610
2004 -endg. Abrechnung / 2. DVO	- 213	- 2.315	- 2.170	446	- 1.529	930	190	532	102	517	534	403	116	2.703	- 578	331	+/- 6.805
2005 -endg. Abrechnung / 2. DVO	- 490	- 2.234	- 2.235	363	- 1.606	1.020	294	587	146	581	588	433	113	2.456	- 383	366	+/- 6.948
2006 -endg. Abrechnung / 2. DVO	- 132	- 2.093	- 2.057	240	- 2.418	1.078	346	590	124	617	611	475	115	2.709	- 623	417	+/- 7.322
2007 - vorläufige Abrechnung	- 33	- 2.302	- 2.301	315	- 2.875	1.155	341	623	136	639	669	508	124	2.890	- 361	471	+/- 7.872
Summe 1995 - 2007	- 11.790	- 24.477	- 24.159	5.556	- 26.134	13.412	3.271	7.859	902	7.546	7.185	5.761	1.611	33.407	- 4.728	4.778	+/- 91.364
Ø 1995 - 2007	- 907	- 1.883	- 1.858	427	- 2.010	1.032	252	605	69	580	553	443	124	2.570	- 364	368	+/- 7.028

4.4 Bundesergänzungszuweisungen ab 2005

Auch ab 2005 hebt der Bund - wie bisher - die Finanzkraft leistungsschwacher Länder allgemein an (Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen) und finanziert Sonderlasten leistungsschwacher Länder (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen).

Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen werden wie bisher als sog. Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen gewährt. Anspruchsberechtigt sind Länder, deren Finanzkraft nach Durchführung des Länderfinanzausgleichs 99,5 v. H. der länderdurchschnittlichen Finanzkraft nicht erreicht; die entsprechenden Fehlbeträge werden zu 77,5 v. H. aufgefüllt. Damit wird die Einhaltung der Finanzkraftreihenfolge der Länder und des Nivellierungsverbots gewährleistet. Das Volumen der Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen hat sich allerdings im Vergleich zum alten Recht verringert.

Die ostdeutschen Länder und Berlin erhalten weiterhin Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung von Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft. Der Bund stellt hierzu für 15 Jahre insgesamt einen Betrag von rd. 105 Mrd. EUR zur Verfügung, der degressiv zurückgeführt wird. Es handelt sich um folgende Zuweisungen für die Jahre 2005 - 2019:

Jahr	Zuweisungen - Mio. EUR -	Jahr	Zuweisungen - Mio. EUR -
2005	10.532,6	2013	6.544,5
2006	10.481,5	2014	5.777,6
2007	10.379,2	2015	5.061,8
2008	10.225,8	2016	4.294,9
2009	9.510,0	2017	3.579,0
2010	8.743,1	2018	2.812,1
2011	8.027,3	2019	2.096,3
2012	7.260,3		

Zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit erhalten die ostdeutschen Länder vorerst für die Jahre 2005 - 2010 insgesamt jährliche Zahlungen i. H. v. 1 Mrd. EUR. Im Jahre 2010 wird überprüft, ob und in welcher Höhe diese Lasten ab dem Jahr 2011 auszugleichen sind.⁴

⁴ Vgl. Fußnote zu Tz. 4.2.1, S. 30.

Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Kosten politischer Führung werden seit Anfang 2005 um insgesamt $\frac{1}{3}$ auf rd. 0,52 Mrd. EUR zurückgeführt und im Abstand von fünf Jahren hinsichtlich der Voraussetzungen für ihre Gewährung, erstmals in 2008, überprüft.

4.5 Fonds "Deutsche Einheit" ab 2005

Seit dem 01.01.2005 ist der Fonds "Deutsche Einheit" in den Finanzausgleich integriert. Für die Jahre 2005 - 2019 übernimmt der Bund gegen Kompensationsleistungen (insb. Festbetrag Umsatzsteuer) der Länder die Annuitätenzahlungen.

Mit Ablauf des Jahres 2019 wird der Fonds aufgelöst; Verbindlichkeiten und Vermögen des Fonds gehen dann auf den Bund über. Eine am 31.12.2019 noch bestehende Restschuld bis zur Höhe von rd. 6,5 Mrd. EUR übernimmt der Bund vollständig. Weist der Bund nach, dass die Restschuld des Fonds "Deutsche Einheit" Ende 2019 aufgrund der tatsächlichen Zinsentwicklung den Referenzbetrag von rd. 6,5 Mrd. EUR übersteigt, erhält er von den westdeutschen Ländern einschließlich West-Berlin einen Ausgleich i. H. v. 53,3 v. H. des übersteigenden Betrages.

5. Vermögen und Schulden des Landes

5.1 Grundbesitz

Das zum 01.01.2001 errichtete teilrechtsfähige Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) hat die Aufgabe, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte für Zwecke des Landes nach kaufmännischen Grundsätzen zu erwerben, zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu verwerten.

Für diese Aufgabe ist zum 01.01.2001 das Liegenschaftsvermögen des Landes NRW bis auf wenige Ausnahmen an den BLB NRW abgegeben worden.

Von der Abgabe ausgenommen wurde lediglich das Grundvermögen der Forstwirtschaft und des Natur- und Landschaftsschutzes sowie wenige Sonderliegenschaften, d. h. Liegenschaften, die wegen Ihrer Beschaffenheit oder

Nutzung für eine Bewirtschaftung, Entwicklung oder Verwertung nach kaufmännischen Grundsätzen durch den BLB NRW ungeeignet sind.

Zu den Sonderliegenschaften gehören beispielsweise die Gebäude des Landtages, die Kirchen im Eigentum des Landes, die Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl etc.

Das vom BLB NRW verwaltete Liegenschaftsvermögen besteht aus rd. 1.330 Grundstücken mit rd. 4.250 Gebäuden und hat einen Wert von rd. 7,67 Mrd. EUR (Stand: 31.12.2007).

Es bestehen ferner die folgenden Schul- und Studienfonds als Sondervermögen ohne Rechtspersönlichkeit, die zum überwiegenden Teil aus Grundvermögen bestehen:

- Haus Büren'scher Fonds
- Paderborner Studienfonds
- Bergischer Schulfonds
- Gymnasialfonds Münster-eifel
- Münster'scher Studienfonds
- Beckum-Ahlen'scher Klosterfonds

Die Verwaltung des Bergischen Schulfonds, des Gymnasialfonds Münster-eifel, des Münster'schen Studienfonds und des Beckum-Ahlen'schen Klosterfonds wird seit dem 01.01.2002 vom BLB NRW wahrgenommen.

Das Land NRW - Landesforstverwaltung - ist mit Stichtag 31.12.2006 Eigentümer von 119.300 ha Forstfläche, davon 115.800 ha Holzboden- und Nicht-holzbodenfläche sowie 3.500 ha Nebenfläche im Wert von insgesamt 530,0 Mio. EUR als Verwaltungsvermögen. Dazu kommt ein aktivierter Bestandswert an stehendem Holzvorrat von 487,5 Mio. EUR. Dies ist der weitaus größte Teil des Grundvermögens des Landes und umfasst ca. 13 v. H. der Gesamtwaldfläche im Land. Ca. 48 v. H. der Waldfläche sind als FFH-Gebiete ("Flora-Fauna-Habitat") ausgewiesen worden. Insgesamt sind auf mehr als 90 v. H. der im Eigentum der Landesforstverwaltung befindlichen land- und forstwirtschaftlichen Flächen unterschiedliche Schutzkategorien ausgewiesen. Ferner hat das Land bisher ca. 2.893 ha Waldfläche angepachtet. Die Jagdbetriebsfläche (Verwaltungsjagdfläche) beträgt 52.995 ha. Sie setzt sich zusammen aus Eigentum und angegliederten Flächen abzüglich abgegliederter Flächen. Hinzu kommen noch

7.438 ha Nationalpark Eifel, die nach Schutzzwecken des Nationalparks jagdlich bewirtschaftet werden. Die verbleibende Fläche ist an Dritte verpachtet.

Die Erträge aus dem Forst- und Jagdbetrieb betragen im Haushaltsjahr 2006 insgesamt rd. 38,8 Mio. EUR.

Aufgrund des Sturmschadensereignisses "Kyrill" am 18.01.2007 sind Vermögensabgänge im Bereich des Waldvermögens zu erwarten. Gleichzeitig wird das Geschäftsergebnis für 2007 ganz wesentlich von außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen geprägt. Das testierte Jahresergebnis 2007 liegt daher noch nicht vor.

5.2 **Landesbetriebe**

Derzeit verfügt das Land über insgesamt neun Landesbetriebe i. S. v. § 26 der LHO.

a) **Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)**

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW ist 2001 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es ist Landesdatenverarbeitungszentrale, statistisches Landesamt sowie zentraler statistischer Dienstleister. Zu den Aufgaben des statistischen Landesamtes - auch als zentraler statistischer Dienstleister - gehört die Durchführung, Auswertung, Analyse und Weiterentwicklung sowie die Veröffentlichung der durch EG-, Bundes- und Landesrecht angeordneten Statistiken, die Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Volksabstimmungen, die Bereitstellung der Landesdatenbank sowie die Unterstützung und Beratung des Landtages, des Landesrechnungshofs und der Landesverwaltung insgesamt bei statistischen Fragen.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2009 weist für diese Aufgaben einen Betriebskostenzuschuss des Landes i. H. v. 59,5 Mio. EUR aus.

Die Aufgabe des Landesbetriebes als Datenverarbeitungszentrale, die ausschließlich entgeltfinanziert wird, umfasst den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken. Sie steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Verfügung. Aufgabenschwerpunkt ist hierbei die Unterstützung bei IT-, Verwaltungs- und Beratungsaufgaben sowie die Bereitstellung der Netzinfrastruktur für die Landesverwaltung.

b) **Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen**

Das Landesvermessungsamt NRW ist im Zuge der Verwaltungsmodernisierung zum 31.12.2007 aufgelöst worden. Die künftig noch wahrzunehmenden Aufgaben sind der Bezirksregierung Köln übertragen worden. Mit dieser Maßnahme hat das Innenministerium die Ergebnisse einer Aufgabenkritik zur Organisation und zum Stellenbedarf der Vermessungs- und Katasterverwaltung des Landes umgesetzt. Ziel war es, die staatlichen Kernaufgaben auf das notwendige Maß zu begrenzen, die Effizienz des Verwaltungshandelns zu verbessern, Doppelzuständigkeiten zu vermeiden und Bürokratie abzubauen.

c) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Hagen**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Hagen ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung. Der Landesbetrieb ist schwerpunktmäßig für DV-Aufgaben der Bereiche Justiz, Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, Bezirksregierungen, Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd sowie Landesinstitut für Bauwesen zuständig.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2009 weist keinen Betriebskostenzuschuss des Landes aus. Die Leistungen werden aufgrund von mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen (Aufträge) vom Landesbetrieb gegen Entgelt erbracht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Einzelplänen/Kapiteln der Auftraggeber veranschlagt.

d) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Köln**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Köln ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung. Aufgabenschwerpunkte sind die IT-Anwendungsbereitstellung für die Bezirksregierungen und andere Landesbehörden, insbesondere die Eichverwaltung, die Arbeitsschutzverwaltung sowie die Studentenwerke und kommunalen Ämter für Ausbildungsförderung im Aufgabenvollzug nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Ressortübergreifende Aufgaben sind die Beratung und Unterstützung der Landesverwaltung bei der Einführung von Workflow- und Management-Systemen, Förderverfahren, Dokumentenerstellung und Behörden-Informationssystemen.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2009 weist keinen Betriebskostenzuschuss des Landes aus. Die Leistungen werden aufgrund von mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen (Aufträge) vom Landesbetrieb gegen Entgelt erbracht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Einzelplänen/Kapiteln der Auftraggeber veranschlagt.

e) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Münster**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Münster ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es hat seinen Sitz in Münster und eine Nebenstelle in Düsseldorf. Es steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung. Der Landesbetrieb ist schwerpunktmäßig für Aufgaben der Landesversorgungsverwaltung zuständig.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2009 weist keinen Betriebskostenzuschuss des Landes aus. Die Leistungen werden aufgrund von mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen (Aufträge) vom Landesbetrieb gegen Entgelt erbracht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Einzelplänen/Kapiteln der Auftraggeber veranschlagt.

f) **Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen**

Die zentrale geowissenschaftliche Einrichtung wird seit Januar 2001 als Landesbetrieb geführt. Der Landesbetrieb untersucht landesweit den Untergrund, erfasst, sammelt und dokumentiert untergrundbezogene Daten, interpretiert diese und stellt sie in einem Fachinformationssystem für Planung und Problemlösung bei allen untergrundbezogenen Fragestellungen zur Verfügung. Er nimmt als geologische Landesanstalt nach dem Lagerstättengesetz wesentliche Funktionen im öffentlichen Interesse, insbesondere für die Daseinsfürsorge und die Risikobewertung, wahr.

Der geprüfte Jahresabschluss 2006 weist zum 31.12.2006 ein Anlagevermögen von 2,0 Mio. EUR und ein Umlaufvermögen von 6,7 Mio. EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2009 ist für das Haushaltsjahr 2009 eine Zuführung des Landes für den laufenden Betrieb i. H. v. 14,9 Mio. EUR erforderlich. Zuführungen für Investitionen sind für das Haushaltsjahr 2009 nicht vorgesehen.

g) **Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen**

Der seit dem 01.01.2001 bestehende Landesbetrieb Straßenbau erbringt Dienstleistungen für die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Die Aufgaben umfassen insbesondere Planung, Baumanagement und Betrieb der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs, der Landesstraßen und in bestimmten Kommunen der Kreis- und Gemeindestraßen.

Wie schon für 2008 plant der Landesbetrieb Straßenbau auch für 2009 ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Allerdings fallen die Zuführungen aus dem Landeshaushalt an den Landesbetrieb Straßenbau in 2009 geringer aus als in 2008. Denn die Zuführung zum laufenden Betrieb sinkt von 231,2 Mio. EUR in 2008 auf 224,3 Mio. EUR in 2009. Die verminderte Zuführung zwingt den Landesbetrieb Straßenbau zu erheblichen Einsparanstrengungen bei sämtlichen Aufwandspositionen, zumal gleichzeitig Kostensteigerungen, z. B. bei Kraftstoffen und bei Energie, kompensiert werden müssen. Im Personalbereich erfolgen weitere Stelleneinsparungen aufgrund der Einsparvorgaben der Landesregierung (1,5 v. H. Stelleneinsparung) sowie struktureller Veränderungen beim Landesbetrieb. Die Zuführung des Landes zu betrieblichen In-

vestitionen beträgt 15,3 Mio. EUR in 2009 nach 18,2 Mio. EUR im Vorjahr. Die Zuführung zur betrieblichen Unterhaltung der Landesstraßen bleibt in 2009 mit rd. 69,8 Mio. EUR im Vergleich zu 2008 unverändert.

h) **Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen**

Das Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen ist 1995 in einen Landesbetrieb überführt worden. Die Geschäftstätigkeit umfasst die Durchführung von Prüfungen von Stoffen, Produkten, Anlagen und Verfahren im öffentlichen Interesse mit dem Ziel, die Allgemeinheit gegen Gefahren zu sichern und die Wirtschaft in der Qualitätssicherung zu unterstützen.

Der geprüfte Jahresabschluss 2006 weist zum 31.12.2006 ein Anlagevermögen von 3,8 Mio. EUR und ein Umlaufvermögen von 8,4 Mio. EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2009 ist für das Haushaltsjahr 2009 ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwarten.

i) **Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen**

Zum 01.01.2005 wurde der Landesbetrieb Wald und Holz NRW errichtet.

Der Landesbetrieb Wald und Holz NRW nimmt Aufgaben im Rahmen der Geschäftsfelder

- Landeseigener Betrieb,
- Forstliche Dienstleistungen und
- Hoheitsaufgaben

wahr. Seine Aufgaben ergeben sich insbesondere aus dem Bundeswaldgesetz (BWaldG) und dem Landesforstgesetz (LFoG). Der Landesbetrieb ist als Teil der Landesforstverwaltung für die Erhaltung und Vermehrung des Waldbestandes und die Sicherung seiner Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion i. S. d. umfassenden Nachhaltigkeitsdefinition des LFoG verantwortlich.

Der Landesbetrieb Wald und Holz NRW besteht aus der bisherigen höheren Forstbehörde NRW, den bisherigen staatlichen Forstämtern und den bisherigen Forstämtern der Landwirtschaftskammer NRW sowie den Jugendwaldheimen. Die Zuständigkeit der Beratung und phytosanitäre Kontrollen für Forstpflanzen und Dendromasse ist von der

Landwirtschaftskammer NRW an den Landesbetrieb Wald und Holz NRW übertragen worden. Die Einheitsforstverwaltung bleibt als staatliche Sonderverwaltung erhalten, d. h. der Landesbetrieb bewirtschaftet den Staatswald des Landes NRW, unterstützt den privaten und kommunalen Waldbesitz als Dienstleister und ist als Forstbehörde für die Förderung der Forst- und Holzwirtschaft tätig.

Ab 01.01.2007 übernimmt der Landesbetrieb Wald und Holz NRW im Bereich der Hoheit das forstliche Versuchswesen der ehemaligen Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten NRW (LÖBF) u. a. mit den Arbeitsschwerpunkten Waldarbeitsschule, Forstgenbank, Forschungsstelle für Jagdkunde und Waldschadensverhütung sowie die Zuständigkeit für die Obere Jagdbehörde NRW.

Die planmäßigen Zuführungen der Entgelte und als Ausgleich für Mindererträge aus dem Landeshaushalt betragen im Jahr 2006 42,5 Mio. EUR (zzgl. 1,46 Mio. EUR Investitionen), in 2007 45,1 Mio. EUR (zzgl. 1,69 Mio. EUR Investitionen) und im Jahr 2008 41,7 Mio. EUR (zzgl. 1,69 Mio. EUR Investitionen). Die Zuführungshöhe in 2009 wird ein Volumen von 30,3 Mio. EUR (zzgl. 1,69 Mio. EUR Investitionen) annehmen, da einmalig 6,6 Mio. EUR aus Rücklagen aufgelöst werden können.

j) **Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen**

Die Eichverwaltung Nordrhein-Westfalen ist im Januar 2001 in einen Landesbetrieb überführt worden. Kernaufgabe des Landesbetriebes ist der Vollzug der Bestimmungen im gesetzlich geregelten Mess- und Eichwesen, insbesondere im Gesetz über Einheiten im Messwesen, im Eichgesetz, im Medizinproduktegesetz, in der Fertigpackungsverordnung und im Waffengesetz (Beschussrecht). Daneben ist der Landesbetrieb nach dem Gefahrgutrecht u. a. zuständig für die Erteilung und Entziehung der Zulassung für Container und für die Baumusterzulassung von fest verbundenen Tanks, Aufsetztanks und Batteriefahrzeugen. Für die Regierungsbezirke ist der Landesbetrieb die regional zuständige Messstelle für Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz.

Der geprüfte Jahresabschluss 2006 weist zum 31.12.2006 ein Anlagevermögen von 2,9 Mio. EUR und ein Umlaufvermögen von 6,6 Mio. EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2009 ist für das Haushaltsjahr 2009 eine Zuführung des Landes für den laufenden Betrieb i. H. v. 4,8 Mio. EUR erforderlich. Zuführungen für Investitionen sind für das Haushaltsjahr 2009 nicht vorgesehen.

5.3 **Kapitalvermögen**

a) **Rücklagen am 31.12.2007:**

Zum 31.12.2007 bestanden Rücklagen gem. § 62 LHO in Form von zwei Sondervermögen:

1. Sondervermögen Versorgungsrücklage des Landes Nordrhein-Westfalen nach § 14 a Bundesbesoldungsgesetz i. V. m. dem Versorgungsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen: 1,837 Mrd. EUR,
2. Sondervermögen Versorgungsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen gem. Versorgungsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen: 63,2 Mio. EUR.

b) **Sonstiges Kapitalvermögen:**

Der wesentliche Teil des sonstigen Kapitalvermögens des Landes besteht in Forderungen. Bei den Forderungen handelt es sich hauptsächlich um Darlehen.

Die Darlehensforderungen beruhen zum größten Teil auf den seit 1945 aus ordentlichen und außerordentlichen Landesmitteln ausgezahlten Darlehen.

Daneben bestehen in geringem Umfang Forderungen im Wesentlichen aus Restkaufgeldern und Vorauszahlungen.

Außerdem besteht eine Forderung des Landes Nordrhein-Westfalen gegenüber seinem teilrechtsfähigen Sondervermögen BLB NRW i. H. v. 5.343,5 Mio. EUR.

Die Forderungen (ohne BLB NRW) betragen nach dem Stand vom Rechnungsabschluss 2007 (Mio. EUR):

Aufgabengebiet	- Mio. EUR -
1. Allgemeine Dienste	0,0
2. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	0,7
3. Soziale Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	897,2
4. Gesundheit, Sport und Erholung	9,4
5. Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	0,8
6. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	246,0
7. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	206,3
8. Verkehrs- und Nachrichtendienst	3,1
9. Wirtschaftsunternehmen, Allgem. Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	167,5
10. Allgemeine Finanzwirtschaft	0,0
Insgesamt	1.531,0

5.4 **Beteiligungen**

Das Land Nordrhein-Westfalen ist an den nachstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts und Gesellschaften des Privatrechts beteiligt (Stand: 31.12.2007).

Für die in Klammern angegebenen verwaltenden Ministerien werden folgende Abkürzungen verwendet:

StK	=	Staatskanzlei
MIWFT	=	Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie
FM	=	Finanzministerium
MWME	=	Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
IM	=	Innenministerium
MAGS	=	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
MSW	=	Ministerium für Schule und Weiterbildung
MBV	=	Ministerium für Bauen und Verkehr
MUNLV	=	Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
MGFFI	=	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
Kreditinstitute				
1. NRW.Bank	675.000.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		436.995.000 / 64,74		
2. Landschaftsverband Rheinland				119.002.500 / 17,63
3. Landschaftsverband Westfalen-Lippe				119.002.500 / 17,63
(FM)				
2. WestLB AG	2.243.294.800			
1. Land NRW		391.888.600 / 17,47		
2. NRW.Bank				699.363.600 / 31,18
3. Rheinischer Sparkassen- und Giroverband				564.270.000 / 25,15
4. Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband				564.270.000 / 25,15
5. Landschaftsverband Rheinland				11.751.300 / 0,52
6. Landschaftsverband Westfalen-Lippe *				11.751.300 / 0,52
* mittelbar gehalten über die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH				
(FM)				
3. Finanzierungsgesellschaft des Landes NRW zur Kapitalerhöhung bei der WestLB AG mbH	25.000			
Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 100,00		
(FM)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
4. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	3.750.000.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		156.272.780 / 4,17		
2. Bundesrepublik Deutschland				3.000.000.000 / 80,00
3. Länder der Bundesrepublik				593.727.220 / 15,83
(FM)				
Wohnungs- und Siedlungsunternehmen				
5. LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen mbH, Düsseldorf	150.121.023			
1. BVG			102.308.380 / 68,15	
2. NRW.BANK				33.406.308 / 22,25
3. Verbände und Kammern				61.933 / 0,04
4. Versicherungen und Banken				5.170.956 / 3,44
5. Wohnungsunternehmen				6.381.127 / 4,25
6. Andere Unternehmen				762 / 0,00
7. Städte				28.714 / 0,02
8. Kreise				15.160 / 0,01
9. Eigene Anteile				2.747.683 / 1,83
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
6. Deutsche Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landesentwicklung (DGL) GmbH in Liquidation, Düsseldorf	8.691.962			
1. Land Nordrhein-Westfalen		751.446 / 8,65		
2. Bundesrepublik Deutschland				2.028.602 / 23,34
3. Landwirtschaftliche Rentenbank				2.179.995 / 25,08
4. Deutsche Genossenschafts-Hypotheken- bank AG				1.413.620 / 16,26
5. Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank				1.090.125 / 12,54
6. DGL (eigene Anteile)				1.228.174 / 14,13
(MUNLV)				
7. Aufbaugemeinschaft Espelkamp GmbH, Espelkamp	3.720.000			
1. BVG			1.860.000 / 50,00	
2. Stiftung Kronenkreuz, Stuttgart				930.000 / 25,00
3. Evang. Kirche von Westfalen, Bielefeld				930.000 / 25,00
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
Verkehrsunternehmen				
8. Deutsche Lufthansa AG, Köln	1.172.275.200			
1. BVG			2.813.460 / 0,24	
2. Sonstige				1.169.461.740 / 99,76
(MBV)				
9. Flughafen Köln/Bonn GmbH, Köln	10.821.000			
1. BVG			3.348.000 / 30,94	
2. Bundesrepublik Deutschland				3.348.000 / 30,94
3. Stadt Köln				3.367.000 / 31,12
4. Stadt Bonn				656.000 / 6,06
5. Rhein-Sieg-Kreis				64.000 / 0,59
6. Rhein.-Berg. Kreis				38.000 / 0,35
(MBV)				
10. Flughafen Essen-Mülheim GmbH, Mülheim	195.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		65.000 / 33,33		
2. Stadt Essen				65.000 / 33,33
3. Stadt Mülheim				65.000 / 33,33
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
11. Duisburger Hafen Aktiengesellschaft, Duisburg	46.020.000			
1. BVG			15.340.000 / 33,33	
2. Bundesrepublik Deutschland				15.340.000 / 33,33
3. Stadt Duisburg				15.340.000 / 33,33
(MBV)				
12. LOGPORT Logistic Center Duisburg GmbH	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		3.835 / 15,00		
2. Stadt Duisburg				7.669 / 30,00
3. Duisburg-Ruhrorter-Häfen AG				14.061 / 55,00
(MWME)				
13. Agentur Nahverkehr NRW GmbH	30.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		3.000 / 10,00		
2. Zweckverbände zu je 10 v. H.				27.000 / 90,00
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
Sonstige Beteiligungen				
14. Neue Schauspiel GmbH, Düsseldorf	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		12.782 / 50,00		
2. Stadt Düsseldorf				12.782 / 50,00
(StK)				
15. IWF Wissen und Medien g.GmbH, Göttinger	51.129			
1. Land Nordrhein-Westfalen		5.113 / 10,00		
2. 9 Länder der Bundesrepublik				46.016 / 90,00
(MIWFT)				
16. Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, Gemeinnützige Gesellschaft mbH, München	163.613			
1. Land Nordrhein-Westfalen		10.226 / 6,25		
2. 15 Länder der Bundesrepublik				153.387 / 93,75
(MSW)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
17. NRW.Invest GmbH, Düsseldorf Land Nordrhein-Westfalen (MWME)	25.565	25.565 / 100,00		
18. Forschungszentrum Jülich GmbH (FZJ) 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Bundesrepublik Deutschland (MIWFT)	520.000	52.000 / 10,00		468.000 / 90,00
19. Messe Düsseldorf GmbH 1. BVG 2. Stadt Düsseldorf 3. Stadt Düsseldorf (Amt 80) 4. Industrierrains Düsseldorf Reisholz AG 5. Industrie- und Handelskammer Düsseldorf 6. Handwerkskammer Düsseldorf (MWME)	15.625.000		3.125.000 / 20,00	2.204.000 / 14,11 6.625.000 / 42,40 3.125.000 / 20,00 273.000 / 1,75 273.000 / 1,75

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
20. Koelnmesse GmbH, Köln	51.200.000			
1. BVG			10.240.000 / 20,00	
2. Eigenbetrieb Veranstaltungszentrum Köln				40.460.800 / 79,025
3. Industrie- und Handelskammer Köln				371.200 / 0,725
4. Einzelhandelsverband Bez. Köln e. V.				38.400 / 0,075
5. Handwerkskammer Köln				25.600 / 0,05
6. Gastgewerbeinnung zu Köln e. V.				25.600 / 0,05
7. Wirtschaftsvereinigung Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V.				38.400 / 0,075
(MWME)				
21. Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit mbH, Köln	27.300			
1. Land Nordrhein-Westfalen		1.050 / 3,85		
2. Bundesrepublik Deutschland				12.600 / 46,15
3. Freistaat Bayern				1.050 / 3,85
4. TÜV Bayern, Hessen, Sachsen, Südwest e. V.				4.200 / 15,38
5. TÜV Rheinland, Berlin, Brandenburg, Pfalz e. V.				3.150 / 11,54
6. TÜV Nord e. V.				3.150 / 11,54
7. TÜV Saarland e. V.				1.050 / 3,85
8. Germanischer Lloyd AG				1.050 / 3,85
(MWME)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
22. Fachinformationszentrum Karlsruhe, Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Informationen mbH, Karlsruhe	47.840			
1. Land Nordrhein-Westfalen		1.040 / 2,17		
2. Bundesrepublik Deutschland				23.920 / 50,00
3. 13 Länder der Bundesrepublik				13.520 / 28,26
4. Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e. V., München				1.560 / 3,26
5. Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V., München				1.560 / 3,26
6. Deutsche Physikalische Gesellschaft e. V., Bad Honnef				1.560 / 3,26
7. Verein Deutscher Ingenieure e. V., Düsseldorf				1.560 / 3,26
8. Gesellschaft für Informatik e. V., Bonn				1.560 / 3,26
9. Deutsche Mathematikervereinigung				1.560 / 3,26
(MIWFT)				
23. Krankenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen mbH	102.258			
1. Land Nordrhein-Westfalen		51.129 / 50,00		
2. Gemeinnützige Gesellschaft für Diabetesranke Bad Oeynhausen mbH				51.129 / 50,00
(MAGS)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
24. Hochschul-Informationssystem Gesellschaft mbH, Hannover	49.200			
1. Land Nordrhein-Westfalen		2.050 / 4,17		
2. Bundesrepublik Deutschland				16.400 / 33,33
3. 15 Länder der Bundesrepublik				30.750 / 62,50
(MIWFT)				
25. ZENIT Zentrum für Innovation und Technik in Nordrhein-Westfalen GmbH, Mülheim a. d. Ruhr	153.388			
1. Land Nordrhein-Westfalen		51.129 / 33,33		
2. Bankenkonsortium (WestLB Girozentrale, Bankenvereinigung NRW e. V., Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank e. G.)				51.129 / 33,33
3. Trägerverein ZENIT e. V.				51.129 / 33,33
(MIWFT)				
26. Gollwitzer-Meier Klinikgesellschaft Bad Oeynhausen mbH	127.823			
1. Land Nordrhein-Westfalen		76.694 / 60,00		
2. Stadt Bad Oeynhausen				51.129 / 40,00
(MAGS)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
27. Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung GmbH Land Nordrhein-Westfalen (MAGS)	25.565		25.565 / 100,00	
28. Bildungszentrum für die Entsorgungs- und Wasserwirtschaft GmbH (BEW), Essen Land Nordrhein-Westfalen (MUNLV)	101.849		101.849 / 100,00	
29. Wuppertal-Institut für Klima-Umwelt-Energie GmbH im Wissenschaftszentrum NRW Land Nordrhein-Westfalen (MIWFT)	25.565		25.565 / 100,00	
30. Klinik am Rosengarten im Staatsbad Oeynhausen GmbH (vormals: IVO-Immobilien- Verwaltungsgesellschaft Staatsbad Oeynhausen mbH) Land Nordrhein-Westfalen (MAGS)	14.073.207		14.073.207 / 100,00	

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
31. Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH, Düsseldorf	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		8.948 / 35,00		
2. Westdeutscher Rundfunk				10.226 / 40,00
3. Zweites Deutsches Fernsehen				2.557 / 10,00
4. RTL Television GmbH				2.557 / 10,00
5. Landesanstalt für Medien				1.278 / 5,00
(StK)				
32. START Zeitarbeit NRW GmbH	76.140			
1. Land Nordrhein-Westfalen		18.300 / 24,03		
2. Kreis Wesel (treuhänderisch)				4.980 / 6,54
3. Landesvereinigung Arbeitgeber- verbände e. V.				6.000 / 7,88
4. NRW Handwerkstag e. V.				6.000 / 7,88
5. Arbeitgeberverband Stahl NRW e. V.				6.000 / 7,88
6. Vermögensverwaltungs- und Treuhand- gesellschaft des DGB GmbH				4.980 / 6,54
7. Stiftung START Niederlande				4.980 / 6,54
8. Evangelische Kirche im Rheinland				4.980 / 6,54
9. Stadt Troisdorf (treuhänderisch für den NRW Städte- und Gemeindebund)				4.980 / 6,54
10. AG Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege				4.980 / 6,54
11. Stadt Düsseldorf (treuhänderisch für Städtetag NRW)				4.980 / 6,54
12. Stadt Duisburg				4.980 / 6,54
(MAGS)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
33. Internationales Konversionszentrum Bonn	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		14.061 / 55,00		
2. Land Brandenburg				3.835 / 15,00
3. Investitionsbank NRW				3.835 / 15,00
4. LEG NRW GmbH				3.835 / 15,00
(MIWFT)				
34. Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH	41.926			
1. Land Nordrhein-Westfalen		1.023 / 2,44		
2. Übrige Gesellschafter				40.903 / 97,56
(StK)				
35. Ecmc Europäisches Zentrum für Medien- kompetenz GmbH, Marl	81.807			
1. Land Nordrhein-Westfalen		10.226 / 12,50		
2. 4 weitere öffentlich-rechtliche sowie private Gesellschafter				71.581 / 87,50
(StK)				
36. RUHR.2010 GmbH	25.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		6.250 / 25,00		
2. Regionalverband Ruhr				8.250 / 33,00
3. Stadt Essen				4.250 / 17,00
4. Initiativkreis Ruhrgebiet Verwaltungs GmbH				6.250 / 25,00
(StK)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
37. Deutsches Institut für Entwicklungs- politik GmbH (DIE)	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		6.391 / 25,00		
2. Bundesrepublik Deutschland				19.174 / 75,00
(MGFFI)				
38. FISCUS GmbH i. L. (Liquidation per 30.06.2008 abgeschlossen)	32.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		2.000 / 6,25		
2. Bundesrepublik Deutschland				2.000 / 6,25
3. Länder der Bundesrepublik (außer Bayern)				28.000 / 87,50
(FM)				
39. CeGi Center for Geoinformation GmbH	250.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 10,00		
2. Private Gesellschafter				225.000 / 90,00
(IM)				
40. BahnflächenEntwicklungsgesellschaft NRW mbH (BEG)	25.050			
1. Land Nordrhein-Westfalen		12.550 / 50,10		
2. Deutsche Bahn AG				12.500 / 49,90
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
41. Kultur Ruhr GmbH	30.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		15.300 / 51,00		
2. Regionalverband Ruhr				13.950 / 46,50
3. Verein pro Ruhrgebiet e. V.				750 / 2,50
(StK)				
42. Entwicklungsgesellschaft Zollverein mbH	50.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 50,00		
2. Stadt Essen				25.000 / 50,00
(MBV)				
43. Ruhrpilot Besitz GmbH	25.000			
Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 100,00		
(MBV)				
44. Ruhrdigital Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft	25.000			
Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 100,00		
(IM)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
45. Public Konsortium d-NRW GbR				
1. Land Nordrhein-Westfalen		/ 97,43		
2. Kommunen				/ 2,57
(IM)	--	--		
46. Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (BVG)	25.565			
Land Nordrhein-Westfalen		25.565 / 100,00		
(FM)				
Insgesamt Anteil Nordrhein-Westfalen/BVG (EUR)	8.143.328.600	1.000.740.239	139.034.840	

5.5 Schulden

Die Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen zum 31.12.2007 (Ende Kalenderjahr) setzen sich wie folgt zusammen:

- Mio. EUR -	
1. Schulden aus Kreditmarktmitteln	114.091,3
2. Schulden bei Gebietskörperschaften:	
a) beim Bund	3.007,6
b) bei Ländern	-
c) bei Gemeinden (GV)	-
d) beim ERP-Sondervermögen	-
<hr/>	
Schulden bei Gebietskörperschaften zusammen	3.007,6
<hr/>	
Schulden insgesamt	117.098,9

Schuldenstand am Kreditmarkt nach Arten

- Mio. EUR -	
Landesschatzanweisungen	61.814,1
Schuldscheindarlehen	52.277,2
<hr/>	
Kreditmarktmittel insgesamt	114.091,3

5.6 Gewährleistungen

Das Kapitalbuch für Bürgschaften des Landes Nordrhein-Westfalen weist zum 31.12.2007 den folgenden Stand an Gewährleistungsverpflichtungen aus:

- Mio. EUR -	
1. Bürgschaften:	
a) Wirtschaftsbetriebe	1.923,9
b) Unternehmen mit Landesbeteiligung	17,0
c) Finanzierungsgesellschaft	136,0
d) Kleinwohnungen	1,6
e) Landwirtschaftliche Betriebe	1,5
2. Rückbürgschaften:	
a) Kreditgarantiegemeinschaften	574,9
b) Wohnungsbau	233,9
<hr/>	
Zwischensumme	2.888,9 ⁵
<hr/>	
3. Garantien (einschließlich Rückgarantie- und Haftungsfreistellungserklärungen)	4.282,4
<hr/>	
Gewährleistungen insgesamt	7.171,3⁵
<hr/>	

⁵ Differenz durch Runden der Zahlen.

6. **Finanzstatistische Übersichten:**

1. Gesamtausgaben ¹⁾ von Bund, Ländern und Gemeinden ²⁾

Jahr	Bund		Länder ³⁾		Gemeinden ³⁾	
	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.
1970	45,0	-	39,4	-	28,9	-
1971	50,3	+ 11,9	45,2	+ 14,8	34,5	+ 19,3
1972	56,8	+ 12,8	51,1	+ 13,1	38,2	+ 10,8
1973	62,7	+ 10,3	58,8	+ 15,1	43,0	+ 12,5
1974	68,5	+ 9,4	68,0	+ 15,5	49,0	+ 14,0
1975	80,2	+ 17,1	74,2	+ 9,2	51,8	+ 5,6
1976	83,1	+ 3,6	78,4	+ 5,6	53,1	+ 2,6
1977	87,9	+ 5,8	82,1	+ 4,7	54,5	+ 2,7
1978	96,9	+ 10,2	89,3	+ 8,8	54,7	+ 0,4
1979	104,0	+ 7,3	96,9	+ 8,5	59,5	+ 8,8
1980	110,3	+ 6,1	104,8	+ 8,1	66,6	+ 11,8
1981	119,1	+ 8,0	107,7	+ 2,8	69,4	+ 4,3
1982	125,1	+ 5,0	111,2	+ 3,3	69,5	+ 0,0
1983	126,2	+ 0,9	113,1	+ 1,6	68,6	- 1,3
1984	128,7	+ 2,0	115,9	+ 2,5	69,7	+ 1,7
1985	131,5	+ 2,1	120,2	+ 3,7	73,4	+ 5,3
1986	133,7	+ 1,7	124,7	+ 3,8	77,8	+ 6,0
1987	137,6	+ 2,9	129,0	+ 3,4	80,8	+ 3,9
1988	140,8	+ 2,4	131,8	+ 2,2	83,1	+ 2,9
1989	148,2	+ 5,2	137,8	+ 4,5	87,7	+ 5,4
1990	157,5	+ 6,3	146,3	+ 6,2	94,7	+ 8,1
1991	205,4	x ⁴⁾	200,2	x ⁴⁾	125,4	x ⁴⁾
1992	218,4	+ 6,3	215,1	+ 7,4	142,7	+ 13,8
1993	233,9	+ 7,1	226,0	+ 5,2	148,2	+ 3,9
1994	240,9	+ 3,0	230,1	+ 1,7	150,4	+ 1,5
1995	237,6	- 1,4	237,2	+ 3,1	152,7	+ 1,5
1996	232,9	- 2,0	243,1	+ 2,5	148,6	- 2,7
1997	226,0	- 3,0	241,6	- 0,6	143,7	- 3,3
1998	233,6	+ 3,4	243,2	+ 0,7	142,5	- 0,8
1999	246,9	+ 5,7	245,3	+ 0,8	143,8	+ 0,9
2000	244,4	- 1,0	249,3	+ 1,7	146,1	+ 1,6
2001	243,1	- 0,5	255,0	+ 2,3	148,3	+ 1,5
2002 ⁵⁾	249,3	+ 2,5	257,0	+ 0,8	150,0	+ 1,1
2003	256,7	+ 3,0	258,7	+ 0,7	149,9	- 0,0
2004	251,6	- 2,0	256,1	- 1,0	150,1	+ 0,1
2005	259,8	+ 3,3	259,2	+ 1,2	153,2	+ 2,1
2006 ⁶⁾	261,0	+ 0,5	259,1	- 0,0	155,7	+ 1,6
2007 ^{6) 7)}	270,5	+ 3,6	264,7	+ 2,2	160,7	+ 3,2

¹⁾ Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge

²⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet

³⁾ Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischer Buchführung

⁴⁾ Mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

⁵⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

⁶⁾ Gemeinden vorläufiges Ist

⁷⁾ Stand: Finanzplanungsrat Juli 2008, tlw. vorläufiges Ist

2. Personalausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden ¹⁾

Jahr	Personalausgaben			Personalausgabenquote ²⁾		
	Bund	Länder	Gemeinden	Bund	Länder	Gemeinden
	- in Mio. EUR -			- in v. H. -		
1970	7.438	15.933	7.782	16,5	40,5	26,9
1971	8.702	19.144	9.338	17,3	42,4	27,1
1972	9.692	21.305	10.498	17,1	41,7	27,5
1973	10.875	24.586	12.112	17,4	41,8	28,2
1974	12.287	28.511	14.245	17,9	42,0	29,1
1975	13.011	31.165	15.521	16,2	42,0	30,0
1976	13.421	33.109	16.179	16,2	42,2	30,5
1977	14.043	35.515	16.902	16,0	43,3	31,0
1978	14.710	37.365	15.057	15,2	41,8	27,5
1979	15.426	39.861	15.817	14,8	41,1	26,6
1980	16.433	42.739	17.115	14,9	40,8	25,7
1981	17.426	44.395	18.130	14,6	41,2	26,1
1982	17.587	45.807	18.610	14,1	41,2	26,8
1983	17.966	47.197	19.032	14,2	41,7	27,8
1984	18.128	47.839	19.429	14,1	41,3	27,9
1985	18.749	48.923	20.217	14,3	40,7	27,5
1986	19.398	50.930	21.479	14,5	40,8	27,6
1987	20.083	52.538	22.588	14,6	40,7	27,9
1988	20.511	53.858	23.107	14,6	40,9	27,8
1989	21.136	55.158	23.717	14,3	40,0	27,1
1990	22.088	58.101	25.320	14,0	39,7	26,7
1991	24.915	70.936	35.541	12,1	35,4	28,4
1992	26.328	78.084	39.718	12,1	36,3	27,8
1993	26.952	82.908	40.359	11,5	36,7	27,2
1994	26.928	84.891	39.741	11,2	36,9	26,4
1995	27.064	88.361	40.524	11,4	37,2	26,5
1996	27.031	89.890	39.835	11,6	37,0	26,8
1997	26.836	90.451	38.980	11,9	37,4	27,1
1998	26.653	91.363	38.710	11,4	37,6	27,2
1999	26.963	93.028	39.191	10,9	37,9	27,3
2000	26.517	93.802	39.550	10,8	37,6	27,1
2001	26.807	94.537	39.388	11,0	37,1	26,6
2002 ³⁾	26.986	96.932	40.000	10,8	37,7	26,7
2003	27.235	97.051	40.547	10,6	37,5	27,0
2004	26.758	97.364	40.485	10,6	38,0	27,0
2005	26.372	96.376	40.746	10,1	37,2	26,6
2006 ⁴⁾	26.110	94.624	40.532	10,0	36,5	26,0
2007 ^{4) 5)}	26.038	95.288	40.534	9,6	36,0	25,2

¹⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet

²⁾ Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H. (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)

³⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

⁴⁾ Gemeinden vorläufiges Ist

⁵⁾ Stand: Finanzplanungsrat Juli 2008; tlw. vorläufiges Ist

3. Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften 1980, 1990, 1997 bis 2007 ¹⁾ (Schuldenaufnahme ./ Schuldentilgung am Kreditmarkt)

Gebietskörperschaft	1980	1990	1997	1998	1999	2000	2001	2002 ⁸⁾	2003	2004	2005	2006 ⁹⁾	2007 ^{9) 10)}
	- in Mio. EUR -												
1. Bund	13.860	16.263 ²⁾	32.571	28.852	26.110	23.759	22.826	31.863	38.648	39.542	31.197	27.893	14.336
2. Länder insgesamt	10.816	9.313	20.562 ⁵⁾	15.137 ⁵⁾	11.810 ⁵⁾	12.948 ⁵⁾	20.922 ⁵⁾	26.902 ⁵⁾	26.818 ⁵⁾	26.774 ⁵⁾	24.958	15.252	4.213
davon													
- Nordrhein-Westfalen	4.126	2.219	4.822	3.243	2.673	3.623	5.407 ⁶⁾	4.164	6.666 ⁶⁾	6.872	6.770 ⁷⁾	3.393	1.980
- übrige Flächenländer ³⁾	5.763	5.205	12.100 ⁵⁾	8.810 ⁵⁾	6.474 ⁵⁾	6.381 ⁵⁾	9.478 ⁵⁾	15.301 ⁵⁾	14.583 ⁵⁾	13.869 ⁵⁾	12.936	8.037	1.578
- Stadtstaaten	927	1.889	3.640 ⁵⁾	3.084 ⁵⁾	2.662 ⁵⁾	2.944 ⁵⁾	6.037 ⁵⁾	7.437 ⁵⁾	5.569 ⁵⁾	6.032 ⁵⁾	5.252	3.822	655
3. Gemeinden insgesamt ⁴⁾	2.227	1.471	2.416	671	154	- 287	210	707	1.788	746	162	- 1.970	- 2.532
davon													
- Nordrhein-Westfalen	1.163	793	572	171	103	74	- 189	290	461	200	94	- 418	- 728
- übrige Flächenländer	1.064	678	1.844	499	52	- 361	399	417	1.327	546	67	- 1.552	- 1.804

- übrige Flächenländer

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

¹⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet

²⁾ Ohne übergeleiteten DDR-Haushalt, 2. Halbjahr 1990

³⁾ Bis 1990 Berlin-West, ab 1991 Berlin insgesamt

⁴⁾ Ohne innere Darlehen

⁵⁾ Einschl. Sanierungshilfen für das Saarland (bis 1998: 818 Mio. EUR; 1999: 614 Mio. EUR; 2000: 537 Mio. EUR; 2001: 460 Mio. EUR; 2002: 383 Mio. EUR; 2003: 307 Mio. EUR; 2004: 256 Mio. EUR) und für Bremen (bis 1999: 920 Mio. EUR; 2000: 818 Mio. EUR; 2001: 716 Mio. EUR; 2002: 614 Mio. EUR; 2003: 511 Mio. EUR; 2004: 358 Mio. EUR)

⁶⁾ Aufgrund von durchgeführten Ausgliederungen nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar

⁷⁾ Nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar aufgrund Kapitalzuführung an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW sowie an die landeseigene Beteiligungsverwaltungsgesellschaft

⁸⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

⁹⁾ Gemeinden vorläufiges Ist

¹⁰⁾ Stand: Finanzplanungsrat Juli 2008; tlw. vorläufiges Ist, NRW endgültig

Quellen: Finanzberichte des Bundes, BMF; Haushaltsrechnungsstatistik; Vierteljahresstatistik

4. Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und des Landes Nordrhein-Westfalen nach der Steuerverteilung - ohne steuerähnliche Abgaben -

Jahr	Bund ¹⁾	Veränd. zum Vorjahr	Länder ²⁾	Veränd. zum Vorjahr	Nordrhein- Westfalen ³⁾	Veränd. zum Vorjahr	
	- in Mio. EUR -	- in v. H. -	- in Mio. EUR -	- in v. H. -	- in Mio. EUR -	- in v. H. -	- in Mio. EUR -
1970	42.742,3	+ 2,7	25.810,8	+ 8,1	7.485,5	+ 7,1	+ 496,3
1971	47.587,7	+ 11,3	28.942,4	+ 12,1	8.343,8	+ 11,5	+ 858,3
1972	52.001,5	+ 9,3	34.228,3	+ 18,3	9.772,5	+ 17,1	+ 1.428,8
1973	58.777,0	+ 13,0	39.106,6	+ 14,3	11.163,0	+ 14,2	+ 1.390,5
1974	61.054,6	+ 3,9	42.614,8	+ 9,0	12.291,6	+ 10,1	+ 1.128,6
1975	61.361,4	+ 0,5	41.701,2	- 2,1	11.941,0	- 2,9	- 350,6
1976	67.379,9	+ 9,8	46.312,2	+ 11,1	13.394,5	+ 12,2	+ 1.453,5
1977	74.108,2	+ 10,0	52.761,2	+ 13,9	14.972,4	+ 11,8	+ 1.577,8
1978	79.343,7	+ 7,1	56.489,8	+ 7,1	15.961,7	+ 6,6	+ 989,3
1979	85.597,1	+ 7,9	61.362,7	+ 8,6	17.268,9	+ 8,2	+ 1.307,3
1980	90.776,0	+ 6,1	64.154,0	+ 4,5	18.102,8	+ 4,8	+ 833,9
1981	93.021,2	+ 2,5	64.519,3	+ 0,6	17.935,9	- 0,9	- 166,9
1982	94.370,1	+ 1,5	66.668,3	+ 3,3	18.466,7	+ 3,0	+ 530,8
1983	98.099,2	+ 4,0	70.057,0	+ 5,1	19.263,2	+ 4,3	+ 796,5
1984	101.677,8	+ 3,6	73.560,5	+ 5,0	20.081,8	+ 4,2	+ 818,6
1985	106.312,8	+ 4,6	77.980,3	+ 6,0	20.970,5	+ 4,4	+ 888,7
1986	107.669,9	+ 1,3	81.857,5	+ 5,0	22.271,5	+ 6,2	+ 1.301,0
1987	111.890,1	+ 3,9	85.124,1	+ 4,0	23.136,5	+ 3,9	+ 865,0
1988	113.850,3	+ 1,8	88.435,5	+ 3,9	24.190,1	+ 4,6	+ 1.053,7
1989	127.713,3	+ 12,2	96.744,0	+ 9,4	26.831,9	+ 10,9	+ 2.641,8
1990	133.872,5	+ 4,8	97.793,3	+ 1,1	27.108,5	+ 1,0	+ 276,6
1991 ⁴⁾	164.295,4	x	114.693,8	x	28.703,0	+ 5,9	+ 1.594,5
1992	182.453,9	+ 11,1	126.479,2	+ 10,3	31.319,0	+ 9,1	+ 2.616,0
1993	184.192,7	+ 1,0	130.957,8	+ 3,5	31.346,8	+ 0,1	+ 27,9
1994	197.432,7	+ 7,2	133.931,5	+ 2,3	31.164,0	- 0,6	- 182,8
1995 ⁵⁾	199.816,6	+ 1,2	147.233,2	+ 9,9	33.395,9	+ 7,2	+ 2.231,9
1996 ⁶⁾	190.400,1	- 4,7	150.438,3	+ 2,2	33.931,1	+ 1,6	+ 535,2
1997	188.280,3	- 1,1	148.668,7	- 1,2	33.373,4	- 1,6	- 557,7
1998	194.030,1	+ 3,1	156.520,2	+ 5,3	35.075,4	+ 5,1	+ 1.702,0
1999	211.726,6	+ 9,1	164.723,8	+ 5,2	36.830,5	+ 5,0	+ 1.755,1
2000	219.034,4	+ 3,5	169.249,1	+ 2,7	37.796,9	+ 2,6	+ 966,4
2001	213.342,2	- 2,6	159.114,8	- 6,0	33.639,1	- 11,0	- 4.157,8
2002	214.371,5	+ 0,5	156.231,2	- 1,8	35.923,8	+ 6,8	+ 2.284,7
2003	214.009,5	- 0,2	155.510,1	- 0,5	33.398,5	- 7,0	- 2.525,3
2004	208.917,2	- 2,4	157.920,8	+ 1,6	33.912,0	+ 1,5	+ 513,5
2005	211.810,2	+ 1,4	158.843,9	+ 0,6	34.700,7	+ 2,3	+ 788,7
2006	225.634,1	+ 6,5	173.409,7	+ 9,2	37.043,8	+ 6,8	+ 2.343,1
2007	251.356,3	+ 11,4	191.948,6	+ 10,7	40.522,9	+ 9,4	+ 3.479,0

¹⁾ Ohne EG-Anteile, vor Abzug von Ergänzungszuweisungen und (ab 1996) Bahnstrukturreform

²⁾ Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten

³⁾ Isteinnahmen lt. Haushaltsrechnung, zur Vergleichbarkeit mit den Ländern 1993 bis 1995 nettogestellt

⁴⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet, daher mit Vorjahr nicht vergleichbar

⁵⁾ Die Veränderungsraten sind durch die Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer ab 1995 um 7 v. H.-Punkte zur Finanzierung der Mehrbelastung aufgrund der Neuregelung des LFA mit dem Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar (Hinweis auf Seiten A 58 ff. des Finanzberichts NRW 1997)

⁶⁾ Veränderungsraten durch Umstellung des Kindergeldverfahrens mit Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar

5. Gesamtverschuldung ¹⁾ der Gebietskörperschaften 1970, 1980, 1986 bis 2007 - in Mrd. EUR -

Stand 31.12.	1970	1980	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ⁹⁾	1992	1993	1994	1995
Bund ²⁾	24,4	117,6	211,4	225,2	243,0	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4	364,3	385,7
Lastenausgleichsfonds	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ERP-Sondervermögen ⁸⁾	0,7	1,6	3,3	2,9	3,0	3,5	4,7	8,3	12,4	14,4	14,3	18,6
Fonds "Deutsche Einheit"	-	-	-	-	-	-	10,1	25,8	38,0	44,8	45,8	44,6
Erblastentilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	168,2
Kreditabwicklungsfonds	-	-	-	-	-	-	14,1	14,0	46,9	51,8	52,4	-
Länder	24,8	81,5	148,6	159,4	169,1	172,9	182,7	193,8	212,0	234,7	250,9	272,2
Gemeinden (GV) ^{3) 4) 5)}	23,2	48,6	58,5	60,0	61,1	62,3	63,8	70,5	75,5	81,7	85,1	88,1
Zweckverbände ^{4) 5) 6)}	-	4,0	4,3	4,5	4,6	4,9	5,2	5,6	6,4	8,7	11,3	11,6
Bundeseisenbahnvermögen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	36,5	40,1
Zusammen ⁷⁾	62,9	236,6	406,1	431,7	459,6	472,8	536,2	595,9	679,9	765,5	840,1	1.009,3
nachr.: Schulden bei Verwaltungen	13,6	16,8	20,0	20,4	21,2	21,6	21,7	21,8	21,5	20,9	20,4	19,6

Stand 31.12.	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Bund ^{2) 10) 11)}	426,0	459,7	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	902,1	922,0
ERP-Sondervermögen ⁸⁾	19,0	18,8	19,4	16,0	18,4	19,2	19,4	19,3	18,2	15,1	14,4	-
Entschädigungsfonds	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	0,3	0,4	0,5	0,4	0,3	0,2	0,1
Fonds "Deutsche Einheit"	42,7	40,7	40,3	40,1	39,7	39,6	39,4	39,1	38,7	-	-	-
Erblastentilgungsfonds	165,4	164,7	155,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Länder ¹²⁾	294,5	314,0	328,7	336,6	346,3	370,7	397,3	427,0	454,4	479,3	493,0	494,6
Gemeinden (GV) ^{3) 5)}	89,8	90,1	89,4	88,3	87,5	87,1	87,1	88,8	89,0	88,6	86,6	83,9
Zweckverbände ⁵⁾	11,4	10,7	11,1	12,5	8,5	7,5	7,5	7,8	7,9	7,8	2,8	2,7
Bundeseisenbahnvermögen	39,8	39,5	39,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundes-Pensions-Service für Post u. Telekommunikation e. V.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15,5	15,5
Zusammen ⁷⁾	1.069,2	1.119,1	1.153,4	1.183,1	1.198,1	1.203,9	1.253,2	1.325,7	1.395,0	1.447,5	1.497,1	1.502,2
nachr.: Schulden bei Verwaltungen	19,4	19,2	19,1	18,9	18,0	17,8	17,4	17,1	16,5	16,2	17,4	16,6

¹⁾ Kreditmarktschulden im engeren Sinne (einschl. Schulden bei öffentl. Zusatzversorgungseinrichtungen) Ausgleichsforderungen, Schulden bei öffentlichen Haushalten (ohne Kassenverstärkungskredite, innere Darlehen und kreditähnliche Rechtsgeschäfte) Revision 1990

²⁾ Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds

³⁾ Ab 1974 ohne Eigenbetriebe; bis 1973 methodisch angeglichen

⁴⁾ Bis 1991 einschließlich Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen

⁵⁾ Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, daher Vergleichbarkeit mit den Vorjahren eingeschränkt

⁶⁾ Vor 1974 statistisch nicht nachgewiesen

⁷⁾ In der Summe ohne Schulden bei Verwaltungen

⁸⁾ 1995 - 1998 einschl. Ausgleichsfonds "Steinkohle"; ab 2007 Übergang zum Bund

⁹⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet

¹⁰⁾ Ab 1999 einschl. der in den Bundeshaushalt übernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds

¹¹⁾ Ab 2005 einschl. der in den Bundeshaushalt übernommenen Schulden des Fonds "Deutsche Einheit"; ab 2007 einschl. ERP-Sondervermögen

¹²⁾ Ab 2006 einschl. Extrahaushalte

Anmerkung: Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5

6. Bereinigte Gesamtausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder

in Mio. EUR -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁸⁾
Bund	232.919	225.950	233.619	246.869	244.405	243.145	249.286	256.703	251.594	259.849	261.046	270.450
Schleswig-Holstein	7.240	7.135	7.279	7.442	7.551	7.729	7.805	7.930	7.933	8.326	8.186	8.332
Niedersachsen	19.803	19.746	20.101	20.261	20.848	22.084	22.188	22.180	21.859	21.786	21.788	23.418
Hessen	16.590	16.533	16.658	17.755	18.213	18.562	18.156	18.378	17.937	17.669	19.138	20.988
Rheinland-Pfalz	10.983	10.854	10.947	11.080	11.219	11.298	11.411	11.701	11.650	11.539	11.930	12.178
Baden-Württemberg	27.804	26.929	28.731	28.620	30.264	31.558	30.779	31.042	31.260	31.611	32.856	32.861
Bayern	31.153	30.713	31.078	31.677	32.409	33.227	34.481	34.816	34.249	34.383	34.991	35.892
Saarland	3.229	3.158	3.193	3.204	3.266	3.275	3.300	3.296	3.248	3.281	3.295	3.317
Nordrhein-Westfalen	43.886	45.112	45.034	45.502	46.179	47.437 ⁴⁾	47.725	47.417 ⁴⁾	48.102	50.591 ⁵⁾	47.798 ⁶⁾	49.906 ⁷⁾
Flächenländer (West) insg. ²⁾	160.687	160.180	163.020	165.541	169.949	175.171	175.846	176.760	176.237	179.185	179.982	186.892
Flächenländer (West) o. NRW ²⁾	116.802	115.068	117.987	120.040	123.770	127.734	128.121	129.343	128.136	128.594	132.184	136.986
Brandenburg	9.855	9.657	9.749	9.834	9.700	9.916	10.163	9.599	9.519	9.623	9.936	9.843
Mecklenburg-Vorpommern	7.606	7.308	7.330	7.237	7.118	7.058	7.275	7.179	6.963	6.945	6.830	6.707
Sachsen	16.103	15.665	15.376	15.549	16.123	15.474	15.924	16.691	15.885	15.545	15.827	15.509
Sachsen-Anhalt	10.327	10.809	10.470	10.302	10.454	10.338	10.292	10.463	10.111	10.213	10.141	9.815
Thüringen	9.630	9.604	9.680	9.794	9.687	9.616	9.263	9.220	9.275	9.089	9.007	9.060
Flächenländer (Ost) ²⁾	53.521	53.042	52.604	52.714	53.082	52.401	52.915	53.153	51.752	51.414	51.742	50.934
Hamburg	9.455	9.420	9.361	9.490	9.729	9.582	9.757	10.595	10.492	9.952	10.348	10.410
Bremen	4.006	4.024	4.055	4.100	4.115	4.189	4.217	4.269	4.249	4.103	4.066	4.051
Berlin	21.812	21.423	21.193	21.081	20.895	22.574	21.066	20.675	20.539	21.596	20.522	20.711
Stadtstaaten ²⁾	35.273	34.867	34.608	34.671	34.739	36.344	35.040	35.538	35.280	35.652	34.936	35.172
Länder insgesamt (ber.) ³⁾	243.121	241.561	243.218	245.268	249.337	255.001	256.962	258.690	256.050	259.216	259.124	264.715

1) Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge

2) Additionsergebnisse ohne Bereinigungen

3) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie

Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten;

gewährte Darlehen zur Versorgungszuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz)

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Einmalzahlungen

8) Denweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

7. Veränderungsraten der bereinigten Gesamtausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁸⁾
Bund	-2,0	-3,0	3,4	5,7	-1,0	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6
Schleswig-Holstein	1,3	-1,4	2,0	2,2	1,5	2,4	1,0	1,6	0,0	5,0	-1,7	1,8
Niedersachsen	0,4	-0,3	1,8	0,8	2,9	5,9	0,5	0,0	-1,5	-0,3	0,0	7,5
Hessen	6,4	-0,3	0,8	6,6	2,7	1,9	-2,2	1,2	-2,4	-1,5	8,3	9,7
Rheinland-Pfalz	6,3	-1,2	1,0	1,2	1,2	0,7	1,0	2,5	-0,4	-1,0	3,4	2,1
Baden-Württemberg	2,1	-3,1	6,7	-0,4	5,7	4,3	-2,5	0,9	0,7	1,1	3,9	0,0
Bayern	5,1	-1,4	1,2	1,9	2,3	2,5	3,8	1,0	-1,6	0,4	1,8	2,6
Saarland	3,2	-2,2	1,1	0,3	1,9	0,3	0,8	-0,1	-1,5	1,0	0,4	0,7
Nordrhein-Westfalen	3,3	2,8	-0,2	1,0	1,5	2,7 ⁴⁾	0,6	-0,6 ⁴⁾	1,4	5,2 ⁵⁾	-5,5 ⁶⁾	4,4 ⁷⁾
Flächenländer (West) insg. ²⁾	3,5	-0,3	1,8	1,5	2,7	3,1	0,4	0,5	-0,3	1,4	0,4	3,8
Flächenländer (West) ohne NRW ²⁾	3,6	-1,5	2,5	1,7	3,1	3,2	0,3	1,0	-0,9	-0,6	2,8	3,6
Brandenburg	1,1	-2,0	0,9	0,9	-1,4	2,2	2,5	-5,5	-0,8	1,1	3,2	-0,9
Mecklenburg-Vorpommern	6,4	-3,9	0,3	-1,3	-1,6	-0,8	3,1	-1,3	-3,0	-0,3	-1,6	-1,8
Sachsen	3,7	-2,7	-1,8	1,1	3,7	-4,0	2,9	4,8	-4,8	-2,1	1,8	-2,0
Sachsen-Anhalt	-0,6	4,7	-3,1	-1,6	1,5	-1,1	-0,4	1,7	-3,4	1,0	-0,7	-3,2
Thüringen	6,5	-0,3	0,8	1,2	-1,1	-0,7	-3,7	-0,5	0,6	-2,0	-0,9	0,6
Flächenländer (Ost) ²⁾	3,2	-0,9	-0,8	0,2	0,7	-1,3	1,0	0,4	-2,6	-3,3	0,6	-1,6
Hamburg	4,2	-0,4	-0,5	1,4	2,5	-1,5	1,8	8,6	-1,0	-5,1	4,0	0,6
Bremen	0,6	0,5	0,8	1,1	0,4	1,8	0,7	1,2	-0,5	-3,4	-0,9	-0,4
Berlin	-1,2	-1,8	-1,1	-0,5	-0,9	8,0	-6,7	-1,9	-0,7	5,1	-5,0	0,9
Stadtstaaten ²⁾	0,4	-1,2	-0,7	0,2	0,2	4,6	-3,6	1,4	-0,7	0,3	-2,0	0,7
Länder insgesamt (ber.) ³⁾	2,4	-0,6	0,7	0,8	1,7	2,3	0,8	0,7	-1,0	1,2	0,0	2,2

1) Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge

2) Rechnerische Veränderungsrate der Additionsergebnisse ohne Bereinigungen

3) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich

stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt

8) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

8. Personalausgaben des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁴⁾
Bund	27.031	26.836	26.653	26.963	26.517	26.807	26.986	27.235	26.758	26.372	26.110	26.038
Schleswig-Holstein	2.866	2.904	2.935	2.986	2.994	3.055	3.158	3.188	3.259	3.265	3.100	2.999
Niedersachsen	8.293	8.343	8.439	8.487	8.570	8.170	8.476	8.669	8.724	8.394	8.522	8.709
Hessen	6.650	6.719	6.829	7.022	6.970	6.597	6.795	6.765	6.854	6.824	6.966	7.079
Rheinland-Pfalz	4.326	4.373	4.362	4.494	4.560	4.681	4.632	4.713	4.775	4.661	4.734	4.630
Baden-Württemberg	11.353	11.312	11.464	11.753	11.861	12.298	12.731	12.793	13.064	12.808	12.995	12.814
Bayern	12.544	12.556	12.767	13.103	13.335	13.647	14.104	14.491	14.533	14.796	15.090	15.340
Saarland	1.242	1.224	1.235	1.265	1.284	1.322	1.363	1.380	1.256	1.274	1.235	1.238
Nordrhein-Westfalen	17.493	17.837	18.240	18.620	18.977	19.194 ¹⁾	19.906	19.574 ¹⁾	19.897	20.261	18.601 ²⁾	19.612 ³⁾
Flächenländer (West) insg.	64.766	65.267	66.272	67.731	68.551	68.964	71.165	71.575	72.362	72.283	71.242	72.421
Flächenländer (West) o. NRW	47.273	47.430	48.032	49.111	49.574	49.770	51.258	52.001	52.465	52.022	52.641	52.809
Brandenburg	2.472	2.489	2.511	2.515	2.409	2.446	2.374	2.396	2.222	2.095	2.048	2.034
Mecklenburg-Vorpommern	1.786	1.823	1.851	1.885	1.899	1.924	1.946	1.939	1.855	1.788	1.567	1.539
Sachsen	3.869	3.904	3.968	4.025	4.060	4.136	4.214	4.273	4.189	4.164	4.104	3.983
Sachsen-Anhalt	2.646	2.728	2.731	2.768	2.784	2.799	2.801	2.673	2.831	2.320	2.311	2.215
Thüringen	2.462	2.495	2.406	2.438	2.428	2.474	2.483	2.511	2.471	2.436	2.410	2.412
Flächenländer (Ost)	13.234	13.440	13.467	13.630	13.580	13.779	13.819	13.790	13.567	12.802	12.441	12.183
Hamburg	3.244	3.227	3.193	3.200	3.210	3.277	3.356	3.353	3.376	3.372	3.336	3.187
Bremen	1.335	1.328	1.328	1.334	1.315	1.329	1.322	1.343	1.294	1.278	1.261	1.266
Berlin	7.310	7.190	7.103	7.133	7.147	7.188	7.271	6.991	6.764	6.641	6.343	6.232
Stadtstaaten	11.889	11.745	11.624	11.666	11.672	11.794	11.949	11.687	11.434	11.291	10.941	10.685
Länder insgesamt	89.890	90.451	91.363	93.028	93.802	94.537	96.932	97.051	97.364	96.376	94.624	95.288

1) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Zuführungen zur Versorgungsrücklage eingeschränkt

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

9. Personalausgabenquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁶⁾
Bund	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6
Schleswig-Holstein	39,6	40,7	40,3	40,1	39,7	39,5	40,5	40,2	41,1	39,2	37,9	36,0
Niedersachsen	41,9	42,3	42,0	41,9	41,1	37,0	38,2	39,1	39,9	38,5	39,1	37,2
Hessen	40,1	40,6	41,0	39,5	38,3	35,5	37,4	36,8	38,2	38,6	36,4	33,7
Rheinland-Pfalz	39,4	40,3	39,8	40,6	40,6	41,4	40,6	40,3	41,0	40,4	39,7	38,0
Baden-Württemberg	40,8	42,0	39,9	41,1	39,2	39,0	41,4	41,2	41,8	40,5	39,5	39,0
Bayern	40,3	40,9	41,1	41,4	41,1	41,1	40,9	41,6	42,4	43,0	43,1	42,7
Saarland	38,4	38,7	38,7	39,5	39,3	40,4	41,3	41,9	38,7	38,8	37,5	37,3
Nordrhein-Westfalen	39,9	39,5	40,5	40,9	41,1	40,5 ²⁾	41,7	41,3 ²⁾	41,4	40,0 ³⁾	38,9 ⁴⁾	39,3 ⁵⁾
Flächenländer (West) insg.	40,3	40,7	40,7	40,9	40,3	39,4	40,5	40,5	41,1	40,3	39,6	38,7
Flächenländer (West) o. NRW	40,5	41,2	40,7	40,9	40,1	39,0	40,0	40,2	40,9	40,5	39,8	38,6
Brandenburg	25,1	25,8	25,8	25,6	24,8	24,7	23,4	25,0	23,3	21,8	20,6	20,7
Mecklenburg-Vorpommern	23,5	24,9	25,3	26,0	26,7	27,3	26,8	27,0	26,6	25,7	22,9	22,9
Sachsen	24,0	24,9	25,8	25,9	25,2	26,7	26,5	25,6	26,4	26,8	25,9	25,7
Sachsen-Anhalt	25,6	25,2	26,1	26,9	26,6	27,1	27,2	25,5	28,0	22,7	22,8	22,6
Thüringen	25,6	26,0	24,9	24,9	25,1	25,7	26,8	27,2	26,6	26,8	26,8	26,6
Flächenländer (Ost)	24,7	25,3	25,6	25,9	25,6	26,3	26,1	25,9	26,2	24,9	24,0	23,9
Hamburg	34,3	34,3	34,1	33,7	33,0	34,2	34,4	31,6	32,2	33,9	32,2	30,6
Bremen	33,3	33,0	32,8	32,5	32,0	31,7	31,3	31,5	30,5	31,2	31,0	31,3
Berlin	33,5	33,6	33,5	33,8	34,2	31,8	34,5	33,8	32,9	30,8	30,9	30,1
Stadtstaaten	33,7	33,7	33,6	33,6	33,6	32,5	34,1	32,9	32,4	31,7	31,3	30,4
Länder insgesamt	37,0	37,4	37,6	37,9	37,6	37,1	37,7	37,5	38,0	37,2	36,5	36,0

1) Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt

6) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

10. Personalsteuerquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

-in v. H. -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁵⁾
Bund	15,6	15,9	15,3	14,0	13,3	13,8	14,1	14,2	14,3	13,9	12,8	11,3
Schleswig-Holstein	58,8	59,3	56,7	57,9	58,1	59,7	64,8	61,9	67,2	64,9	55,7	49,0
Niedersachsen	62,4	63,6	61,9	60,2	58,7	57,8	64,4	64,6	62,4	59,4	53,4	52,2
Hessen	53,7	56,0	52,2	49,0	46,5	46,8	51,4	50,6	52,9	52,0	46,1	41,4
Rheinland-Pfalz	64,8	66,8	63,9	61,8	62,8	68,1	68,9	68,1	66,5	65,0	60,2	52,6
Baden-Württemberg	57,3	58,2	54,2	52,7	51,6	55,7	59,8	58,2	58,6	57,6	54,1	47,6
Bayern	54,4	54,5	52,7	51,5	50,0	53,7	55,7	57,9	56,1	57,0	54,1	49,4
Saarland	69,6	69,3	68,1	66,6	64,8	70,2	79,7	78,2	71,6	68,7	62,8	54,4
Nordrhein-Westfalen	51,6	53,4	52,0	50,6	50,2	57,1 ²⁾	55,4	58,6 ²⁾	58,7	58,4	50,2 ³⁾	48,4 ⁴⁾
Flächenländer (West) insg.	55,9	57,2	54,8	53,2	52,2	56,0	58,2	59,1	58,9	58,2	52,6	48,4
Flächenländer (West) o. NRW	57,7	58,7	55,9	54,2	52,9	55,6	59,4	59,3	59,0	58,1	53,5	48,5
Brandenburg	60,4	58,4	57,6	53,7	49,9	52,3	55,9	56,0	48,8	48,4	43,1	37,1
Mecklenburg-Vorpommern	60,0	60,5	60,2	58,9	57,8	60,6	66,9	66,2	61,8	62,4	49,3	43,5
Sachsen	52,0	51,8	51,6	50,2	49,8	52,0	58,3	57,6	56,9	58,3	50,9	44,7
Sachsen-Anhalt	58,3	61,4	58,0	57,9	58,5	59,5	65,8	63,6	64,7	54,7	49,8	44,0
Thüringen	60,9	61,1	56,9	55,4	54,1	56,2	62,8	61,9	60,8	60,2	57,5	49,3
Flächenländer (Ost)	57,3	57,6	56,0	54,3	53,2	55,3	61,1	60,3	58,1	56,6	50,1	43,7
Hamburg	52,3	53,3	47,8	44,4	43,0	49,1	49,1	47,2	47,0	45,7	39,5	37,7
Bremen	74,5	69,7	75,5	68,7	71,1	76,3	75,5	71,6	69,4	70,4	62,4	60,0
Berlin	95,2	90,7	87,7	83,9	83,2	90,5	96,0	91,5	84,4	81,8	70,1	62,1
Stadtstaaten	75,9	73,9	70,3	66,1	65,2	72,1	74,0	70,4	67,0	65,2	56,0	51,9
Länder insgesamt	58,2	59,0	56,5	54,7	53,6	57,5	60,2	60,4	59,6	58,7	52,6	48,1

1) Anteil der Personalausgaben an den Steuereinnahmen in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Zuführungen zur Versorgungsrücklage eingeschränkt

5) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

11. Investitionsausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁶⁾
Bund	31.185	28.826	29.206	28.625	28.146	27.273	24.073	25.732	22.378	23.762	22.716	26.215
Schleswig-Holstein	822	701	700	758	766	745	690	724	668	675	700	772
Niedersachsen	2.454	2.361	2.290	2.022	2.190	2.681	2.189	2.212	1.636	1.845	1.483	2.324
Hessen	1.925	1.763	1.502	1.438	1.440	1.755	1.475	1.754	1.591	1.547	1.692	1.742
Rheinland-Pfalz	1.631	1.494	1.418	1.350	1.396	1.343	1.110	1.188	1.276	1.261	1.370	1.216
Baden-Württemberg	2.932	2.785	3.522	2.682	3.420	4.109	3.080	2.917	2.603	2.703	2.926	2.764
Bayern	5.904	5.033	4.936	4.843	4.834	4.820	4.956	5.105	4.005	3.932	4.178	4.173
Saarland	353	334	378	376	410	377	364	371	351	356	332	323
Nordrhein-Westfalen	4.826	4.692	4.715	4.723	4.695	4.346 ³⁾	4.237	4.684 ³⁾	4.581	6.738 ⁴⁾	4.349 ⁵⁾	4.349
Flächenländer (West) insg.	20.848	19.164	19.461	18.192	19.151	20.176	18.100	18.953	16.712	19.056	17.029	17.663
Flächenländer (West) ohne NRW	16.021	14.472	14.745	13.469	14.456	15.830	13.863	14.270	12.130	12.318	12.681	13.314
Brandenburg	2.528	2.270	2.470	2.400	2.162	2.151	2.161	1.782	1.840	1.753	1.833	1.714
Mecklenburg-Vorpommern	2.130	1.969	1.840	1.801	1.617	1.501	1.584	1.490	1.343	1.288	1.300	1.110
Sachsen	5.285	4.958	4.582	4.591	4.947	4.027	4.194	4.666	4.242	3.691	4.040	3.598
Sachsen-Anhalt	2.371	3.015	2.656	2.462	2.471	2.288	2.006	2.167	1.892	2.033	1.710	1.646
Thüringen	2.714	2.502	2.573	2.542	2.450	2.252	1.828	1.773	1.842	1.602	1.615	1.574
Flächenländer (Ost)	15.029	14.714	14.121	13.795	13.647	12.219	11.773	11.879	11.158	10.368	10.498	9.642
Hamburg	1.089	1.119	941	984	986	1.009	1.077	1.530	1.104	1.084	1.010	1.201
Bremen	449	522	548	568	628	671	747	793	785	754	622	520
Berlin	3.334	2.803	2.635	2.412	2.218	3.659	1.818	1.815	1.707	2.885	1.743	1.658
Stadtstaaten	4.872	4.444	4.125	3.964	3.832	5.339	3.642	4.137	3.596	4.724	3.375	3.379
Länder insgesamt ²⁾	40.740	38.307	37.702	35.946	36.621	37.734	33.508	34.969	31.466	34.148	30.902	30.678

1) Sachinvestitionen und Investitionsförderung

2) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Zwischensummen sind rundungsbedingt.

4) Vergleichbarkeit wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie

Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Fn. 4 und Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

6) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

12. Investitionsquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁶⁾
Bund	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	9,6	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7
Schleswig-Holstein	11,4	9,8	9,6	10,2	10,1	9,6	8,8	9,1	8,4	8,1	8,5	9,3
Niedersachsen	12,4	12,0	11,4	10,0	10,5	12,1	9,9	10,0	7,5	8,5	6,8	9,9
Hessen	11,6	10,7	9,0	8,1	7,9	9,5	8,1	9,5	8,9	8,8	8,8	8,3
Rheinland-Pfalz	14,8	13,8	13,0	12,2	12,4	11,9	9,7	10,2	11,0	10,9	11,5	10,0
Baden-Württemberg	10,5	10,3	12,3	9,4	11,3	13,0	10,0	9,4	8,3	8,6	8,9	8,4
Bayern	19,0	16,4	15,9	15,3	14,9	14,5	14,4	14,7	11,7	11,4	11,9	11,6
Saarland	10,9	10,6	11,8	11,7	12,5	11,5	11,0	11,2	10,8	10,9	10,1	9,7
Nordrhein-Westfalen	11,0	10,4	10,5	10,4	10,2	9,2 ²⁾	8,9	9,9 ²⁾	9,5	13,3 ³⁾	9,1 ⁴⁾	8,7 ⁵⁾
Flächenländer (West) insg.	13,0	12,0	11,9	11,0	11,3	11,5	10,3	10,7	9,5	10,6	9,5	9,5
Flächenländer (West) ohne NRW	13,7	12,6	12,5	11,2	11,7	12,4	10,8	11,0	9,5	9,6	9,6	9,7
Brandenburg	25,6	23,5	25,3	24,4	22,3	21,7	21,3	18,6	19,3	18,2	18,5	17,4
Mecklenburg-Vorpommern	28,0	26,9	25,1	24,9	22,7	21,3	21,8	20,8	19,3	18,6	19,0	16,5
Sachsen	32,8	31,7	29,8	29,5	30,7	26,0	26,3	28,0	26,7	23,7	25,5	23,2
Sachsen-Anhalt	23,0	27,9	25,4	23,9	23,6	22,1	19,5	20,7	18,7	19,9	16,9	16,8
Thüringen	28,2	26,1	26,6	26,0	25,3	23,4	19,7	19,2	19,9	17,6	17,9	17,4
Flächenländer (Ost)	28,1	27,7	26,8	26,2	25,7	23,3	22,2	22,3	21,6	20,2	20,3	18,9
Hamburg	11,5	11,9	10,1	10,4	10,1	10,5	11,0	14,4	10,5	10,9	9,8	11,5
Bremen	11,2	13,0	13,5	13,8	15,3	16,0	17,7	18,6	18,5	18,4	15,3	12,8
Berlin	15,3	13,1	12,4	11,4	10,6	16,2	8,6	8,8	8,3	13,4	8,5	8,0
Stadtstaaten	13,8	12,7	11,9	11,4	11,0	14,7	10,4	11,6	10,2	13,2	9,7	9,6
Länder insgesamt	16,8	15,9	15,5	14,7	14,7	14,8	13,0	13,5	12,3	13,2	11,9	11,6

1) Anteil der Investitionsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

3) Vergleichbarkeit wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Fn. 3 und Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt

6) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

13. Zinsausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁴⁾
Bund	25.984	27.267	28.678	41.045 ²⁾	39.107	37.584	37.022	36.833	36.233	37.329	37.428	38.680
Schleswig-Holstein	834	863	896	897	900	910	882	884	889	875	892	934
Niedersachsen	1.923	1.993	1.993	2.124	2.082	2.186	2.247	2.274	2.369	2.329	2.279	2.208
Hessen	1.188	1.212	1.285	1.300	1.273	1.247	1.249	1.307	1.333	1.339	1.362	1.332
Rheinland-Pfalz	913	953	985	1.022	1.039	1.062	1.058	1.083	1.075	1.070	1.062	1.111
Baden-Württemberg	1.537	1.576	1.637	1.595	1.594	1.598	1.676	1.807	1.866	1.958	2.246	1.927
Bayern	910	996	1.049	1.047	1.010	965	952	1.020	1.018	1.039	1.068	982
Saarland	489	477	461	433	402	371	370	368	367	382	399	415
Nordrhein-Westfalen	3.937	4.079	4.158	4.303	4.289	4.408 ³⁾	4.560	4.635 ³⁾	4.592	4.509	4.634	4.737
Flächenländer (West) insg.	11.730	12.149	12.464	12.721	12.589	12.747	12.994	13.377	13.508	13.501	13.940	13.645
Flächenländer (West) ohne NRW	7.793	8.070	8.306	8.418	8.300	8.339	8.434	8.743	8.916	8.992	9.307	8.908
Brandenburg	521	593	643	686	680	712	757	781	849	784	783	795
Mecklenburg-Vorpommern	272	333	381	416	436	455	468	472	474	462	459	461
Sachsen	488	555	576	582	562	589	588	594	569	589	551	521
Sachsen-Anhalt	468	555	615	614	696	725	801	873	852	876	907	909
Thüringen	387	463	505	559	560	627	642	654	675	692	708	697
Flächenländer (Ost)	2.136	2.499	2.720	2.856	2.933	3.108	3.257	3.373	3.418	3.403	3.408	3.382
Hamburg	949	979	977	967	973	990	1.015	988	964	939	912	987
Bremen	612	570	561	556	512	544	501	488	501	499	517	571
Berlin	1.417	1.663	1.778	1.879	1.940	2.050	2.175	2.237	2.295	2.382	2.403	2.457
Stadtstaaten	2.978	3.212	3.316	3.402	3.425	3.584	3.691	3.712	3.761	3.820	3.832	4.014
Länder insgesamt	16.844	17.860	18.500	18.979	18.947	19.440	19.942	20.463	20.687	20.724	21.180	21.041

1) Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57)

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

14. Zinslastquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁷⁾
Bund	11,2	12,1	12,3	16,6 ²⁾	16,0	15,5	14,9	14,3	14,4	14,4	14,3	14,3
Schleswig-Holstein	11,5	12,1	12,3	12,1	11,9	11,8	11,3	11,1	11,2	10,5	10,9	11,2
Niedersachsen	9,7	10,1	9,9	10,5	10,0	9,9	10,1	10,3	10,8	10,7	10,5	9,4
Hessen	7,2	7,3	7,7	7,3	7,0	6,7	6,9	7,1	7,4	7,6	7,1	6,3
Rheinland-Pfalz	8,3	8,8	9,0	9,2	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2	9,3	8,9	9,1
Baden-Württemberg	5,5	5,9	5,7	5,6	5,3	5,1	5,4	5,8	6,0	6,2	6,8	5,9
Bayern	2,9	3,2	3,4	3,3	3,1	2,9	2,8	2,9	3,0	3,0	3,1	2,7
Saarland	15,1	15,1	14,4	13,5	12,3	11,3	11,2	11,2	11,3	11,6	12,1	12,5
Nordrhein-Westfalen	9,0	9,0	9,2	9,5	9,3	9,3 ³⁾	9,6	9,8 ³⁾	9,5	8,9 ⁴⁾	9,7 ⁵⁾	9,5 ⁶⁾
Flächenländer (West) insg.	7,3	7,6	7,6	7,7	7,4	7,3	7,4	7,6	7,7	7,5	7,7	7,3
Flächenländer (West) ohne NRW	6,7	7,0	7,0	7,0	6,7	6,5	6,6	6,8	7,0	7,0	7,0	6,5
Brandenburg	5,3	6,1	6,6	7,0	7,0	7,2	7,4	8,1	8,9	8,1	7,9	8,1
Mecklenburg-Vorpommern	3,6	4,6	5,2	5,7	6,1	6,5	6,4	6,6	6,8	6,6	6,7	6,9
Sachsen	3,0	3,5	3,7	3,7	3,5	3,8	3,7	3,6	3,6	3,8	3,5	3,4
Sachsen-Anhalt	4,5	5,1	5,9	6,0	6,7	7,0	7,8	8,3	8,4	8,6	8,9	9,3
Thüringen	4,0	4,8	5,2	5,7	5,8	6,5	6,9	7,1	7,3	7,6	7,9	7,7
Flächenländer (Ost)	4,0	4,7	5,2	5,4	5,5	5,9	6,2	6,3	6,6	6,6	6,6	6,6
Hamburg	10,0	10,4	10,4	10,2	9,9	10,3	10,4	9,3	9,2	9,4	8,8	9,5
Bremen	15,3	14,2	13,8	13,6	12,2	13,0	11,9	11,4	11,8	12,2	12,7	14,1
Berlin	6,5	7,8	8,4	8,9	9,3	9,1	10,3	10,8	11,2	11,0	11,7	11,9
Stadtstaaten	8,4	9,2	9,6	9,8	9,8	9,9	10,5	10,4	10,7	10,7	11,0	11,4
Länder insgesamt	6,9	7,4	7,6	7,7	7,6	7,6	7,8	7,9	8,1	8,0	8,2	7,9

1) Anteil der Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57) an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt

7) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

15. Zinssteuerquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁴⁾
Bund	15,0	16,1	16,4	21,3 ²⁾	19,7	19,4	19,3	19,2	19,4	19,6	18,4	16,8
Schleswig-Holstein	17,1	17,6	17,3	17,4	17,5	17,8	18,1	17,2	18,3	17,4	16,0	15,3
Niedersachsen	14,5	15,2	14,6	15,1	14,3	15,5	17,1	16,9	16,9	16,5	14,3	13,2
Hessen	9,6	10,1	9,8	9,1	8,5	8,9	9,4	9,8	10,3	10,2	9,0	7,8
Rheinland-Pfalz	13,7	14,6	14,4	14,0	14,3	15,4	15,7	15,6	15,0	14,9	13,5	12,6
Baden-Württemberg	7,8	8,1	7,7	7,1	6,9	7,2	7,9	8,2	8,4	8,8	9,4	7,2
Bayern	3,9	4,3	4,3	4,1	3,8	3,8	3,8	4,1	3,9	4,0	3,8	3,2
Saarland	27,4	27,0	25,4	22,8	20,3	19,7	21,6	20,9	20,9	20,6	20,3	18,2
Nordrhein-Westfalen	11,6	12,2	11,9	11,7	11,3	13,1 ³⁾	12,7	13,9	13,5	13,0	12,5	11,7
Flächenländer (West) insg.	10,1	10,6	10,3	10,0	9,6	10,3	10,6	11,1	11,0	10,9	10,3	9,1
Flächenländer (West) ohne NRW	9,5	10,0	9,7	9,3	8,9	9,3	9,8	10,0	10,0	10,1	9,5	8,2
Brandenburg	12,7	13,9	14,7	14,6	14,1	15,2	17,8	18,3	18,6	18,1	16,5	14,5
Mecklenburg-Vorpommern	9,2	11,1	12,4	13,0	13,3	14,3	16,1	16,1	15,8	16,1	14,5	13,0
Sachsen	6,6	7,4	7,5	7,3	6,9	7,4	8,1	8,0	7,7	8,2	6,8	5,8
Sachsen-Anhalt	10,3	12,5	13,1	12,8	14,6	15,4	18,8	20,7	19,5	20,7	19,6	18,0
Thüringen	9,6	11,3	11,9	12,7	12,5	14,2	16,2	16,1	16,6	17,1	16,9	14,3
Flächenländer (Ost)	9,3	10,7	11,3	11,4	11,5	12,5	14,4	14,7	14,6	15,0	13,7	12,1
Hamburg	15,3	16,2	14,6	13,4	12,9	14,9	14,9	13,9	13,4	12,7	10,8	11,7
Bremen	34,1	29,9	31,8	28,7	27,2	31,2	28,6	26,0	26,9	27,5	25,5	27,1
Berlin	18,5	21,0	22,0	22,1	22,6	25,8	28,7	29,3	28,6	29,3	26,5	24,5
Stadtstaaten	19,0	20,2	20,0	19,3	19,0	21,9	22,8	22,3	22,0	22,1	19,6	19,5
Länder insgesamt	10,9	11,6	11,4	11,2	10,8	11,8	12,4	12,7	12,7	12,6	11,8	10,6

1) Anteil der Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57) an den Steuereinnahmen

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

16. Steuereinnahmen¹⁾ des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ²⁾
Bund	173.104	169.272	174.598	192.423	198.774	193.765	192.046	191.881	187.005	190.149	203.903	230.043
Schleswig-Holstein	4.871	4.900	5.173	5.153	5.152	5.116	4.870	5.148	4.846	5.029	5.562	6.121
Niedersachsen	13.299	13.128	13.637	14.102	14.592	14.125	13.160	13.427	13.980	14.121	15.964	16.690
Hessen	12.391	11.996	13.090	14.343	14.991	14.087	13.214	13.373	12.955	13.119	15.120	17.099
Rheinland-Pfalz	6.675	6.546	6.831	7.278	7.260	6.877	6.719	6.921	7.182	7.169	7.862	8.800
Baden-Württemberg	19.808	19.426	21.144	22.315	22.987	22.063	21.304	21.997	22.305	22.228	24.006	26.942
Bayern	23.044	23.036	24.214	25.461	26.672	25.433	25.300	25.030	25.915	25.943	27.881	31.054
Saarland	1.784	1.765	1.815	1.901	1.980	1.884	1.711	1.766	1.755	1.856	1.967	2.277
Nordrhein-Westfalen	33.931	33.373	35.076	36.830	37.797	33.639	35.924	33.398	33.912	34.701	37.044	40.523
Flächenländer (West) insg.	115.803	114.170	120.980	127.383	131.432	123.225	122.200	121.060	122.850	124.166	135.405	149.506
Flächenländer (West) ohne NRW	81.872	80.797	85.905	90.553	93.635	89.586	86.276	87.662	88.938	89.466	98.361	108.983
Brandenburg	4.092	4.266	4.360	4.687	4.828	4.674	4.247	4.280	4.553	4.327	4.756	5.477
Mecklenburg-Vorpommern	2.975	3.015	3.076	3.200	3.285	3.174	2.911	2.929	3.002	2.865	3.179	3.535
Sachsen	7.447	7.540	7.690	8.023	8.146	7.959	7.230	7.413	7.358	7.143	8.066	8.918
Sachsen-Anhalt	4.536	4.439	4.709	4.781	4.759	4.707	4.259	4.206	4.375	4.240	4.638	5.038
Thüringen	4.041	4.086	4.225	4.399	4.489	4.398	3.956	4.058	4.065	4.043	4.193	4.889
Flächenländer (Ost)	23.091	23.346	24.060	25.091	25.506	24.912	22.603	22.885	23.352	22.617	24.832	27.857
Hamburg	6.202	6.052	6.681	7.206	7.462	6.668	6.829	7.096	7.190	7.382	8.455	8.464
Bremen	1.792	1.905	1.760	1.940	1.849	1.741	1.751	1.876	1.864	1.816	2.023	2.109
Berlin	7.676	7.931	8.098	8.498	8.594	7.941	7.575	7.638	8.012	8.120	9.051	10.028
Stadtstaaten	15.670	15.888	16.539	17.644	17.905	16.350	16.155	16.610	17.066	17.318	19.529	20.601
Länder insgesamt	154.564	153.404	161.578	170.118	174.843	164.488	160.959	160.555	163.267	164.102	179.765	197.962

1) Ohne steuerähnliche Abgaben

2) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

17. Steuerfinanzierungsquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁵⁾
Bund	74,3	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1
Schleswig-Holstein	67,3	68,7	71,1	69,2	68,2	66,2	62,4	64,9	61,1	60,4	68,0	73,5
Niedersachsen	67,2	66,5	67,8	69,6	70,0	64,0	59,3	60,5	64,0	64,8	73,3	71,3
Hessen	74,7	72,6	78,6	80,8	82,3	75,9	72,8	72,8	72,2	74,3	79,0	81,5
Rheinland-Pfalz	60,8	60,3	62,4	65,7	64,7	60,9	58,9	59,1	61,6	62,1	65,9	72,3
Baden-Württemberg	71,2	72,1	73,6	78,0	76,0	69,9	69,2	70,9	71,4	70,3	73,1	82,0
Bayern	74,0	75,0	77,9	80,4	82,3	76,5	73,4	71,9	75,7	75,5	79,7	86,5
Saarland	55,2	55,9	56,8	59,3	60,6	57,5	51,9	53,6	54,0	56,6	59,7	68,6
Nordrhein-Westfalen	77,3	74,0	77,9	80,9	81,8	70,9	75,3	70,4	70,5	68,6 ²⁾	77,5 ³⁾	81,2 ⁴⁾
Flächenländer (West) insg.	72,1	71,3	74,2	76,9	77,3	70,3	69,5	68,5	69,7	69,3	75,2	80,0
Flächenländer (West) ohne NRW	70,1	70,2	72,8	75,4	75,7	70,1	67,3	67,8	69,4	69,6	74,4	79,6
Brandenburg	41,5	44,2	44,7	47,7	49,8	47,1	41,8	44,6	47,8	45,0	47,9	55,6
Mecklenburg-Vorpommern	39,1	41,3	42,0	44,2	46,1	45,0	40,0	40,8	43,1	41,3	46,5	52,7
Sachsen	46,2	48,1	50,0	51,6	50,5	51,4	45,4	44,4	46,3	46,0	51,0	57,5
Sachsen-Anhalt	43,9	41,1	45,0	46,4	45,5	45,5	41,4	40,2	43,3	41,5	45,7	51,3
Thüringen	42,0	42,5	43,6	44,9	46,3	45,7	42,7	44,0	43,8	44,5	46,6	54,0
Flächenländer (Ost)	43,1	44,0	45,7	47,6	48,1	47,5	42,7	43,1	45,1	44,0	48,0	54,7
Hamburg	65,6	64,2	71,4	75,9	76,7	69,6	70,0	67,0	68,5	74,2	81,7	81,3
Bremen	44,7	47,3	43,4	47,3	44,9	41,6	41,5	43,9	43,9	44,3	49,7	52,1
Berlin	35,2	37,0	38,2	40,3	41,1	35,2	36,0	36,9	39,0	37,6	44,1	48,4
Stadtstaaten	44,4	45,6	47,8	50,9	51,5	45,0	46,1	46,7	48,4	48,6	55,9	58,6
Länder insgesamt	63,6	63,5	66,4	69,4	70,1	64,5	62,6	62,1	63,8	63,3	69,4	74,8

1) Anteil der Steuereinnahmen an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt

5) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

18. Nettokreditaufnahme¹⁾ des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁸⁾
Bund	40.022	32.571	28.852	26.110	23.759	22.826	31.863	38.648	39.542	31.197	27.893	14.336
Schleswig-Holstein	638	623	569	435	463	595	1.101	1.171	788	1.485	885	516
Niedersachsen	1.733	1.541	1.278	1.233	1.482	1.946 ⁴⁾	2.949	2.844	2.499	2.149	1.133	-1
Hessen	1.112	1.479	731	601	664	1.168	1.986	1.499	1.680	776	582	746
Rheinland-Pfalz	1.021	1.040	961	802	793	695	1.517	1.312	1.276	1.010	1.504	292
Baden-Württemberg	1.375	1.408	855	511	713	2.257	1.864	2.039	2.039	1.686	1.615	997
Bayern	1.524	1.323	807	-208	-314	199	1.019	1.123	935	1.836	-5	-306
Saarland	617 ³⁾	585 ³⁾	596 ³⁾	492 ³⁾	482 ³⁾	508 ³⁾	693 ³⁾	730 ³⁾	664 ³⁾	773	713	377
Nordrhein-Westfalen	3.088	4.822	3.243	2.673	3.623	5.407 ⁵⁾	4.164	6.666	6.872	6.770 ⁶⁾	3.393	1.980 ⁷⁾
Flächenländer (West) insg.	11.107	12.821	9.040	6.539	7.906	12.776	15.292	17.384	16.752	16.486	9.820	4.601
Flächenländer (West) ohne NRW	8.020	7.999	5.797	3.866	4.283	7.369	11.128	10.718	9.880	9.716	6.427	2.621
Brandenburg	1.262	858	801	666	487	569	1.338	1.165	704	554	354	-724
Mecklenburg-Vorpommern	1.046	759	660	471	366	332	533	1.034	844	331	0	-240
Sachsen	1.015	721	524	252	220	208	460	492	393	353	-62	-79
Sachsen-Anhalt	1.220	1.585	938	900	788	712	1.504	772	1.316	998	656	0
Thüringen	1.202	997	909	933	775	748	721	710	988	984	662	0
Flächenländer (Ost)	5.744	4.920	3.832	3.222	2.636	2.569	4.557	4.172	4.246	3.220	1.611	-1.043
Hamburg	895	868	743	808	820	823	813	800	750	650	627	-1
Bremen	921 ³⁾	905 ³⁾	807 ³⁾	695 ³⁾	1.005 ³⁾	1.034 ³⁾	1.196 ³⁾	1.216 ³⁾	1.259 ³⁾	1.089	1.377	754
Berlin	3.119	2.787	2.454	2.079	1.937	4.896	6.043	4.064	4.382	3.513	1.817	-98
Stadtstaaten	4.943	4.560	4.004	3.582	3.762	6.753	8.051	6.080	6.390	5.252	3.822	655
Länder insgesamt ²⁾	20.048	20.562	15.137	11.810	12.948	20.922	26.902	26.818	26.774	24.958	15.252	4.213

1) Saldo der Aufnahme und der Tilgung von Schulden aus Kreditmarktmitteln

2) Ländersumme bis 2004 inkl. Sanierungshilfen des Bundes für das Saarland und Bremen

3) Ohne Sanierungshilfen des Bundes für das Saarland und Bremen

4) Einschl. zweckgebundene Kreditaufnahme zur Abdeckung des EXPO-Verlustes

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen

(insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Kapitalzuführungen

an landeseigene Betriebe eingeschränkt

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie

aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt

8) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

19. Nettokreditaufnahme¹⁾ des Bundes und der Länder
 - in EUR je Einwohner²⁾ -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁸⁾
Bund	489	397	352	318	289	277	387	468	479	378	339	174
Schleswig-Holstein	234	226	206	157	166	213	392	416	279	525	313	182
Niedersachsen	222	197	163	157	187	245	370	356	312	268	142	0
Hessen	185	245	121	99	110	192	326	246	276	127	96	123
Rheinland-Pfalz	256	259	239	199	197	172	374	324	314	249	371	72
Baden-Württemberg	133	136	82	49	68	214	175	191	190	157	150	93
Bayern	127	110	67	-17	-26	16	82	91	75	147	0	-24
Saarland	570 ⁴⁾	540 ⁴⁾	554 ⁴⁾	459 ⁴⁾	451 ⁴⁾	476 ⁴⁾	651 ⁴⁾	686 ⁴⁾	627 ⁴⁾	734	681	363
Nordrhein-Westfalen	172	268	180	149	201	300 ⁵⁾	231	369	380	375 ⁶⁾	188	110 ⁷⁾
Flächenländer (West) insg.	180	206	145	105	126	204	243	275	265	260	155	73
Flächenländer (West) ohne NRW	182	181	131	87	96	165	247	238	219	215	142	58
Brandenburg	496	335	310	257	187	219	517	452	274	216	139	-285
Mecklenburg-Vorpommern	574	418	366	262	205	187	304	595	489	193	0	-142
Sachsen	223	159	116	56	50	47	105	113	91	82	-15	-19
Sachsen-Anhalt	446	584	349	338	299	274	587	304	524	402	267	0
Thüringen	481	401	368	380	317	309	300	298	418	419	285	0
Flächenländer (Ost)	406	349	273	230	190	186	333	307	315	241	121	-79
Hamburg	524	508	437	475	480	479	471	462	432	374	359	-1
Bremen	1.368 ⁴⁾	1.339 ⁴⁾	1.203 ⁴⁾	1.044 ⁴⁾	1.519 ⁴⁾	1.565 ⁴⁾	1.810 ⁴⁾	1.835 ⁴⁾	1.900 ⁴⁾	1.643	2.073	1.137
Berlin	900	808	718	613	573	1.447	1.783	1.198	1.294	1.036	535	-29
Stadtstaaten	844	782	692	622	654	1.172	1.394	1.051	1.104	907	658	112
Länder insgesamt ³⁾	245	251	185	144	158	254	326	325	325	303	185	51

1) Saldo der Aufnahme und der Tilgung von Schulden aus Kreditmarktmitteln

2) Einwohnerstand: 30.06. des Jahres

3) Ländersumme bis 2004 inkl. Sanierungshilfen des Bundes für das Saarland und Bremen

4) Ohne Sanierungshilfen des Bundes für das Saarland und Bremen

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt

8) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

20. Kreditfinanzierungsquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁹⁾
Bund	17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3
Schleswig-Holstein	8,8	8,7	7,8	5,8	6,1	7,7	14,1	14,8	9,9	17,8	10,8	6,2
Niedersachsen	8,9	7,8	6,4	6,1	7,1	8,8 ⁴⁾	13,3	12,8	11,4	9,9	5,2	- 0,0
Hessen	6,7	8,9	4,4	3,4	3,6	6,3	10,9	8,2	9,4	4,4	3,0	3,6
Rheinland-Pfalz	9,3	9,6	8,8	7,2	7,1	6,2	13,3	11,2	10,9	8,8	12,6	2,4
Baden-Württemberg	4,9	5,2	3,0	1,8	2,4	7,2	6,1	6,6	6,5	5,3	4,9	3,0
Bayern	4,9	4,3	2,6	- 0,7	- 1,0	0,6	3,0	3,2	2,7	5,3	- 0,0	- 0,9
Saarland	19,1 ³⁾	18,5 ³⁾	18,7 ³⁾	15,4 ³⁾	14,8 ³⁾	15,5 ³⁾	21,0 ³⁾	22,1 ³⁾	20,4 ³⁾	23,6	21,6	11,4
Nordrhein-Westfalen	7,0	10,7	7,2	5,9	7,8	11,4 ⁵⁾	8,7	14,1 ⁵⁾	14,3	13,4 ⁶⁾	7,1 ⁷⁾	4,0 ⁸⁾
Flächenländer (West) insg.	6,9	8,0	5,5	4,0	4,7	7,3	8,7	9,8	9,5	9,2	5,5	2,5
Flächenländer (West) ohne NRW	6,9	7,0	4,9	3,2	3,5	5,8	8,7	8,3	7,7	7,6	4,9	1,9
Brandenburg	12,8	8,9	8,2	6,8	5,0	5,7	13,2	12,1	7,4	5,8	3,6	- 7,4
Mecklenburg-Vorpommern	13,7	10,4	9,0	6,5	5,1	4,7	7,3	14,4	12,1	4,8	0,0	- 3,6
Sachsen	6,3	4,6	3,4	1,6	1,4	1,3	2,9	2,9	2,5	2,3	- 0,4	- 0,5
Sachsen-Anhalt	11,8	14,7	9,0	8,7	7,5	6,9	14,6	7,4	13,0	9,8	6,5	0,0
Thüringen	12,5	10,4	9,4	9,5	8,0	7,8	7,8	7,7	10,7	10,8	7,4	0,0
Flächenländer (Ost)	10,7	9,3	7,3	6,1	5,0	4,9	8,6	7,8	8,2	6,3	3,1	- 2,0
Hamburg	9,5	9,2	7,9	8,5	8,4	8,6	8,3	7,6	7,1	6,5	6,1	0,0
Bremen	23,2 ³⁾	22,5 ³⁾	19,9 ³⁾	17,0 ³⁾	24,4 ³⁾	24,7 ³⁾	28,4 ³⁾	28,5 ³⁾	29,6 ³⁾	26,5	33,9	18,6
Berlin	14,3	13,0	11,6	9,9	9,3	21,7	28,7	19,7	21,3	16,3	8,9	- 0,5
Stadtstaaten	14,0	13,1	11,6	10,3	10,8	18,6	23,0	17,1	18,1	14,7	10,9	1,9
Länder insgesamt ²⁾	8,2	8,5	6,2	4,8	5,2	8,2	10,5	10,4	10,5	9,6	5,9	1,6

1) Anteil der Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Länder insg. bis 2004 inkl. Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

3) Ohne Sanierungshilfen des Bundes für das Saarland und Bremen

4) Einschl. zweckgebundene Kreditaufnahme zur Abdeckung des EXPO - Verlustes

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

8) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt

9) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

21. Schuldenstand (am Kreditmarkt)¹⁾ des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Bund ^{2) 3) 4) 5)}	420.905	454.581	482.902	663.147 ³⁾	671.494	688.340	711.588	753.775	797.460	868.209 ⁴⁾	897.530	917.527 ⁵⁾
Schleswig-Holstein	13.568	14.268	14.690	15.041	15.490	16.147	17.231	18.585	19.594	20.918	21.765	22.029
Niedersachsen	30.283	31.888	33.047	33.437	34.076	36.880	40.010	43.339	46.735	47.855	48.776	49.446
Hessen	18.799	20.660	21.311	21.249	21.575	22.903	24.818	27.164	28.617	30.233	29.364	29.969
Rheinland-Pfalz	15.154	16.275	17.272	17.902	18.346	19.588	20.858	22.138	23.242	24.638	26.236	26.825
Baden-Württemberg	25.784	26.873	28.074	28.554	29.506	31.897	33.378	35.676	37.554	39.541	41.072	41.710
Bayern	16.280	17.761	18.537	18.278	17.964	18.164	19.183	20.306	21.240	23.077	23.072	22.766
Saarland	6.849	6.613	6.390	6.360	6.130	6.151	6.537	6.973	7.371	8.102	8.736	9.143
Nordrhein-Westfalen	65.233	69.918	73.382	74.805	76.670	83.162	88.471	95.243	102.494	108.939	112.900	114.091
Flächenländer (West) insg.	191.950	204.255	212.703	215.627	219.757	234.891	250.486	269.424	286.847	303.303	311.921	315.979
Flächenländer (West) ohne NRW	126.718	134.338	139.321	140.822	143.087	151.729	162.015	174.181	184.353	194.364	199.021	201.888
Brandenburg	9.814	10.842	11.640	11.972	12.799	13.522	14.656	16.264	16.397	16.928	17.136	17.280
Mecklenburg-Vorpommern	5.014	5.953	6.679	7.106	7.493	8.164	8.686	9.499	10.283	10.777	10.737	10.074
Sachsen	8.572	9.288	9.822	9.830	10.071	10.201	10.679	11.343	11.824	12.086	11.592	11.064
Sachsen-Anhalt	9.592	10.750	11.861	12.782	13.577	14.444	15.677	16.662	18.006	19.223	19.303	20.082
Thüringen	7.195	8.241	9.217	10.122	10.888	11.594	12.176	13.073	14.060	15.052	15.805	15.704
Flächenländer (Ost)	40.188	45.073	49.218	51.812	54.828	57.925	61.874	66.841	70.570	74.066	74.573	74.204
Hamburg	14.314	14.629	14.929	15.666	16.626	17.624	18.183	19.355	20.359	21.162	21.604	21.619
Bremen	8.519	8.666	8.494	8.062	8.522	8.894	9.584	10.606	11.270	12.303	13.384	14.305
Berlin	24.895	27.120	29.421	31.506	33.453	38.350	44.647	48.727	53.876	57.380	58.995	56.645
Stadtstaaten	47.728	50.415	52.844	55.234	58.601	64.868	72.414	78.688	85.505	90.845	93.983	92.569
Länder insgesamt	279.864	299.744	314.765	322.672	333.187	357.684	384.773	414.952	442.922	468.214	480.475	482.752

1) Jeweils am 31.12. des Jahres; ohne Ausgleichsforderungen; ab 1991 ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte; ab 2006 einschl. Extrahaushalte

2) Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds; ohne Altschulden der ehem. DDR, Kreditabwicklungsfonds, ERP-Sondervermögen und Treuhandschulden

3) Ab 1999 einschl. der am 01.07.1999 mitübernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds

4) Ab 2005 einschl. der mitübernommenen Schulden des Fonds "Deutsche Einheit"

5) Ab 2007 einschl. des zum Bund übergegangenen ERP - Sondervermögens

Quelle: Schuldenstandsstatistik des Stat. Bundesamtes (Fachs. 14 Reihe 5)

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

22. Schuldenstand (am Kreditmarkt)¹⁾ des Bundes und der Länder

- in EUR je Einwohner ²⁾ -

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Bund ^{3) 4) 5) 6)}	5.140	5.540	5.887	8.079 ⁴⁾	8.171	8.360	8.628	9.135	9.666	10.528 ⁵⁾	10.896	11.139 ⁶⁾
Schleswig-Holstein	4.969	5.189	5.321	5.430	5.570	5.777	6.133	6.596	6.935	7.394	7.686	7.771
Niedersachsen	3.885	4.071	4.209	4.244	4.307	4.645	5.020	5.425	5.841	5.977	6.099	6.191
Hessen	3.125	3.425	3.533	3.516	3.562	3.772	4.079	4.461	4.700	4.962	4.832	4.937
Rheinland-Pfalz	3.804	4.059	4.299	4.444	4.554	4.847	5.150	5.458	5.727	6.069	6.472	6.625
Baden-Württemberg	2.493	2.586	2.697	2.732	2.811	3.020	3.140	3.340	3.507	3.685	3.824	3.881
Bayern	1.355	1.473	1.536	1.508	1.474	1.479	1.553	1.638	1.709	1.853	1.849	1.821
Saarland	6.323	6.108	5.932	5.930	5.732	5.765	6.138	6.561	6.961	7.698	8.345	8.795
Nordrhein-Westfalen	3.643	3.892	4.084	4.160	4.260	4.614	4.899	5.270	5.672	6.032	6.258	6.335
Flächenländer (West) insg.	3.102	3.288	3.421	3.459	3.515	3.742	3.974	4.265	4.536	4.792	4.930	4.997
Flächenländer (West) ohne NRW	2.882	3.042	3.151	3.175	3.213	3.390	3.603	3.863	4.082	4.297	4.401	4.464
Brandenburg	3.856	4.232	4.510	4.618	4.921	5.206	5.666	6.315	6.384	6.607	6.713	6.798
Mecklenburg-Vorpommern	2.754	3.278	3.704	3.959	4.200	4.615	4.955	5.465	5.958	6.291	6.312	5.971
Sachsen	1.881	2.047	2.179	2.196	2.266	2.315	2.446	2.617	2.746	2.821	2.720	2.613
Sachsen-Anhalt	3.512	3.960	4.409	4.799	5.154	5.556	6.111	6.571	7.172	7.740	7.857	8.269
Thüringen	2.882	3.316	3.731	4.121	4.460	4.787	5.069	5.486	5.945	6.418	6.803	6.826
Flächenländer (Ost)	2.840	3.193	3.502	3.705	3.943	4.199	4.525	4.927	5.236	5.532	5.609	5.625
Hamburg	8.378	8.571	8.778	9.206	9.732	10.251	10.535	11.176	11.721	12.173	12.367	12.281
Bremen	12.551	12.817	12.664	12.103	12.881	13.465	14.505	16.003	17.013	18.564	20.149	21.578
Berlin	7.180	7.869	8.610	9.286	9.888	11.332	13.172	14.368	15.907	16.919	17.354	16.634
Stadtstaaten	8.152	8.648	9.129	9.588	10.186	11.254	12.537	13.600	14.777	15.683	16.174	15.882
Länder insgesamt	3.418	3.653	3.837	3.931	4.054	4.344	4.665	5.029	5.369	5.678	5.833	5.869

1) Jeweils am 31.12. des Jahres; ohne Ausgleichsforderungen; ab 1991 ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte, ab 2006 einschl. Extrahaushalte

2) Einwohnerstand jeweils am 30.06. des Jahres

3) Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds; ohne Altschulden der ehem. DDR, Kreditabwicklungsfonds, ERP-Sondervermögen und Treuhandschulden

4) Ab 1999 einschl. der am 01.07.1999 mitübernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds

5) Ab 2005 einschl. der mitübernommenen Schulden des Fonds "Deutsche Einheit"

6) Ab 2007 einschl. des zum Bund übergegangenen ERP - Sondervermögens

Quelle: Schuldenstandsstatistik des Stat. Bundesamtes (Fachs. 14 Reihe 5); eigene Berechnungen

**23. Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2009
des Landes Nordrhein-Westfalen mit Vorjahresvergleich *)**

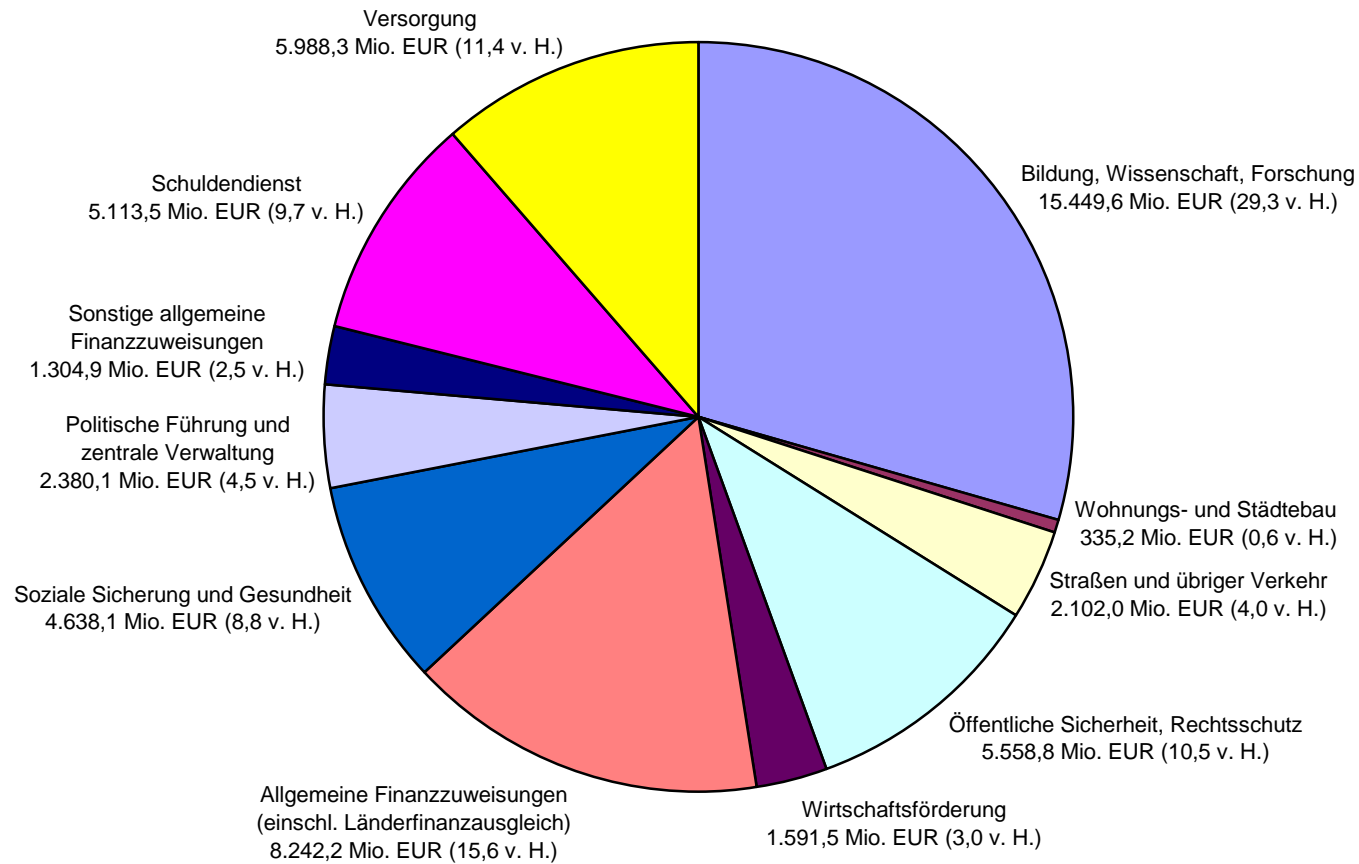
Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Gruppierungsnummer	2008 Entwurf 2. Nachtrag	2009 Haushaltsplan- entwurf	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
		- Mio. EUR -		- Mio. EUR -	- v. H. -
I. Ausgaben					
1. Personalausgaben	4	19.311,5	20.454,7	+1.143,3	+5,9
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	2.369,9	2.411,6	+41,7	+1,8
3. Schuldendienst	56 - 59	5.019,0	5.113,4	+94,4	+1,9
3.1 Zinsausgaben	56, 57	(4.840,6)	(4.935,6)	(+94,9)	(+2,0)
dar.: an Kreditmarkt	57	(4.840,0)	(4.935,0)	(+95,0)	(+2,0)
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	19.567,2	19.784,4	+217,3	+1,1
5. Investitionsausgaben	7, 8	4.845,4	4.905,5	+60,1	+1,2
5.1 Bauausgaben	7	(219,3)	(285,9)	(+66,6)	(+30,3)
5.2 Sonst. Investitionsausgaben	8	(4.626,1)	(4.619,6)	(-6,5)	(-0,1)
6. Bes. Finanzierungsausgaben	9	144,6	34,5	-110,1	x
Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan		51.257,6	52.704,2	+1.446,6	+2,8
II. Einnahmen					
1. Steuern	01, 05, 06	41.630,0	43.320,0	+1.690,0	+4,1
2. Übrige Einnahmen (ohne Schuldenaufnahmen)	09, 1 - 3 (ohne 31 u. 32)	7.673,0	7.537,7	-135,3	-1,8
dar.: Investitionseinnahmen	33, 34	(1.230,9)	(1.182,0)	(-48,9)	(-4,0)
3. Schuldenaufnahme	31, 32	1.954,6	1.846,5	-108,1	-5,5
dar.: am Kreditmarkt	32	(1.954,6)	(1.846,5)	(-108,1)	(-5,5)
Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan		51.257,6	52.704,2	+1.446,6	+2,8
III. Nachrichtlich:					
1. Bereinigte Gesamteinnahmen ¹⁾	(0 - 3) ./. (32, 35, 36, 38)	49.298,3	50.852,8	+1.554,6	+3,2
2. Bereinigte Gesamtausgaben ²⁾	(4 - 9) ./. (59, 91, 96, 98)	51.160,1	52.576,9	+1.416,8	+2,8
3. Finanzierungssaldo		-1.861,9	-1.724,1	+137,8	x
4. Schuldenaufnahme netto	(31 u. 32) ./. (58 u. 59)	1.776,1	1.668,6	-107,5	-6,1
dar.: am Kreditmarkt netto	32 ./ 59	(1.954,6)	(1.846,5)	(-108,1)	(-5,5)
5. Kreditfinanzierungsquote - v. H. - ³⁾		3,8	3,5	x	x
6. Investitionsquote - v. H. - ³⁾		9,5	9,3	x	x
7. Zinsquote (Kreditmarkt) - v. H. - ³⁾		9,5	9,4	x	x
8. Steuerfinanzierungsquote - v. H. - ³⁾		81,4	82,4	x	x
9. Personalausgabenquote - v. H. - ³⁾		37,7	38,9	x	x
10. Schuldenstand aus Kreditmarktmitteln am 31.12.2007: 114.091,3 Mio. EUR (6.340 EUR je Einwohner)					

¹⁾ Die sog. "bereinigten Gesamteinnahmen" errechnen sich aus den Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan abzüglich Schuldenaufnahme am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Überschüsse der Vorjahre und haushaltstechnische Verrechnungen.

²⁾ Die sog. "bereinigten Gesamtausgaben" errechnen sich aus den Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan abzüglich Tilgungsausgaben an Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung von Vorjahresfehlbeträgen und haushaltstechnische Verrechnungen.

³⁾ Berechnet als v. H.-Anteil der sog. "bereinigten Gesamtausgaben" (s. Ziff. III.2.). Bei der Kreditfinanzierungsquote handelt es sich um den v. H.-Anteil der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt netto an den "bereinigten Gesamtausgaben".

**24. Ausgaben nach Aufgabenbereichen des Landes NRW
Ansätze lt. Haushaltsplanentwurf 2009**



Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Gesamtausgaben: 52.704,2 Mio. EUR

25. Eckdaten des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen 1970, 1980, 1990, 2000, 2002 bis 2009

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Grupp.-Nr.	1970	1980	1990	2000	2002 ¹⁾	2003 ²⁾	2004	2005 ³⁾	2006 ⁴⁾	2007 ⁵⁾	2008 ⁶⁾	2009 ⁷⁾
		- Ist -										- Soll -	
- in Mio. EUR -													
I. Ausgaben													
1. Personalausgaben	4	3.422,6	9.921,6	13.287,0	18.977,5	19.906,5	19.573,6	19.897,5	20.260,8	18.601,2	19.611,6	19.311,5	20.454,7
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 9,2	+ 5,4	+ 1,9	+ 3,7	- 1,7	+ 1,7	+ 1,8	- 8,2	+ 5,4	- 1,5	+ 5,9
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	415,2	1.287,9	1.529,1	2.328,8	3.082,0	2.949,8	3.014,5	3.118,0	2.237,8	2.250,3	2.369,9	2.411,6
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 7,8	+ 6,9	+ 4,8	+ 5,7	- 4,3	+ 2,2	+ 3,4	- 28,2	+ 0,6	+ 5,3	+ 1,8
3. Schuldendienst													
- ohne nicht veranschl. Tilgung -	56 - 59	183,6	1.328,3	3.628,7	4.477,4	4.740,9	4.797,9	4.790,0	4.665,6	4.796,7	4.853,7	5.019,0	5.113,4
3.1 Zinsausgaben	56, 57	91,0	1.013,4	3.508,0	4.321,8	4.593,5	4.669,6	4.625,1	4.539,3	4.634,3	4.738,1	4.840,6	4.935,6
dar.: an Kreditmarkt	57	69,0	992,4	3.489,1	4.289,3	4.559,5	4.634,9	4.592,3	4.509,5	4.633,5	4.737,4	4.840,0	4.935,0
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 23,2	+ 3,9	- 0,3	+ 3,4	+ 1,7	- 0,9	- 1,8	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	2.907,2	8.375,5	10.946,4	15.700,2	15.758,5	15.411,9	15.818,5	15.809,0	17.813,9	18.841,3	19.567,2	19.784,4
- ohne Ausgaben zugunsten der neuen Länder					14.844,6	15.227,3	14.734,9	15.662,3	15.348,2	17.498,4	18.740,7	19.467,2	19.684,4
Veränd. geg. Vorj. in v. H.					+ 5,0	- 1,1	- 3,2	+ 6,3	- 2,0	+ 14,0	+ 7,1	+ 3,9	+ 1,1
5. Investitionsausgaben	7, 8	2.359,1	5.893,2	5.105,5	4.694,8	4.236,9	4.683,5	4.581,5	6.737,5	4.348,6	4.349,1	4.845,4	4.905,5
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	472,4	757,2	548,7	789,5	623,3	525,0	608,0	536,8	502,7	477,9	560,0	659,2
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	1.886,7	5.135,9	4.556,8	3.905,3	3.613,6	4.158,5	3.973,4	6.200,7	3.845,9	3.871,2	4.285,5	4.246,3
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	176,9	32,7	103,0	1.349,9	153,7	6,8	7,8	10,0	29,2	58,9	144,6	34,5
7. Gesamtausgaben		9.464,5	26.839,2	34.599,7	47.528,5	47.878,4	47.423,5	48.109,7	50.601,0	47.827,3	49.965,1	51.257,6	52.704,2
- ohne Ausgaben zugunsten der neuen Länder					46.673,0	47.347,2	46.746,6	47.953,5	50.140,1	47.511,8	49.864,4	51.157,6	52.604,2
Veränd. geg. Vorj. in v. H.					+ 5,2	+ 0,7	- 1,3	+ 2,6	+ 4,6	- 5,2	+ 5,0	+ 2,6	+ 2,8
7.1 Gesamtausg. ohne bes. Finanzierungsvorgänge	(4 - 9) ohne 59,91,96,98	9.253,9	26.319,3	34.459,1	46.178,7	47.724,8	47.416,7	48.102,0	50.591,0	47.798,2	49.906,2	51.160,1	52.576,9
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 11,0	+ 7,1	+ 1,5	+ 0,6	- 0,6	+ 1,4	+ 5,2	- 5,5	+ 4,4	+ 2,5	+ 2,8

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Grupp.-Nr.	1970	1980	1990	2000	2002 ¹⁾	2003 ²⁾	2004	2005 ³⁾	2006 ⁴⁾	2007 ⁵⁾	2008 ⁶⁾	2009 ⁷⁾	
		- Ist -											- Soll -	
		- in Mio. EUR -												
II. Einnahmen														
1. Steuereinnahmen	01, 05, 06	7.485,3	18.102,8	27.108,5	37.796,9	35.923,8	33.398,5	33.912,0	34.700,7	37.043,8	40.522,9	41.630,0	43.320,0	
Veränd. geg. Vorj. in v. H.			+ 4,8	+ 1,0	+ 2,6	+ 6,8	- 7,0	+ 1,5	+ 2,3	+ 6,8	+ 9,4	+ 2,7	+ 4,1	
2. Übrige Einnahmen (ohne Schuldenaufnahme, Entnahme aus Rücklagen, Überschüsse aus Vorjahren und ohne haushaltstechnische Verrechnungen)	(09, 1 - 3) ./.(31, 32, 35, 36, 38)	-												
		1.716,9	4.160,9	5.027,0	6.236,4	7.117,7	7.153,1	7.288,4	9.102,5	7.370,7	7.452,3	7.668,3	7.532,8	
3. Schuldenaufnahme (brutto) einschl. nicht veranschl. Tilgung		72,6	5.637,0	6.403,2	(10.116,0)	(14.292,3)	(17.836,5)	(18.527,0)	(21.695,1)	(18.604,5)	(18.318,0)	(18.352,3)	(16.256,1)	
3.1 dar.: am Kreditmarkt (brutto)		(5,6)	(5.457,0)	(6.298,0)	(10.058,1)	(14.247,8)	(17.807,2)	(18.510,1)	(21.682,5)	(18.595,0)	(18.318,0)	(18.352,3)	(16.256,1)	
4. Gesamteinnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge	(0 - 3) ohne	9.179,2	22.194,2	32.240,7	44.091,2	43.086,0	40.580,4	41.217,3	43.815,7	44.424,0	47.975,2	49.298,3	50.852,8	
Veränd. geg. Vorj. in v. H.	32,35,36,38	-	+ 4,7	+ 2,2	+ 1,8	+ 6,0	- 5,8	+ 1,6	+ 6,3	+ 1,4	+ 8,0	+ 2,8	+ 3,2	
III. Nachrichtlich														
1. Schuldenstand am Kreditmarkt		640,1	15.373,0	49.543,9	76.670,4	88.470,9	95.243,0	102.494,0	108.939,4	112.900,4	114.091,3	116.045,9	117.892,4	
2. Nettokreditaufnahme	32 ./ 59	-27,6	4.125,6	2.219,2	3.623,2	4.163,5	6.666,1	6.872,4	6.770,3	3.393,0	1.979,7	1.954,6	1.846,5	
3. Tilgungsausgaben am Kreditmarkt einschl. nicht veranschl. Tilgung ⁸⁾		33,7	1.331,4	4.078,8	6.434,9	10.084,3	11.141,0	11.637,7	14.912,2	15.202,0	16.338,2	16.397,7	14.409,6	
4. Personalstellen insgesamt (ohne Beamte im Vorbereitungsdienst)		246.401	351.383	338.950	343.660	313.427	309.574	308.577	326.426 ¹⁰⁾	326.107	289.184 ¹¹⁾	287.961	284.564	
Veränd. geg. Vorjahr		+ 13.240	+ 8.506	+ 3.068	-	-	- 3.853 ⁹⁾	-	+ 17.849	- 319	- 36.923	- 1.223	- 3.397	

¹⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

739 578

997

²⁾ Aufgrund von durchgeführten Ausgliederungen ist die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren z. T. erheblich eingeschränkt.

³⁾ Aufgrund folgender Sondereffekte nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar:

- Umsetzung von Maßnahmen aufgrund der Entscheidung der Europäischen Kommission in Sachen Beihilfeverfahren WestLB (Übrige Einnahmen/Investitionsausgaben dadurch jeweils um 1,4 Mrd. EUR erhöht)
- Kapitalzuführung an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW sowie an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft (Investitionsausgaben dadurch um 943 Mio. EUR erhöht)

⁴⁾ Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

⁵⁾ Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Aufstockung der Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt

⁶⁾ Verabschiedeter Haushaltsplan einschl. 2. Nachtragsentwurf

⁷⁾ Haushaltsplanentwurf

⁸⁾ Einschließlich Kurspflege

⁹⁾ Ausgliederung der TH Aachen, Uni Bielefeld, FH Münster und FH Niederrhein als Globalhaushalte aus dem Landeshaushalt NRW

¹⁰⁾ Vergleichszahl zu 2006 incl. bis 2005 ausgegliederte Bereiche, daher mit 2004 nicht vergleichbar

¹¹⁾ Mit dem 01.01.2007 wurden die Hochschulbereiche "Körperschaften öffentlichen Rechts" aus dem Landeshaushalt NRW ausgegliedert (06 103 - 06 108 - FB Medizin, 06 111 - 06 270 - Universitäten und 06 670 - 06 850 - Fachhochschulen).

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quellen: Haushaltsrechnungsstatistik; Gruppierungsübersichten des Landeshaushalts NRW, Haushaltspläne/-entwürfe

26. a) Einnahmen der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 2001 - 2006 (Maßeinheit: 1.000 EUR)

KZ	Einnahmeart	Grupp.-Nr. bzw. Rechenoperation *1)	2001	2002	2003	2004	2005	2006
1	Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	00 - 03 ./ 810, 811	13.498.235	12.945.468	13.014.814	14.015.656	14.721.455	16.652.280
2	Lfd. Zuweisungen, Zuschüsse, Erstattungen u. ä.	04 - 09, 16, 17, 20, 23 ./ 169, 209	17.190.833	17.212.391	16.336.826	17.610.017	17.391.945	17.499.018
3	vom Land	je ..1	8.428.199	8.395.814	7.383.427	8.451.968	7.719.376	7.261.977
4	vom Bund	je ..0	210.029	214.613	192.031	181.125	226.659	212.044
5	von Gemeinden/GV	je ..2	7.423.616	7.595.020	7.764.537	7.911.769	8.221.004	8.653.034
6	vom sonst. öffentl. Bereich	je ..3, ..4	264.965	208.862	221.765	240.244	398.400	493.673
7	vom nichtöffentlichen Bereich	je ..5 - ..8	864.024	798.083	775.066	824.912	826.507	878.291
8	Gebühren, sonstige Entgelte	10, 11, 12	5.594.647	5.558.034	5.554.259	5.600.751	5.518.044	5.518.976
9	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	13, 14, 21, 22	2.035.290	2.517.725	2.403.198	2.242.580	2.339.410	2.283.162
10	Übrige laufende Einnahmen	15, 24, 25, 26	2.124.123	2.271.051	2.306.107	2.258.059	1.970.511	2.055.607
11	./ Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 5	7.423.616	7.595.020	7.764.537	7.911.769	8.221.004	8.653.034
12	Einnahmen der laufenden Rechnung	KZ 1, 2, 8 - 10 ./ 11	33.019.512	32.909.649	31.850.667	33.815.294	33.720.361	35.356.009
13	Nettostellungen beim VWH	KZ 14 - 17	4.699.173	4.982.651	5.388.331	5.166.723	5.189.837	4.920.637
14	innere Verrechnungen	169, 209	1.253.488	1.308.529	1.353.822	1.446.054	1.467.863	1.330.146
15	kalkulatorische Einnahmen	27	1.188.176	1.166.589	1.192.601	1.295.324	1.255.256	1.046.801
16	Zuführungen vom VMH	28	936.167	1.151.065	1.180.548	1.143.833	1.032.587	739.647
17	Gewerbesteuerumlage	810, 811	1.321.342	1.356.468	1.661.360	1.281.512	1.434.131	1.804.043
18	Einnahmen des Verwaltungshaushalts	KZ 11 - 13	45.142.301	45.487.320	45.003.535	46.893.786	47.131.202	48.929.680
19	Rückflüsse von Darlehen	32	187.989	357.766	265.444	198.403	176.025	183.413
20	Veräußerung von Vermögen	33, 340, 345	1.415.645	1.631.200	1.457.636	1.692.115	1.007.324	925.534
21	Beiträge und ähnliche Entgelte	35	335.158	300.009	312.930	277.861	278.564	274.081
22	Investitionszuweisungen	KZ 23 - 27	1.587.646	1.632.030	1.606.382	1.784.201	1.781.688	1.701.392
23	vom Land	361	1.370.911	1.430.996	1.415.321	1.553.392	1.548.684	1.507.031
24	vom Bund	360	55.228	73.693	52.610	72.944	60.248	50.142
25	von Gemeinden/GV	362	45.785	42.791	48.150	37.879	41.225	32.179
26	vom sonst. öffentl. Bereich	363, 364	3.788	1.946	2.227	2.345	3.627	8.660
27	vom nichtöffentlichen Bereich	365 - 368	111.934	82.604	88.074	117.641	127.904	103.380
28	Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	370 - 373	17.782	19.691	39.697	11.370	25.657	4.430
29	./ Zahlungen von gleicher Ebene	322, 362, 372	47.456	48.262	74.938	38.143	52.293	32.194
30	Einnahmen der Kapitalrechnung	KZ 19 - 22, 28 ./ 29	3.496.764	3.892.434	3.607.151	3.925.807	3.216.965	3.056.656
31	Einnahmen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	347	10.640	24.511	19.884	20.242	13.441	26.283
32	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	30	1.840.737	2.092.235	1.420.079	1.873.224	1.828.703	1.807.766
33	Besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 34 - 36	3.268.543	3.912.911	4.338.393	3.588.695	3.127.688	3.252.399
34	Entnahmen aus Rücklagen	31	977.266	728.260	1.059.796	892.655	859.146	722.378
35	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	374 - 378	2.265.328	2.943.396	3.098.303	2.601.994	2.259.451	2.521.866
36	Aufnahme innerer Darlehen	379	25.949	241.255	180.294	94.046	9.091	8.155
37	Einnahmen des Vermögenshaushalts	KZ 29 - 33	8.664.140	9.970.353	9.460.445	9.446.111	8.239.090	8.175.298
38	Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 12, 30	36.516.276	36.802.083	35.457.818	37.741.101	36.937.326	38.412.665
39	Nachrichtlich: bewirtschaftete Fremdmittel	160 aus A14	342	390	252	272	344	9.878
40	Nettostellungen insgesamt	KZ 13, 31, 32, 39	6.550.892	7.099.787	6.828.546	7.060.461	7.032.325	6.764.564

*1) Stand: Jahr 2002

26. b) Ausgaben der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 2001 - 2006 (Maßeinheit: 1.000 EUR)

KZ	Ausgabeart	Grupp.-Nr. bzw. Rechenoperation *1)	2001	2002	2003	2004	2005	2006
41	Personalausgaben	40 - 46	9.858.702	9.953.866	9.978.423	10.043.033	10.079.792	10.083.706
42	Laufender Sachaufwand	50 - 66, 675 - 678, 718, 84	10.603.357	10.897.387	11.150.368	11.325.309	11.522.629	12.376.703
43	Zinsausgaben	800 - 808	1.663.047	1.556.015	1.485.187	1.442.173	1.433.300	1.528.573
44	Soziale Leistungen	73 - 79	8.368.929	8.616.130	8.997.556	9.404.912	9.005.472	8.932.825
45	Übrige lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	670 - 674, 710 - 717, 72, 82, 83	9.776.536	9.993.537	10.123.724	10.468.382	10.434.375	10.568.567
46	./.. Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 11	7.423.616	7.595.020	7.764.537	7.911.769	8.221.004	8.653.034
47	Ausgaben der laufenden Rechnung	KZ 41 - 45 ./.. 46	32.846.955	33.421.915	33.970.721	34.772.040	34.254.564	34.837.340
48	Nettostellungen beim VWH	KZ 49 - 53	5.603.742	5.923.820	5.627.862	5.896.113	5.985.953	5.988.756
49	innere Verrechnungen	679	1.242.721	1.299.760	1.346.655	1.438.092	1.458.812	1.320.672
50	kalkulatorische Kosten	68	1.188.176	1.166.589	1.192.601	1.295.324	1.255.256	1.046.801
51	Zinsausgaben für innere Darlehen	809	10.766	8.768	7.167	7.961	9.051	9.474
52	Gewerbsteuerumlage	810, 811	1.321.342	1.356.468	1.661.360	1.281.512	1.434.131	1.804.043
53	Zuführungen zum VMH	86	1.840.737	2.092.235	1.420.079	1.873.224	1.828.703	1.807.766
54	Deckung von Sollfehlbeträgen	892	1.422.495	1.938.356	2.705.449	3.417.749	5.031.351	5.130.959
55	Ausgaben des Verwaltungshaushalts	KZ 46 - 48, 54	47.296.808	48.879.111	50.068.569	51.997.671	53.492.872	54.610.089
56	Sachinvestitionen	932, 935, 94	3.864.383	3.809.890	3.427.003	3.460.703	3.231.727	3.101.086
57	Erwerb von Beteiligungen	930	488.267	228.043	285.149	219.337	283.371	233.398
58	Gewährung von Darlehen	92	166.797	163.682	149.729	224.708	89.323	92.061
59	Investitionszuweisungen	98	579.319	557.556	555.529	526.867	626.016	608.832
60	Sonstige Investitionsausgaben	990, 991	570	715	702	1.452	1.542	1.078
61	Schuldentilgung öffentl. Bereich	970 - 973	35.224	33.071	29.936	26.466	25.189	32.680
62	./.. Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 29	47.456	48.262	74.938	38.143	52.293	32.194
63	Ausgaben der Kapitalrechnung	KZ 56 - 61 ./.. 62	5.087.104	4.744.695	4.373.110	4.421.390	4.204.875	4.036.941
64	Zuführungen zum VWH	90	936.167	1.151.065	1.180.548	1.143.833	1.032.587	739.647
65	Besondere Finanzierungsausgaben	KZ 66 - 69	3.317.547	4.076.515	3.793.341	3.541.254	3.064.204	3.547.368
66	Zuführung an Rücklagen	91	816.159	1.468.251	853.599	922.849	773.549	730.148
67	Schuldentilgung am Kreditmarkt	974 - 978	2.441.662	2.578.731	2.637.846	2.401.702	2.165.146	2.781.657
68	Tilgung innerer Darlehen	979	36.670	17.568	258.303	175.390	100.998	3.739
69	Deckung von Sollfehlbeträgen	992	23.056	11.965	43.593	41.313	24.511	31.824
70	Ausgaben des Vermögenshaushalts	KZ 62 - 65	9.388.274	10.020.537	9.421.937	9.144.620	8.353.959	8.356.150
71	Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 47, 63	37.934.059	38.166.610	38.343.831	39.193.430	38.459.439	38.874.281
72	Nachrichtlich: Nettostellungen zusammen	KZ 39, 48, 64	6.540.251	7.075.275	6.808.662	7.040.218	7.018.884	6.738.281
73	besondere Finanzierungsausgaben	KZ 54, 65	4.740.042	6.014.871	6.498.790	6.959.003	8.095.555	8.678.327

*1) Stand: Jahr 2002

Quelle: LDS NRW, Informationssystem Finanzstatistik (ISF), Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik